Skandal: Heimlicher Nazi-Aufmarsch in Dortmund — Seite 9 1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 26 vom 26. Juni 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



„Apel wir kommen — jetzt auch die Frommen"
mit dieser Losung demonstrierten rund hunderttausend, meist Jugendliche am Rande des Kirchentages für den Frieden und gegen die Aufrüstungspolitik der NATO. Auch die KPD und ihr Jugendverband KJD beteiligten sich an dieser bisher größten Friedensdemonstration der jüngeren westdeutschen Geschichte. Auch bei zahlreichen anderen Veranstaltungen um den Kirchentag herum zeigte sich, wie stark der Friedenswille gerade auch unter jungen evangelischen Christen ist. (Siehe auch näheren Bericht auf Seite 6.)

Hamburger Kirchentag

100 000 für den Frieden

Abfuhr für die Kriegstreiber

HAMBURG. — Eine Schlappe für die Bonner Politiker und reaktionäre Kirchenfürer — das war der 19. Evangelische Kirchentag, der am 21.6. in Hamburg zu Ende ging. Er wurde zu einer Demonstration der Auflehnung gegen die Rüstungs- und Kriegspolitik in Deutschland und der Welt, einer Auflehnung, die bedeutende Teile auch der christlichen Jugend erfaßt. Und zwar in einem Maße, wie das keiner der hohen Herren erwartet hatte.

Und dann war da natürlich die Demonstration der 100000, die nicht zum offiziellen Teil gehörte und die auch nicht nur von Christen getragen wurde. Und die den besagten Politikern endgültig klarmachte, daß sie hier nichts zu bestellen hatten.

Mit Sorge hatten gewisse Kirchenfürsten schon in den Wochen vor dem Kirchentag das Echo wahrgenommen, das die auch im offiziellen Programm aufgeworfene Frage des Friedens in der Öffentlichkeit und in den eigenen Reihen fand. „Laßt die Politik außen vor!", mahnten sie. Vergeblich.

Die Kreise, die der Kirche das Recht zu politischer Stellungnahme immer nur dann zubilligen, wenn es um die Absegnung reaktionärer Politik geht — zu ihnen gehört auch CDU-Mann Weizsäcker, der Präsident des Kongresses — erlitten eine bittere Niederlage. Die öffentlichen Medien gaben sich viel Mühe, diese Tatsache zu verschleiern, hoben die Bibelarbeit usw. stärker hervor und versuchten, andere Schwerpunkte zu setzen, als sie auf dem Kirchentag tatsächlich gesetzt wurden. Denn nicht die „unpolitische Bibelarbeit" prägte das Treffen, sondern die einmütige Antwort der übergroßen Mehrheit der Christen auf die Bedrohung des Friedens: **Nein** zu den Atomraketen! **Nein** zur gesamten Rüstungspolitik der Regierung! **Nein** zum Sterben für Reagan und die NATO!

Dieses Engagement besonders der jungen Christen ist ein ermutigendes Signal für die Friedensbewegung in unserem Land. Wenn es um die Verhinderung der Atomraketenstationierung und die Abkoppelung vom NATO-Block geht, ist dies eine Kraft, mit der man rechnen muß. Vorbei sind die Zeiten, da Pfaffen ohne größeren Widerstand in den Reihen der Kirche die Waffen der Völkermörder segnen konnten. „Apel, wir kommen — jetzt auch die Frommen!", so skandierten die Jugendlichen in Hamburg...

Kriegsminister Apel mit seinen einfallslosen Versuchen, die Hochrüstung zu rechtfertigen, und Schmidt mit seinem Versuch, die Friedensbewegung entweder als naiv-idealistisch oder als extrem sicherheitsgefährdend abzuqualifizieren, bekamen hier keinen Stich. Die Hilflosigkeit der Politiker formulierte kaum einer besser als Ex-Juso-Chef G. Schröder: „Ich war noch nie so geschlaucht. Niemandem habe ich unsere Logik verständlich machen können. Niemandem."

Oppositionelle Christen waren auch die Hauptinitiatoren der machtvollen Friedensdemonstration vom 20. Juni.

(Bildbericht zur Demonstration und weitere Informationen auf Seite 6!)

Für WAA und Startbahn West

Hessische SPD auf Börner-Kurs

WIESBADEN. — Was sich zuvor schon auf dem Bezirksparteitag der nordhessischen SPD angedeutet hatte, zeigte sich am Sonntag auf dem Landesparteitag der SPD in aller Klarheit: Die Partei steht stramm auf dem Kurs des Ministerpräsidenten Börner.

Mit klaren Mehrheiten konnte Börner seinen Kurs in den beiden entscheidenden Fragen, die vor dem Parteitag standen, durchsetzen. Für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage, die von Börner verlangt wurde, entschieden sich rund drei Viertel aller Parteitagsdelegierten.

Eine ähnlich große Mehrheit von SPD-Delegierten war auch bereit, dem Bau der Startbahn West, gegen die es in der ganzen Region einen so heftigen Widerstand gibt, zuzustimmen: ungefähr zwei Drittel stimmten mit „Ja".

So zeigt sich zum einen, daß die Mehrheit der hessischen SPD-Parteitags-Delegierten bereit ist, gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung, soweit es die Startbahn West betrifft, gegen den Widerstand der Mehrheit der Betroffenen politische Entscheidungen im Interesse des Kapitals zu fällen. Der gemeinsam organisierte Druck von Börner, mit seinem erpresserischen Rücktrittsmanöver, und der FDP, mag hierzu einen wichtigen Teil beigetragen haben, der hauptsächliche Grund aber war es bestimmt nicht.

Die SPD Hessen konnte es sich gerade noch verkneifen, gegen jene Parteimitglieder, die sich am geplanten Volksbegehren gegen die Startbahn West beteiligen werden, eine kollektive Massenausschlußdrohung auszusprechen — vor allem wohl aus Furcht um die eigenen Mitgliederzahlen in bestimmten Bereichen.

Heftige Straßenkämpfe in Teheran

Bani Sadr abgesetzt

TEHERAN. — Begleitet von heftigen Auseinandersetzungen auf den Straßen, die zahlreiche Todesopfer forderten, beschloß das iranische Parlament am Wochenende die Absetzung des Staatspräsidenten Bani Sadr. Dieser war schon vor einiger Zeit als Oberkommandierender der Streitkräfte abgelöst worden und hält sich seit Tagen an unbekannten Orten auf.

Das Parlament beschloß seine Absetzung bei einer Gegenstimme und zwölf Enthaltungen wegen erwiesener Unfähigkeit. In der Zeit bis zur Neuwahl eines Staatspräsidenten wird ein dreiköpfiger Präsidialrat die Geschäfte des abgesetzten Präsidenten weiterführen.

Die Auseinandersetzungen um den Präsidenten, die anläßlich des Verbots von Zeitungen akut geworden waren, sich aber schon lange Zeit angebahnt hatten, stellen einen Höhepunkt in den inneren Auseinandersetzungen im Iran seit dem Rücktritt der Regierung Bazargan und der Säuberungskampagne in der Schah-Armee dar.

Jetzt besteht für den Iran die Gefahr, daß proimperialistische Kräfte, die auf Spaltung und wachsende Widersprüche gesetzt hatten und haben, versuchen werden, die entstandene gespannte Situation zu nutzen, um durch gesteigerte Agententätigkeit neue Komplotte gegen die iranische Unabhängigkeit zu starten.

Nach dem Zweiten Wahlgang

Absolute Mehrheit für Frankreichs Sozialdemokraten

PARIS. — Einen regelrechten Erdrutschsieg verzeichnete die Sozialistische Partei Frankreichs bei den zwei Wahlgängen zum Parlament, die Mitterand nach seiner Wahl zum Präsidenten anberaumt hatte. Von den 491 Sitzen des Parlaments errang die Sozialistische Partei alleine 293 Sitze. Von den 198 übrigen Parlamentssitzen gingen 43 (halb so viele wie bisher) an die revisionistische KP Frankreichs.

So bleiben dem bisherigen Mehrheitslager, den beiden bürgerlichen Parteien bzw. Wahlbündnissen, nur noch 155 Sitze, noch nicht einmal mehr ein Drittel der Parlamentssitze.

Größter Verlierer der Wahl waren die Gaullisten. Von ihren bisherigen 155 Sitzen verloren sie sage und schreibe 74 und sanken auf 81. Die UDF des früheren Präsidenten Giscard verlor von bisher 119 Sitzen 48 und sank auf 71 Abgeordnete.

Mit 336 Sitzen verfügt die geplante Koalition der Sozialistischen Partei und der revisionistischen KP Frankreichs über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Ausschlaggebend für diesen Wahlsieg der SP war es ohne Zweifel, daß es Mitterand gelang, weitere Wähler davon zu überzeugen, daß die versprochenen Reformen mit einer starken Mehrheit im Parlament durchzusetzen sind. Die neue Regierung hatte sich sehr schnell daran gemacht, einige erste der Wahlversprechungen zu verwirklichen, um so eine gute Ausgangsposition für diese Wahl zu haben, was ihr auch gelang.



Die französischen Arbeiter sind es, die die sozialistische Partei zu ihrem Wahlsieg gebracht haben: Ihre Forderung ist es, das Reformprogramm zu verwirklichen.

Kommentar der Woche

Vor 40 Jahren am 22. Juni überfiel die Nazi-Wehrmacht die UdSSR. Das, was die Ausradierung des Reiches der „bolschewistischen Untermenschen“ werden sollte, erwies sich als der Anfang vom Ende der Nazi-Diktatur.

20 Monate später, in der Schlacht von Stalingrad, entschied sich das Schicksal dieses Krieges und damit auch des deutschen Faschismus.

Wie alle Jahre wieder, so organisiert die westdeutsche Propagandamaschine auch in diesem Jahr zum 22. Juni eine großangelegte Kampagne in allen Medien.

Da ist zum einen das Übliche: die Stalin-Hetze. Wobei natürlich hier einmal mehr geflissentlich darüber hinweggegangen wird, daß es der KPdSU(B) gelang, die Sowjetbevölkerung in einem noch nie dagewesenen Ausmaß zum Volkskrieg gegen die faschistische Aggression zu mobilisieren — sicher nicht deshalb, weil die sowjetischen Werktätigen so sehnsüchtig auf die deutsche Befreiung gehofft hätten, sondern weil sie wußten, was sie zu verlieren hatten: den Sozialismus, die Freiheit, alle die errungenen, mühsam errungenen Fortschritte ihrer Gesellschaft. Für diesen Kampf brachte die Stalinsche Sowjetunion ein beispielloses Blutopfer.

Allein diese Tatsachen beweisen, wie verlogen die Märchen vom schwachen Stalin, von der hilflosen Partei und der unzufriedenen Bevölkerung sind.

40 Jahre danach

Diese geschichtliche Tatsache widerlegt ja auch, durch sich selbst, jene Behauptungen, die da sagen, der Kampf der bolschewistischen Partei gegen die antisowjetischen Gruppen in der Roten Armee beispielsweise habe die Verteidigungskraft des Landes zerstört.

Doch dieser Teil stellt nur das Übliche, das Alljährliche an diesem Jahrestag dar. An diesem vierzigsten Jahrestag aber bekommt diese Würdigung, die von allen Seiten getroffen wird, neue Aspekte, die sich aus der gegenwärtigen politischen Entwicklung ergeben.

Zum einen die Würdigung dieses Tages in der sowjetischen Presse, durch die heutige sowjetische Führung. Diese Leute, die Stalin und seine Zeit pausenlos schmähen, denen keine Lüge zu plump ist, um ihre konterrevolutionären Machenschaften im eigenen Land zu rechtfertigen, sie berufen sich plötzlich auf Stalin, auf die damalige UdSSR, die doch sonst ihren Aussagen nach ein Unrechtsregime war.

Und dies tun sie gerade in diesem Jahr so stark, daß es einen erstaunt. Es ist völlig klar, daß sie mit einer nicht bestehenden geschichtlichen Parallele spekulieren, um die eigene Politik zu verbergen.

Motto: damals wurde die UdSSR angegriffen, heute werden solche Vorbereitungen getroffen. Und: Damals machte die UdSSR eine konsequente Friedenspolitik, heute tut sie das auch. Das ist die Moskauer Rechnung an diesem Tag.

Der Fehler ist nur, daß nichts davon stimmt, daß es da keine echten Parallelen gibt. Zum einen ist es nach der Tschechoslowakei, nach Afghanistan und den Drohungen gegen Polen kein Geheimnis mehr, daß die Sowjetunion heute selbst aggressiv ist, selbst angreift, selbst überall in der Welt als Waffenhändler und imperiale Seemacht auftritt usw.

Zum anderen hat sie anstelle der kommunistischen Friedenspolitik der KPdSU(B) unter Stalins Führung längst die „normale“ imperialistische Logik übernommen: Bedrohst Du mich, bedrohe ich Dich, und meine Raketen dienen ja nur der Abschreckung. Und so richten sie ihre Raketen auf Westeuropa — der Rest ist Taktik.

Zum anderen aber auch die Würdigung dieses Tages hier in der Bundesrepublik, die für uns die Wichtigste ist. Da wird alles, voran vom Bundeskanzler, in den Bereich der Geschichte verwiesen.

Wir, so meint Schmidt, hätten damit eigentlich nichts zu tun. Und das sagt der Mann, der sich zum Vorreiter jener Kräfte gemacht hat, die aus Deutschland das Schlachtfeld eines neuen Krieges machen wollen. Im gleichen Atemzug als er sich zu diesem Überfall äußerte, wiederholt er seine Bereitschaft, die Atomrampe Bundesrepublik noch dichter zu gestalten, bekräftigt er ein weiteres Mal den Schulterschluß mit den Reagan und Haig. Aber so kann, so darf er sich nicht aus diesem seinem Dilemma schleichen. Die Friedenskräfte in unserem Land, die Werktätigen dieses Landes müssen diesen Tag auf ihre Weise würdigen:

Nie wieder Krieg!
Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Allparteienkoalition in Hannover

Neues Polizeigesetz in Niedersachsen vor Verabschiedung

CDU-Remmers fordert Killerdisziplin

HANNOVER. — Die niedersächsischen Bestrebungen, entsprechend dem Musterentwurf für ein einheitliches Polizeirecht der Innenministerkonferenz aus der Mitte der siebziger Jahre, nun für dieses Bundesland auch ein neues Polizeigesetz zu schaffen, nähern sich ihrem Ende. Im Landtag von Hannover ist nicht nur die regierende CDU, sondern auch die SPD-Opposition für die Verabschiedung eines vorgelegten Entwurfs, der die schlimmsten Befürchtungen demokratischer Kräfte bestätigt.

Dies wurde auf einer von der Humanistischen Union und dem Republikanischen Anwaltsverein organisierten Diskussion deutlich, auf der Peter von Oertzen für die SPD-Fraktion sprach.

Oertzen betonte, mindestens die Hälfte der SPD-Fraktion, eingeschlossen er selbst, seien für dieses neue Gesetz. Damit dürfte, bis auf die Regelung einiger Detailfragen, die Verabschiedung des Gesetzes gesichert sein.

Die Kritik der auf dieser Veranstaltung anwesenden demokratischen Kräfte richtete sich dabei vor allem gegen die Ausweitung der Polizeirechte bei Ermittlung und Fahndung, sowie gegen den Todesschuß.

Die schwerwiegendsten neuen Zuständigkeiten dieses Polizeigesetzentwurfs sind dabei das Recht, Hausdurchsuchungen und Razzien durchführen zu können, auch ohne die sogenannte „Gefahr-im-Verzuge“-Regelung, sprich uneingeschränkt und willkürlich. Die bereits vor einiger Zeit von Gerichten auf Staatsanwaltschaften ausgedehnte Berechtigung zur zwangsweisen Vorladung soll nun auch noch auf die Polizei ausgedehnt werden, wobei



Polizei — bewaffnet bis an die Zähne

die Notwendigkeit einer Begründung nicht besteht. Hier wird also nicht nur die sogenannte Gewaltenteilung vollends abgeschafft, sondern auch dabei der Willkür Tür und Tor geöffnet. Ebenfalls erweitert sollen die polizeilichen Vollmachten zur Identitätskontrolle werden.

Der entscheidende Diskussionspunkt war dabei aber auch einmal mehr der Todesschuß. Selbst von Oertzen gab in der Diskussion zu, daß es „Etikettenschwindel“ sei, wenn dabei von allem möglichen, nur nicht von Todesschuß geredet würde. Er verteidigte dies aber mit dem Argument, durch den Musterentwurf sei eine Entwicklung eingeleitet, der sich Niedersachsen nicht entgegenstemmen könne...

Der Vorsitzende des Republikanischen Anwaltsvereins wies in der Diskussion nach, daß es gar nicht um Vereinheitlichung gehe, sondern um Verschärfung. Die Uneinheitlichkeit sei seit dem Musterentwurf gewachsen, da Bayern beispielsweise an einer ganzen Reihe von Punkten von diesem Entwurf abgewichen sei.

Damit widerlegte er auch die Phrasen des Ministerialrats im niedersächsischen Innenministerium, Römheld, der eben diese Vereinheitlichung und eine sogenannte „Sozialbindung des Polizeirechts“ als Gründe für diese Änderungen angab: wobei es dann deutlich wurde, daß man die Polizeirechte eben deshalb ausdehnen will, weil die politische Opposition insgesamt stärker geworden ist.

Am deutlichsten sprach Walter Remmers, CDU-Vorsitzender des Innenausschusses des niedersächsischen Landtages. Solche Polizisten, die sich nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes weigerten, auf den Kopf oder das Herz eines Opfers zu zielen, meinte Remmers, seien für den polizeilichen Außendienst nicht geeignet, und vielleicht müßte sich die Polizei ganz von ihnen trennen. Motto: schießen oder gehen. Das ist die CDU-Logik, der die niedersächsische SPD in den Sattel helfen will.

Mit der Verabschiedung dieses neuen Polizeigesetzes würde Niedersachsen, durch das Wirken des Innenministers Möcklinghoff ohnehin schon einer der Spitzenreiter unter den Bundesländern, was reaktionäre Maßnahmen betrifft, zu Bayern auch im Polizeirecht aufschließen.

„Jahr der Behinderten“

Unterschiedliche Zwischenbilanzen von Behörden und Betroffenen

DÜSSELDORF. — Nachdem Bundespräsident Carstens bei seinem Auftritt auf dem Düsseldorfer Rehabilitationskongreß „REHA 81“ erneut das Pech gehabt hat, mit Betroffenen unmittelbar konfrontiert zu werden, ist die Diskussion über die bisherige Bilanz des „Jahres der Behinderten“ erneut aufgeflammt.

Behörden und Politiker ziehen in allgemeinen Phrasen eine „positive Zwischenbilanz“, sprechen von Signalwirkungen, ersten Erfolgen, einer guten Resonanz und so weiter.

Die Betroffenen selbst machen hingegen klar, daß diese Dinge höchstens einige Kreise der Bevölkerung betreffen, auf keinen Fall aber die staatlichen Stellen selbst. Gerade in der vergangenen Woche führten sie dazu bei unterschiedlichen Veranstaltungen auch eine schier endlose Reihe von Tatsachen an, die beweisen, wie heuchlerisch diese offiziellen Bekundungen sind.

So werden im Heidelberger Rehabilitationszentrum 120 Mitarbeiter aus den Bereichen Forschung und Beratung entlassen. Fahrdienste für Behinderte werden in Bremen und Hamburg gekürzt. Der Paritätische Wohlfahrtsverband meldete rigorose Kürzungen im gesamten Freizeitbereich für behinderte Menschen.

Dazu gehören auch die stets am Rande gemeldeten Tatsachen wie die, daß die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten mit 83000 im Mai 1981 die höchste überhaupt in der bundesrepublikanischen Geschichte ist, daß die Unternehmer lieber die geringen Strafgelder bezahlen als behinderte Menschen einzustellen usw. Mitten in diese Zwischenbilanz platzte denn auch noch die Nachricht, daß ein Senat des Bundesverfassungsgerichts es abgelehnt hat, solchen Menschen, die seit Geburt behindert sind, ein Recht auf Rente einzuräumen. Bei Bedürftigkeit gäbe es ja die Sozialhilfe, meinten die Herren Richter.

Gegen die Entrechtung und unmenschliche Behandlung in Heimen richtet sich dabei ein immer größerer Widerstand von Seiten der Behinderten selbst.

Die Organisatoren des für Dezember geplanten „Krüppeltribunals“ betonten in einer Stellungnahme nochmals die Rechtlosigkeit der Heiminsassen. So sei es alltäglich, daß Erwachsene um 18 Uhr zu Bett gehen müßten, ihre Post und ihre menschlichen Kontakte kontrolliert würden, daß Ehepaare nicht zusammenleben dürften, Jugendliche in Altenheimen isoliert seien und vieles andere mehr.

Auch die zunehmende Aussonderung wurde beklagt, mit der Ghettos für die Behinderten geschaffen werden. So werde erst jetzt wieder in Würzburg eine ambulante Behandlungsstelle geschlossen. Konnten die Körperbehinderten dort bisher abends heim zu ihren Familien, so sollen sie jetzt in ein Heim nach Nürnberg gebracht werden, wo sie wohnen müssen.

Während sich der SPD-Arbeitsminister Ehrenberg über solche Zustände empört zeigte — ohne allerdings irgendwelche Maßnahmen zur verstärkten Einstellung von Körperbehinderten zu treffen — wußte der CDU-„Sozialexperte“ Adolf Müller aus Remscheid nur ein Rezept: ein neues Schwerbehindertengesetz müsse her, damit es weniger davon gäbe. Die Behinderungen per Gesetz abschaffen, auf diese geniale CDU den Vorreiter machte. Allen diesen Experten des sozialen Abbaus ist das Schwerbehindertengesetz von 1974, das von den Betroffenen wegen seiner Mängel und leeren Versprechungen kritisiert wird, ein Dorn im Auge. Den Sparpolitikern geht es bereits zu weit.

So werden sich auch die behinderten Menschen in unserem Land darauf einstellen



Behinderte in der Bundesrepublik — Rechte nur auf dem Papier

Lösung verfiel allerdings nicht nur dieser Bundestagsabgeordnete.

Bei den Haushaltsdebatten und in ihrem Umfeld wurde so ein Plan von Vertretern aller Parteien immer wieder ins Gespräch gebracht, wobei die müssen, daß auch an ihnen, mehr noch als bisher, gespart wird, werden sich darauf vorbereiten müssen, sich zu wehren. Daß dies heute schon passiert, ist denn auch einer der wenigen positiven Bilanzposten dieses „Jahres“.

Verfassungsschutz-Skandal bei Opel/Bochum

Schnüffler vom Dienst wollen den Spieß umdrehen

Betriebsratsmitglied der „Folter" bezichtigt

BOCHUM. — Kaum war der skandalöse Spitzel-Anwerbungsversuch des Verfassungsschutzes bei Opel/Bochum ans Licht der Öffentlichkeit gezogen worden (siehe letzter RM), da drehten die Dunkelmänner des Schnüffel-Amtes den Spieß um. Jetzt ermittelt die Essener Staatsanwaltschaft gegen den Opel-Betriebsrat Peter Jasczyk wegen angeblicher schwerer Körperverletzung.

Im letzten „Roten Morgen" berichteten wir über den Versuch eines Verfassungsschutz-Agenten, den Opel-Betriebsrat Peter Jasczyk, der als DKP-Mitglied bekannt ist, für Spitzeldienste anzuwerben und auf Gewerkschafter der Opel-Werke anzusetzen. Dieser Versuch liegt schon ca. einen Monat zurück. In der vergangenen Woche berichtete erstmalig die Tagespresse über den Fall, nachdem Ende vorletzter Woche Peter Jasczyk die Angelegenheit im Vertrauensleutekörper der IG Metall bei Opel/Bochum bekanntgegeben hatte.

Diese Zeitungsberichte stellen allerdings mitnichten den eigentlichen Skandal an dieser Angelegenheit heraus: daß nämlich Arbeiter und Gewerkschafter in den Betrieben durch den Verfassungsschutz bespitzelt werden und zwar entgegen den Beteuerungen des Bundesinnenminister Gerhart Baum. Stattdessen wird in den Berichten die Behauptung des Verfassungsschutzes hervorgekehrt, der Agent sei bei dem Anwerbungsversuch von Peter Jasczyk und seinen Freunden gefoltert und „lebensgefährlich verletzt" worden.

Glaubte man diesen Behauptungen, mit denen der Verfassungsschutz jetzt den Spieß umzudrehen versucht, so hätte sich Jasczyk am 1. Juni zusammen mit fünf Freunden in seiner Wohnung auf den Agenten gestürzt und diesen etwa eine Stunde lang mit einem Gummiknüppel geschlagen. Angeblich wurde der Agent dabei „lebensgefährlich" verletzt. Er soll in einem Krankenhaus liegen, jedoch wird sein Aufenthaltsort geheim gehalten.

Merkwürdigerweise jedoch kam diese vom Verfassungsschutz dargebotene Version vom angeblich „lebensgefährlich verletzten" Agenten überhaupt erst auf den Tisch, nachdem der Bespitzelungsversuch durch Jasczyk selbst aufgedeckt worden war. Am Donnerstag, den 11. Juni, hatte Jasczyk auf der Info-Stunde des IGM-Vertrauenskörpers bei Opel über den bereits im Mai begonnenen Anwerbungsversuch berichtet. Am Montag, den 15. Juni wurde der Skandal dann durch die „Zündkerze" (Betriebszeitung unserer Partei bei Opel) breit in der Belegschaft bekanntgemacht. Es dauerte bis Freitag, den 19. Juni, daß die Tagespresse erstmalig (in der oben geschilderten Weise) über den Fall berichtete. Unklar ist momentan noch, seit wann die Ermittlungen der Essener Staatsanwaltschaft gegen Peter Jasczyk überhaupt laufen.

Zwielichtig ist im übrigen auch das Verhalten der zuständigen Führungsorgane der IG Metall. Bisher gibt es keine klare Stellungnahme von dieser Seite. Unabhängig von den Beschuldigungen des Verfassungsschutzes gegen Jasczyk müßte die IGM das gescheiterte Bespitzelungsunternehmen doch wenigstens klar und scharf verurteilen. Stattdessen sprachen Gewerkschaftsvertreter zweideutig von einem „höchst delikaten Vorfall".

Als „delikat" könnte man allerdings auch die Tatsache bezeichnen (auf die wir bereits im letzten RM hingewiesen haben), daß die IGM-Verantwortlichen den Mantel des Schweigens ausbreiteten, als bereits vor einhalb Jahren ein Vertrauensleutesprecher der IG Metall bei Opel/Bochum gemeldet hatte, daß er mit einem Anwerbungsversuch durch den Verfassungsschutz konfrontiert worden war. Ein solches Schweigen der IGM ist nicht nur politisch äußerst bedenklich, fördert es doch geradezu die schmutzigen Umtriebe des Verfassungsschutzes in den Betrieben —, außerdem werden die von Anwerbungsversuchen betroffenen Kollegen durch dieses Verhalten der IGM-Verantwortlichen auch in eine schwierige Situation gebracht.

Man braucht sich nur einmal zu überlegen, daß Kollegen, die sich nicht anwerben lassen, eventuell damit rechnen müssen, daß der Verfassungsschutz aus „Rache" Gerüchte in die Welt setzen kann. Und was es bedeutet, dem Verdacht ausgesetzt zu sein, als Gewerkschafter für den Verfassungsschutz Kollegen zu bespitzeln, kann sich jeder ausmalen.

Es ist zumindest vorstellbar, daß Peter Jasczyk, der sich doch über die Schweigetaktik der zuständigen IGM-Stellen im Klaren sein dürfte, vor einer solchen möglichen Diskreditierung durch den Verfassungsschutz Angst gehabt hat.

Sicherlich ist diese Überlegung zunächst einmal eine reine Spekulation unsererseits. Eines aber ist klar: Von den berufsmäßigen Schnüfflern jenes Amtes, das angeblich unsere Verfassung schützt, kann man ohne Weiteres gewisse Teufeleien befürchten. Klar ist auch, daß es die Aufgabe einer Gewerkschaft ist, die skandalösen Spitzelpraktiken des Verfassungsschutzes in den Betrieben, die sich bekanntlich vor allem gezielt gegen aktive Gewerkschafter richten, schonungslos aufzudecken und zu bekämpfen.

ÖTV-Bundesjugendausschuß fordert:

Zentraler Protestmarsch gegen Atomraketen!

STUTTGART. — Schwerpunkt des Antikriegstages 1981 muß nach der Auffassung vieler fortschrittlicher Gewerkschafter der Kampf gegen den sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschluß sein. Auch der Bundesjugendausschuß der ÖTV-Gewerkschaft hat einen Beschluß in dieser Richtung gefaßt.

Wir berichteten bereits im „Roten Morgen" über verschiedene Initiativen gerwerkschaftlicher Gremien für die Durchführung eines zentralen Protestmarsches der DGB-Jugend gegen die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa. Einen entsprechenden Beschluß hat auch der Bundesjugendausschuß der ÖTV-Gewerkschaft gefaßt, und zwar bereits am 29. März dieses Jahres.

Wie wir berichtet haben, hat dieser Beschluß im Hauptvorstand der ÖTV-Gewerkschaft Unwillen und administrative Reaktionen gegen die Nachrüstungsgegner ausgelöst. Und bekanntlich geht auch der Bundesvorstand des DGB zur Zeit verstärkt darauf aus, das Engagement der Gewerkschafter gegen die Stationierung der Atomraketen administrativ und politisch zu behindern.

So wurde beispielsweise der berüchtigte Beschluß gefaßt, der es Gewerkschaftsmitgliedern bzw. -funktionären verbieten soll, in ihrer gewerkschaftlichen Funktion politische Initiativen zu unterstützen, die nicht von den entsprechenden Führungsgremien des DGB getragen werden. Dieser „Maulkorbbeschluß" wurde vor einiger Zeit vom Bundesausschuß des DGB bestätigt.

Auf jeden Fall ist es notwendig, sich dafür einzusetzen, daß der zentrale Protestmarsch gegen die Nachrüstung trotz des Widerstands der Mehrheit der DGB-Führer zustande kommt. Denn solcher zentraler Protestmarsch würde die Kampffront gegen die Stationierung der Atomraketen und gegen die Kriegspolitik, die von den beiden Supermächten und der Bonner Regierung betrieben wird, machtvoll stärken.

Im folgenden dokumentieren wir den Beschluß des ÖTV-Bundesjugendausschusses vom 29. März zur Durchführung des Protestmarsches im Wortlaut:

„Die ÖTV-Jugend unterstützt die Durchführung eines Protestmarsches

- **gegen Militarismus und Nationalismus**
- **gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und der Bundesrepublik**
- **gegen die Aufhebung der Exportbeschränkungen für Waffenlieferungen ans Ausland**
- **für erste konkrete Abrüstungsschritte in Ost und West** *noch in diesem Jahr.*

Er hat zum Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, sich dafür einzusetzen, daß der NATO-Doppelbeschluß vom 12.12.79 aufgehoben wird.

Der DGB-Bundesjugendausschuß wird aufgefordert, den Protestmarsch umgehend vorzubereiten. Dazu ist eine umfassende Diskussion über die Nachrüstungsbeschlüsse und Rüstung zu initiieren, in deren Rahmen auch Gelöbnisse, Friedens-/Wehrkundeunterricht usw. diskutiert werden müssen." Wir sind der Meinung, daß jeder, der sich für den Frieden einsetzen und das verbrecherische Wettrüsten bekämpfen will, diesen Vorschlag und die darin enthaltenen konkreten Forderungen unterstützen kann und muß. Treten wir deshalb dafür ein, daß diese Initiative in die Praxis umgesetzt wird.

„Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz". Das war eine der Losungen der Kolleginnen und Kollegen von Telefunken-Schwedenstraße bei ihrem Protestmarsch am 26. Mai zum Rathaus Wedding.

AEG-Telefunken/Westberlin

Kampf gegen Stillegung geht weiter

Solidaritätsveranstaltung am 26. Juni

WESTBERLIN. — Im „Roten Morgen" (Nr. 24 vom 12.6.81) berichteten wir über Aktionen von Belegschaftsmitgliedern beim Tongerätewerk AEG-Telefunken in der Schwedenstraße gegen die geplante Stillegung des Werkes. Wie neue Berichte aus Westberlin zeigen, lassen die Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin nicht nach in ihrem Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze.

Von der insgesamt 1 200 Menschen (vor allem Frauen) zählenden Belegschaft des Werkes sollen 700 auf jeden Fall entlassen werden. Etwa 350 Beschäftigten wurde von der Werksleitung bereits gekündigt. Nachdem es am 26. Mai zu einem Protestmarsch zum Weddinger Rathaus gegen den Stillegungplan und die Entlassungen gekommen war, haben jetzt kämpferische Belegschaftsmitglieder für den 26. Juni zu einer Solidaritätsveranstaltung aufgerufen. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr in der Schultheiß-Gaststätte in der Hasenheide (23 — 31, Nähe U-Bhf. Hermannplatz).

Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören auch die beiden RGO-Betriebsrätinnen von Telefunken-Schwedenstraße, Maria-Luise Meier und Anneliese Schmidt. Der Aufruf lautet folgendermaßen:

„Wir Kolleginnen und Kollegen von Telefunken-Schwedenstraße sind von der Schließung unserers Werkes bedroht. Von 1 200 stehen bereits 500 Kolleginnen und Kollegen auf der sogenannten Freistellungsliste. Bis Ende des Jahres soll das Werk in der Schwedenstraße leer sein. Eventuell sollen 400 Kolleginnen und Kollegen in einem neuen Werk Arbeit finden.

Die beabsichtigte Schließung unseres Werkes ist ein weiterer Meilenstein in der Vernichtung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt durch die Unternehmer. Gerade hier im Wedding wird dies sehr deutlich. Erst Schwartzkopf, dann die AEG-Ackerstraße und jetzt wir; ein Betrieb nach dem anderen wird geschlossen.

Gab es in Berlin 1960 noch 300 000 industrielle Arbeitsplätze, so sind es heute nur noch 170 000. So kann und darf es nicht weitergehen. Wo sollen wir und demnächst unsere Kinder noch Arbeit finden?

Auf der anderen Seite kassieren die Unternehmer gerade in Berlin Unsummen von Steuergeldern in Form von steuerlichen Entlastungen und Vergünstigungen aus dem Berlinförderungsgesetz. Allein 1981 wird dies die Summe von 7,8 Milliarden Mark erreichen. Das Ganze ohne irgendwelche Verpflichtung, unsere Arbeitsplätze zu erhalten.

Wir Kolleginnen und Kollegen von Telefunken wenden uns an Euch. Unterstützt unseren kampf für den Erhalt unseres Werkes, denn dies geht uns alle an. Dies ist nicht nur unser Problem, sondern das aller Berliner. Heute wir, morgen vielleicht ihr. Darum wenden wir uns auch an die Öffentlichkeit, an die Parteien und Gewerkschaften, hier endlich einen Schlußstrich zu ziehen.

- **Erhalt des Werkes Schwedenstraße!**
- **Keine Aufgabe der Tongeräteproduktion**
- **VIDEO-Fertigung in der Schwedenstraße statt im Märkischen Viertel!**

Auf dieser Solidaritätsveranstaltung wollen wir weitere Schritte beraten, wie die Werksschließung bei Telefunken verhindert werden und wie man dem Abbau weiterer Arbeitsplätze in anderen Werken in Berlin begegnen kann.

Die Parteivorstände der Abgeordnetenhausparteien wurden angeschrieben und gebeten, dort ihre Vorstellungen zu diesem Thema zu erläutern.

Kolleginnen und Kollegen von Telefunken-Schwedenstraße."

Während von den eigentlich zuständigen Funktionären und Gremien der IG Metall bislang kaum nennenswerte Initiativen zur Verteidigung des Werkes Schwedenstraße und zur Verhinderung der Massenentlassungen bekannt wurden, haben sich Betriebsräte und IGM-Vertrauensleute aus verschiedenen Westberliner Betrieben mit der Belegschaft von Telefunken-Schwedenstraße und ihrem Kampf solidarisiert.

Bis jetzt erhielt die Belegschaft Solidaritätserklärungen vom Betriebsrat der BMW-Motorradfabrik, vom Betriebsrat der Kraftwerk Union (KWU) sowie der Vertrauenskörperleitung der IG Metall desselben Betriebes, von den RGO-Betriebsräten beim Siemens-Bosch-Hausgerätewerk, vom Betriebsrat des Jüdischen Krankenhauses Berlin und von Personalräten und ÖTV-Vertrauensleuten aus dem Krankenhaus Neukölln. Auch die KPD (Sektion Westberlin) schickte eine Solidaritätserklärung.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 **BOCHUM**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/52 39 66

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

Interview mit der Abteilung für Betrieb und Gewerkschaft beim ZK der KPD

Zur Einschätzung der Betriebsratswahlen 1981

Die Betriebsratswahlen 1981 sind im wesentlichen abgeschlossen. Über ihre Ergebnisse, speziell was das Abschneiden der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) betrifft, führte der „Rote Morgen" ein Gespräch mit Genossen der Abteilung für Betrieb und Gewerkschaft (BuG) beim Zentralkomitee der KPD. Der Anspruch des dabei entstandenen Interviews ist es nicht, eine allumfassende Gesamteinschätzung zu geben. Vielmehr kam es uns darauf an, das Eingreifen der klassenkämpferischen, oppositionellen Kräfte zu beleuchten und dazu beizutragen, daß die dabei gemachten Erfahrungen für die weitere Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft nutzbar gemacht werden können.

Roter Morgen: Wie ist, ganz allgemein zunächst einmal, Eure Beurteilung der diesjährigen Betriebsratswahlen in Bezug auf das Abschneiden der klassenkämpferischen, oppositionellen Kräfte?

BuG: Nach den Verlautbarungen der DGB-Führer sollen die oppositionellen Kräfte bei den diesjährigen Betriebsratswahlen eine Abfuhr erhalten und insgesamt schwächer als vor drei Jahren abgeschnitten haben. Davon kann allerdings unserer Ansicht nach überhaupt keine Rede sein. Soweit wir die Situation überblicken, ist das Gegenteil der Fall.

Was unsere eigenen Genossen und die RGO betrifft, so war es auch in diesem Jahr sicher noch eine relativ kleine Anzahl von Betrieben, wo wir direkt an der Wahl in irgendeiner Form teilgenommen haben. Aber wir können eine erheblich höhere Zahl von Genossen unserer Partei und von RGO-Kollegen verzeichnen, die kandidiert haben und letztendlich auch gewählt wurden, als dies bei den Betriebsratswahlen 1978 der Fall war.

Wir glauben, daß die von den Gewerkschaftsführern gegebene Darstellung falsch ist, und wir glauben auch nicht, daß diese falsche Darstellung auf einem Irrtum beruht. Das scheint eher eine Zweckpropaganda nach außen zu sein. Dafür sprechen zum Beispiel die Massenausschlußverfahren, mit denen die Bonzen jetzt so wütend wie schon seit langem nicht mehr gegen die Opposition vorgehen. Um nur einige zu nennen: 47 bei den Farbwerken Hoechst und deren Tochterunternehmen Kalle; 10 bei Bayer Leverkusen; 42 bei HDW/Hamburg; 14 bei Triumpf/Adler in Frankfurt.

Beim größten Teil der von den angführten Beispielen betroffenen Kollegen handelt es sich wohlgemerkt um gewerkschaftliche Vertrauensleute. Bei HDW/Hamburg sowie bei den Farbwerken Hoechst und bei Kalle läuft dieser Ausschlußterror praktisch auf die Liquidierung eines erheblichen Teils des Vertrauensleutekörpers hinaus.

Es ist in diesem Jahr in mehreren Großbetrieben oppositionellen Listen gelungen, eingesessene reaktionäre Betriebsratsfürsten und ihre Cliquen, die von den Gewerkschaftsführern unterstützt wurden, vom Sockel zu stoßen: Wir nennen hier die Gruppe „Echolot" auf der Vulkan-Werft in Bremen und natürlich die Liste „Aktive Metaller" bei HDW/Hamburg. In Westberlin hat die RGO-Liste im Siemens-Bosch-Hausgeräte-Werk die Mehrheit der Stimmen im Arbeiterbereich bekommen. Das gleiche schaffte auch die von unserer Genossin Annette Schnoor angeführte „Belegschaftsliste" bei Siemens/Witten.

RGO-Listen und andere oppositionelle Listen, die bereits vor drei Jahren Furore gemacht haben, konnten in der diesjährigen Wahl in den meisten Fällen ihre Stimmenzahl behaupten bzw. erhöhen. Dann darf man nicht übersehen, daß in vielen Fällen oppositionelle Kollegen auch über Persönlichkeitswahl erfolgreich kandidierten, teilweise in Form von Blockvorschlägen, die mit Kampfprogrammen auftraten.

Es gab gerade in diesem Jahr in den Belegschaften eine starke Stimmung für Persönlichkeitswahl, und diese Stimmung richtete sich ja mitnichten gegen oppositionelle Kräfte, sondern im Gegenteil dagegen, daß alteingesessene reaktionäre Betriebsratscliquen, die von den Gewerkschaftsführern gestützt werden, mittels undemokratischer Machenschaften ihre Machtpositionen zementieren.

Alles in allem kann man sagen, daß die Auswirkungen der kapitalistischen Krisenentwicklung in den Betrieben, die Rationalisierungsfeldzüge und die Arbeitsplatzvernichtung dazu geführt haben, daß das oppositionelle Potential angewachsen ist und daß der Drang in den Belegschaften nach einer Änderung der Betriebsratspolitik gerade in solchen Betrieben, wo die Betriebsratsspitze voll auf dem Sozialpartnerschaftskurs der DGB-Führer steht, bei den diesjährigen Betriebsratswahlen bereits ziemlich stark war.

Allerdings bedarf es auch einer organisierten oppositionellen Aktivität und Initiative, damit solche Änderungen tatsächlich durchgesetzt werden können. Das hat die Erfahrung schon vielfach gezeigt.

Roter Morgen: Wie sieht es nun konkret mit dem Eingreifen der Partei und der RGO in die Betriebsratswahlen und mit den dabei erzielten Ergebnissen aus?

BuG: Wir betrachten dieses Eingreifen und die erzielten Ergebnisse insgesamt als Erfolg. Man kann im Großen und Ganzen von einer guten Beteiligung der in Frage kommenden Genossen und RGO-Kollegen sprechen. Nach unseren — noch nicht ganz vollständigen — Unterlagen wurde seitens unserer Genossen bzw. von RGO-Kollegen in 120 bis 130 Betrieben kandidiert.

Erfreulich hoch ist dabei die Anzahl der Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten: Sie liegt bei rund 40. Davon waren fünf Betriebe mit mehr als 10000 Beschäftigten, vierzehn Betriebe mit mehr als 5000, sechs Betriebe mit 2000 bis 5000 und vierzehn Betriebe mit 100 bis 2000 Beschäftigten. Die Aufteilung nach Betrieben mit weniger als 1000 Beschäftigten sieht wie folgt aus: 39 Betriebe mit weniger als 200 Beschäftigten, 15 Betriebe mit 200 bis 500 Beschäftigten und rund 20 Betriebe mit 500 bis 1000 Beschäftigten.

Was nun die Gesamtzahl „unserer" Betriebsratskandidaten betrifft, so liegt sie bei rund 300. Dabei sind auch solche Kollegen mitgerechnet, die zwar nicht Parteigenossen oder RGO-Mitglieder sind, die aber mit uns zusammen entweder auf einer oppositionellen Liste oder — bei Persönlichkeitswahl — auf einem gemeinsamen Blockvorschlag kandidierten. Gewählt wurden von diesen 300 Kandidaten rund 190. Davon entfallen ca. 90 auf Betriebe mit über 1000 Beschäftigten. Zum Vergleich: Diese Zahl lag bei den Betriebsratswahlen 1978 bei 56. Auf Betriebe mit weniger als 1000 Beschäftigten fallen ebenfalls ungefähr 90 Sitze. Bei den letzten Wahlen waren dies 85. In 19 Betrieben stellen unsere Genossen oder RGO-Kollegen den Betriebsratsvorsitzenden, in neun Betrieben den stellvertretenden Vorsitzenden. Fünf dieser Betriebe haben mehr als 500 Beschäftigte.

Diese Zahlen zeigen, daß wir unseren — sicherlich noch nicht sonderlich breiten — Einfluß in den Betriebsräten bei den diesjährigen Wahlen ausweiten konnten.

Die „Belegschaftsliste" bei Siemens/Witten erzielte eines der allerbesten Ergebnisse

Roter Morgen: Das ist also ein statistischer Überblick, der natürlich erkennen läßt, daß wir noch eine ziemlich kleine Partei sind und daß der Aufbau der RGO noch in einer Anfangsphase steckt. Daß wir gerade in den Großbetrieben bei diesen Betriebsratswahlen erhebliche Fortschritte erzielen konnten, zeigt immerhin: Es geht in der richtigen Richtung voran. Wenn man nun die einzelnen Ergebnisse der von uns angeführten bzw. inspirierten Listen und Blockvorschläge betrachtet, aber auch der Einzelkandidaturen, so zeigt sich doch, daß wir da, wo wir präsent sind, wo wir im Betrieb arbeiten, immerhin schon einen erheblichen Einfluß geltend machen konnten.

BuG: Das kann man durchaus so sagen. Am leichtesten meßbar ist der Einfluß der klassenkämpferischen Kräfte da, wo sie mit eigenen Listen kandidiert haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Mehrzahl dieser Listen breiter als die Zusammenschlüsse mit anderen oppositionellen Kräften darstellten. Daß es zu solchen Listen kam, begrüßen wir sehr, weil der Zusammenschluß der oppositionellen, fortschrittlichen Kräfte auch über differierende Auffassungen hinweg notwendig ist.

Als eindeutig herausragende Erfolge der bisherigen Betriebsratsarbeit der RGO können die Ergebnisse bei Hoesch-Union in Dortmund, bei Siemens in Witten und im Siemens-Bosch-Hausgeräte-Werk in Westberlin gewertet werden. Das sind natürlich Betriebe, wo Partei und RGO schon seit langem arbeiten.

diesmal knapp 32 Prozent der Arbeiter die RGO-Liste gewählt. Dies, obwohl die Liste von der Zusammensetzung oder der Anzahl der Kandidaten her nicht breiter als bei den Wahlen vor drei Jahren war. Wir meinen, hier kann man eindeutig von einer Stabilisierung des politischen Einflusses der RGO in der Belegschaft sprechen.

Man muß davon ausgehen, daß beim ersten Anlauf der RGO vor drei Jahren der Faktor der Proteststimmen eine große Rolle gespielt hat. Das zeigte sich, als nach dem von der IGM-Ortsverwaltung provozierten Rücktritt des neugewählten Betriebsrates die Wahl wiederholt werden mußte. Im ersten Wahlgang hatte die RGO 34 Prozent bekommen. In der zweiten Wahl halbierte sich dieses Ergebnis auf rund 17 Prozent, nachdem die IGM-Ortsverwaltung eine äußerst aggressive, antikommunistisch ausgerichtete Propagandakampagne gegen unsere Liste geführt hatte.

Damals war die RGO eben für die Kollegen noch kaum richtig greifbar. Wenn wir nun dieses Jahr wieder knapp 32 Prozent der Stimmen bekommen haben, dann können wir davon ausgehen, daß es sich hier um den linken Flügel der Belegschaft bei Union handelt. Hintergrund dieses Wahlergebnisses ist eine gute und offensive Arbeit der RGO-Betriebsräte und der RGO-Betriebsgruppe bei Union in den vergangenen drei Jahren.

Da kann man wohl behaupten, daß die Kollegen ihre Wahlentscheidung ganz bewußt getroffen haben. Dies wird auch durch einen Vergleich mit dem Ergebnis bei Hoesch-Westfalenhütte deutlich. Auf der Westfalenhütte stand ebenfalls eine Alternative zur IGM-Liste zur Wahl, allerdings eine reaktionäre: eine CDU-gesteuerte Spalterliste. Die bekam eben nicht etwa um die 30 Prozent sondern nur 8 Prozent der Stimmen.

Wir können also von einem relativ stabilisierten politischen Einfluß bei Union sprechen. Ähnliches läßt sich auch von einer ganzen Reihe weiterer Beispiele sagen. Wir wollen hier etwa nur das Beispiel von HDW/Kiel anführen, wo die RGO-Liste dieses Mal 20,5 Prozent der Stimmen erhielt gegenüber 17,5 Prozent vor drei Jahren.

Wenn wir in diesem Zusammenhang von politischem Einfluß sprechen, ist natürlich nicht gemeint, Einfluß im Sinne der strategischen Grundziele des Programms der Partei, also Stichwort Diktatur des Proletariats. Gemeint ist hier die Haltung der Kollegen zur RGO, zu den Standpunkten, die die RGO konkret im Betrieb zu gewerkschaftlichen Fragen eingenommen hat.

Man kann in diesem Zusammenhang übrigens darauf hinweisen, daß die Wahlergebnisse der oppositionellen Kräfte insgesamt darauf hindeuten, daß heute im Industrieproletariat bei ungefähr einem Drittel der Kollegen eine gewisse Radikalisierung, zumindest in dem engeren Bezug auf gewerkschaftliche Fragen, bereits vorhanden ist. Das bleibt natürlich eine Spekulation, weil wir diese Themen momentan nicht durch eine entsprechend breite und umfassende Untersuchung überprüfen können.

Roter Morgen: Nun gibt es ja auch einige Ergebnisse, wo diese 30-Prozent-Marke erheblich überschritten werden konnte …

BuG: So ist es. Nehmen wir die schon erwähnten Erfolge bei Siemens/Witten und beim Westberliner Hausgeräte-Werk von Siemens-Bosch. Bei Siemens-Bosch bekam die RGO-Liste dieses Jahr knapp 52 Prozent der Stimmen. Die IGM-Liste erhielt dagegen nur noch 48,4 Prozent. Vor drei Jahren erhielt die RGO bei Siemens-Bosch 29 Prozent. Als besondere Bedingung bei dieser enormen Steigerung muß man den hohen Anteil ausländischer Kollegen in der Belegschaft berücksichtigen. Aber klar ist jedenfalls, daß es hier gelungen ist, durch die Praxis der RGO und durch das politische Ansehen einzelner Genossen bzw. Betriebsräte, weit zur politischen Mitte der Belegschaft vorzudringen.

Das gleiche gilt auch bei Siemens/Witten. Die von der RGO-Betriebsrätin Annette Schnoor angeführte und auf Initiative der RGO zustandegekommene „Belegschaftsliste" ist eine vom Typ „breiterer Zusammenschluß". Sie erhielt über die Hälfte der Arbeiter- oder sagen wir in diesem Fall besser der Arbeiterinnenstimmen. Dies unter der Bedingung, daß insgesamt fünf Listen konkurrierten. Die IGM-Liste kam hier mit 25 Prozent nicht einmal mehr ganz auf halb so viele Stimmen wie wir. Gegenüber der RGO-Liste von 1978 konnte die oppositionelle Stimmenzahl bei Siemens/Witten diesmal um rund 17 Prozent gesteigert werden.

Durch eine gute Betriebsarbeit und eine richtige Taktik bei der Wahl ist es hier also gelungen, auch bis weit in politisch keineswegs links eingestellten Belegschaftsteile hinein Einfluß zu gewinnen.

In den zuletzt genannten beiden Fällen hat die RGO es verstanden, die rechten Betriebsräte, jene Bonzen, die sich in der Belegschaft schon stark entlarvt hatten, schon sehr weitgehend zu isolieren. Es gibt auch noch einige ähnlich gelagerte Fälle, wo dies gelungen ist.

Roter Morgen: Bekanntlich halten uns Kritiker der RGO-Politik vor, durch unser offensives Eingreifen in die Betriebsratswahlen, speziell durch die Unterstützung von RGO-Listen, würden wir einen Konfrontationskurs steuern, der uns ins Abseits, in die Isolierung führt. Offensichtlich läßt sich diese These jedoch mit den oben behandelten Beispielen nicht vereinbaren.

BuG: Diese Kritik wurde bereits bei der Betriebsratswahl 1978 vorgetragen. Damals hatten wir die Aufstellung von oppositionellen Listen mit konsequent klassenkämpferischen Programmen und speziell natürlich von RGO-Listen nicht zuletzt als Hebel verstanden, um einen ersten wichtigen Durchbruch beim Aufbau der RGO zu schaffen. Und es ist dann ja tatsächlich auch so gelaufen. Die diesjährigen Ergebnisse zeigen unserer Meinung nach ganz eindeutig, daß unsere Taktik richtig ist.

Unsere Kritiker stellten ja heraus, daß wir uns mit den vor drei Jahren häufig mit viel Krach gestarteten Listen von allen möglichen positiven Kräften isoliert hätten. Sicherlich gab es zunächst gewisse ungewollte Konfrontationen auch zu positiven Kräften, etwa in den Vertrauensleutekörpern. Durch die Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft ist es aber in den meisten Fällen inzwischen gelungen, eine nicht gewollte Konfrontation, etwa zur Masse der Vertrauensleute, mehr oder weniger abzubauen. Das zeigt unter anderem die relativ große Zahl von Kollegen, die bei dieser

Fortsetzung auf Seite 5

Forsetzung von Seite 4

Betriebsratswahl mit der RGO zusammengingen, darunter nicht zuletzt Vertrauensleute, die eben nicht in der RGO sind.

Berichte aus den Betrieben zeigen des weiteren, daß auch in den Betriebsratsgremien selbst ursprünglich vorhandene scharfe Frontstellungen abgebaut werden, daß es zunehmend hier auch zu punktuellen Koalitionen mit anderen Betriebsräten gegen ultrarechte Betriebsratsspitzen kommt. Zum Beispiel wurde ja Annette Schnoor bei Siemens/Witten durch ein Votum der Betriebsratsmehrheit freigestellt, obwohl die Belegschaftsliste wegen zu geringer Kandidatenzahl nicht die Mehrheit im neuen Betriebsrat stellt.

Wenn wir von **ungewollter** Konfrontation sprechen, dann meinen wir damit allerdings keineswegs die Bonzen, die reaktionären Betriebsratsfürsten, die in vielen Betrieben residieren und die meist die volle Unterstützung der Gewerkschaftsführung haben. Diese Konfrontation ist natürlich durchaus gewollt. Sie ist notwendig, wenn man eine tatsächliche Veränderung will, dauerhafte Änderungen, nicht nur kurzlebige Strohfeuer-Siege. Also wir meinen damit, daß politisch die Fronten geklärt, daß die Vertreter der Sozialpartnerschaft tatsächlich in den Belegschaften isoliert, daß ein klassenkämpferischer Zusammenschluß, eine Mobilisierung an der Basis erreicht werden muß. Jede Politik, die darauf abzielt, die Sozialpartnerschaftspolitik nämlich von Grund auf anzugreifen, führt unweigerlich zu wütenden Gegenangriffen der Gegenseite.

Unsere Ergebnisse, gerade auch die oben angeführten konkreten Beispiele, beweisen, daß dieser Weg, der natürlich nicht der des geringsten Widerstandes ist, richtig ist und auch gangbar. Das hat mit einer „Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-Politik" nichts zu tun. Diese „pubertäre" Phase haben wir inzwischen wohl hinter uns gelassen.

Roter Morgen: Nach dem bisher Gesagten könnte es scheinen, daß die RGO bei dieser Betriebsratswahl nur mit Listenwahl gefahren sind. Dem ist aber ja keineswegs so.

BuG: Keineswegs. In den Belegschaften war, wie Anfangs schon erwähnt, eine starke Stimmung in diesem Jahr für Persönlichkeitswahl, und zwar durchaus aus einer berechtigten oppositionellen Haltung gegenüber den Bonzen und ihren undemokratischen Machenschaften heraus. Wir haben von daher in der Partei von Anfang an darauf orientiert, daß wir für Persönlichkeitswahl kämpfen. Allerdings nicht bedingungslos, nicht ohne dabei die Erfordernisse einer revolutionären Arbeit zu berücksichtigen.

Wir haben gesagt: Wir wollen **echte** Persönlichkeitswahl. Das ist etwas ganz anderes als etwa eine von den Bonzen diktierte und mit einer rechten Vertrauensleutekörperleitung aufgestellte Liste, die von vorneherein auf die Zementierung reaktionärer Machtstellungen abgestellt ist. Wir mußten also fordern: demokratische Verfahren bei der Aufstellung der Kandidatenliste; jeder, auch wegen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgeschlossene Kollege, muß kandidieren können usw.

Weiter haben wir gesagt: Es ist bei unserem Eintreten für Persönlichkeitswahl wichtig, daß wir von vorneherein das mit einem Aufruf verbinden, daß alle fortschrittlichen Kräfte zusammenarbeiten sollen, um die Betriebsratswahl zu einer Niederlage für die Reaktionäre, für die „Experten der vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Unternehmern zu machen. Und zur Verwirklichung eines solchen oppositionellen Zusammenarbeit sind — haben wir gesagt — von uns her die entsprechenden Initiativen zu ergreifen. Wir haben propagiert, daß in Form von Blockwahlvorschlägen mit Kampfprogrammen kandidiert wird.

Es durfte also nicht etwa unsere Taktik sein, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, um ohne Blessur über die Betriebsratswahl zu kommen. Auch bei Persönlichkeitswahl gilt, was wir vorher schon zur Frage der Konfrontation gesagt haben. Wer als Oppositioneller sozusagen im Schützengraben in den Betriebsrat robbt, hat mit Sicherheit dann große Schwierigkeiten, überhaupt noch die Kurve zu einer klassenkämpferischen Betriebsratsarbeit zu kriegen.

Grundsätzlich sind wir klar der Meinung, daß Listenwahl günstigere Bedingungen für ein gutes und erfolgreiches Eingreifen in die Betriebsratswahl bietet als Persönlichkeitswahl. So ist eine oppositionelle Liste, vor allem eine RGO-Liste natürlich, ein ganz hervorragendes Mittel, überhaupt einen festen Kern von kämpferischen, klassenbewußten Kollegen im Betrieb zu schaffen.

Außerdem ist es in Großbetrieben für jeden, der nicht bereits vor der Wahl in der gesamten Belegschaft durch sein Auftreten, seine oppositionelle Haltung einen hohen Bekanntheitsgrad hat, ungeheuer schwer, überhaupt genügend Stimmen zu bekommen.

Wir haben trotz dieser Nachteile auf den Kampf für Persönlichkeitswahl orientiert, und das war auch richtig. So wurden in vielen Betrieben auf unsere Initiative hin Unterschriftensammlungen für echte Persönlichkeitswahl durchgeführt, und da haben bis zu 20 oder 30 Prozent der Belegschaften auch unterschrieben.

Wo die Persönlichkeitswahl übrigens dann trotzdem am Widerstand der Bonzen scheiterte, hat es uns diese Kampagne dann erleichtert, andere, nicht in der RGO organisierte Kollegen, zur gemeinsamen Aufstellung von Listen zu gewinnen.

Was unsere Ergebnisse bei Persönlichkeitswahl betrifft, so sind sie im Großen und Ganzen ebenfalls gut. Zweifellos gibt es aber auch Fälle, wo wir mehr Sitze errungen hätten, wenn es zu Listenwahl gekommen wäre.

Die Frage ist aber letztlich nicht: Listenwahl oder Persönlichkeitswahl, sondern wie und mit welchem politischen Ziel man jeweils an die Betriebsratswahl herangeht. Hier sei übrigens angemerkt, daß es auch einzelne Fälle gegeben hat, wo die offiziellen Gewerkschaftslisten maßgeblich unter unserem bzw. dem Einfluß der RGO gestanden haben oder auch anderer fortschrittlicher oppositioneller Gruppen.

Roter Morgen: Nach all dem bisher Gesagten ist es sicherlich sen, daß in einigen Betrieben auch Mißerfolge bzw. Rückschläge hingenommen werden mußten.

BuG: Es würde nichts bringen, wenn wir darüber hinwegsehen würden, daß wir auch Mißerfolge hatten. Denn Mißerfolge haben wenigstens doch die eine positive Seite: daß man daraus lernen kann. Die Frage ist zunächst allerdings: Wo haben wir es mit einem Mißerfolg zu tun, und wo sieht das nur auf den ersten Blick so aus?

Nehmen wir HDW/Hamburg. Dort hat die RGO bei der letzten Wahl vor drei Jahren drei Betriebsratssitze errungen und dieses Jahr reichten die Stimmen nur noch für einen Sitz. Dennoch würden wir in diesem Fall nicht von einem Mißerfolg sprechen.

Erstens ist es ja bei HDW/Hamburg der Liste der „Aktiven Metaller" gelungen, die extrem rechten Bonzen im Betriebsrat, die von der IGM-Ortsverwaltung gestützt wurden, zu stürzen. Das ist ein Fortschritt für die Belegschaft und die Opposition in der IG metall. Und daß es dazu gekommen ist, dazu hat gewiß auch die Arbeit der RGO-Betriebsräte in den vergangenen drei Jahren mit beigetragen.

Zweitens mußten wir unter den gegebenen Bedingungen damit rechnen, daß die RGO weniger Stimmen als vor drei Jahren erhalten würde. Die Opposition, die sich aus dem Vertrauensleutekörper gegen die rechte Clique gebildet und den Schritt zur Aufstellung einer eigenen Liste diesmal gewagt hat, war ja mehrheitsfähig, im Gegensatz zur RGO-Liste.

Zu einer gemeinsamen Liste kam es leider nicht. Der Grund ist, daß neben den fortschrittlichen Kollegen auf der Liste der „Aktiven" auch eine Reihe überhaupt nicht fortschrittlicher Leute zählten, die aber einen maßgeblichen politischen Einfluß auf diese Liste hatten. Die Weigerung, mit der RGO zusammenzuarbeiten, rührte bei einem Teil der „Aktiven" sicher hauptsächlich aus der Furcht vor Gewerkschaftsausschlüssen. Zu den Ausschlußverfahren ist es allerdings nun trotz der Abgrenzungspolitik gegenüber der RGO gekommen.

Zum anderen aber haben die erwähnten nicht-fortschrittlichen Kräfte die Zusammenarbeit und die Abgrenzung eben auch aus politischer Überzeugung betrieben. Also es gab da eben auch Leute, die in uns nicht zu Unrecht politische Gegner sehen.

Beim Ergebnis der RGO-Liste von HDW/Hamburg muß im übrigen auch in Rechnung gestellt werden, daß die Werft in zwei Betriebe geteilt ist, wobei die meisten RGO-Mitglieder sich jedoch auf einen der beiden, das Werk Reiherstieg, konzentrieren. In diesem Betrieb konnte sich die RGO trotz der genannten komplizierten Bedingungen recht gut behaupten. Dort ist die RGO eben auch schon zu einem Faktor mit erheblichem politischen Einfluß geworden.

Also bei HDW/Hamburg meinen wir nicht, daß da ein Mißerfolg vorliegt. Aber es gab natürlich auch echte Mißerfolge. Da gibt es z.B. zwei Großbetriebe, wo jeweils ein RGO-Betriebsrat zusammen mit drei weiteren Kollegen kandidiert hat, und wo man nicht genügend Stimmen bekam, um wieder in den Betriebsrat einzuziehen. Wir müssen die Ursachen für diese Niederlagen noch genauer untersuchen.

Auffallend ist dabei die Tatsache, daß die beiden RGO-Betriebsräte jeweils in ihren eigenen Abteilungen wieder eine relativ hohe Stimmenzahl bekommen haben, daß in den anderen Abteilungen jedoch fast durchweg sehr wenig Stimmen auf die Listen entfielen.

Zweifellos reicht eben der persönliche Einfluß, den ein Kollege oder Genosse in seiner Abteilung hat, in großen oder auch weitverzweigten Betrieben nicht aus. Da steht die Frage so: Hat man politischen Einfluß, ist die RGO zu einem politischen Faktor geworden? Oder ist dies nicht der Fall?

In zwei anderen Fällen, wo wir Mißerfolge zu verzeichnen haben, obwohl die Partei dort schon lange arbeitet, fällt auf, daß es da eine relativ linke Betriebsratsmehrheit gibt. Da gehen die Fragen dann weniger um allgemein fortschrittliche Forderungen oder dergleichen, sondern konkret darum, wie im Betrieb der Kampf um diese Ziele geführt werden muß, wie man da in die Offensive kommt. In solchen Betrieben ist es für die RGO offensichtlich schwierig, ihren Standpunkt der Masse der Kollegen deutlich zu machen. Hier muß es gelingen, zu zeigen, wo das „Linkssein" der etablierten Betriebsräte seine Grenzen hat, etwa wenn auch dort am laufenden Band Arbeitsplätze vernichtet werden.

Eine dritte Kategorie von Mißerfolgen haben wir da, wo vor drei Jahren RGO- oder andere Listen Erfolge bei der Wahl hatten, wo jedoch unsere Arbeit im Betrieb schlecht oder sehr schwach war, bzw. nach der Wahl aus speziellen Gründen zusammengebrochen ist. Wir haben aus solchen Erfahrungen inzwischen gelernt, und in dieserm Jahr nicht unbedingt darauf gedrungen, daß man da kandidiert, wo unsere Arbeit nicht auf soliden Grundlagen steht.

Roter Morgen: Vielleicht wäre es gut, noch kurz auf die Ergebnisse bei Bayer-Leverkusen und Farbwerke Hoechst bzw. Kalle einzugehen, die ja in der Öffentlichkeit einige Aufmerksamkeit erweckt hatten?

BuG: Richtig. Da hat es eine besondere Bewegung gegeben in diesem Bereich. Da sind Listen entstanden, oppositionelle Listen, die sich im Charakter von den bisher genannten Beispielen in einigem unterscheiden. Bei den Farbwerken Hoechst in Frankfurt und bei Bayer Leverkusen arbeiten in diesen oppositionellen Gruppen auch einzelne Genossen oder RGO-Kollegen mit. Wir wollen uns hier darauf beschränken, hinzuweisen, daß die Erfolge dieser Listen gute Bedingungen geschaffen haben für neue oppositionelle Zusammenschlüsse und Aktivitäten in der IG Chemie, in der ja bekanntlich zur Zeit — na ja, sagen wir — ein unfreundliches Klima herrscht.

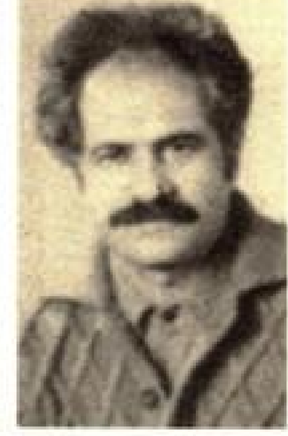
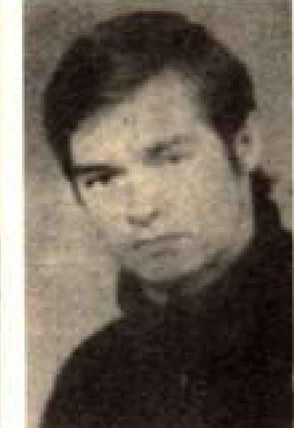
Roter Morgen: Zum Schluß sollten wir noch kurz einiges dazu sagen, welche Aufgaben sich jetzt für unsere Genossen und für die RGO auf der Grundlage der Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1981 ergeben.

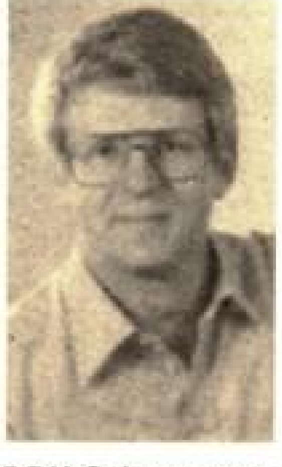
BuG: Zum einen ist es natürlich eine sehr wichtige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die neugewählten Betriebsräte auch die entsprechende Unterstützung, Schulung usw. erhalten, die sie benötigen, um ihre Aufgabe gut zu lösen, sich zu bewähren und die Hoffnungen, die die Kollegen im Betrieb auf sie setzen, zu erfüllen.

Zum zweiten gilt es, die verbesserten Möglichkeiten, die wir durch diese Betriebsratswahlen erreicht haben, entschlossen und beharrlich zu nutzen, um den Aufbau der RGO weiter voranzutreiben, die RGO auch mitgliedermäßig zu stärken. Das ist unbedingt notwendig. Denn die Stärkung der RGO ist das Grundlegende. Denn es geht darum, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen Arbeitsplatzvernichtung und Reallohnabbau, der Kampf gegen die Angriffe des Kapitals vorankommt und nicht mehr von den Gewerkschaftsbonzen abgewürgt, sabotiert und gespalten werden kann.

Und nicht zuletzt sollten wir die Zusammenarbeit, die sich punktuell im Rahmen dieser Betriebsratswahlen mit anderen oppositionellen Kräften ergeben hat, festigen und weiter ausbauen. Eine solche Zusammenarbeit muß künftig auch in Tarifbewegungen oder bei Kämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung usw. im Sinne der Unterstützung dieser Kämpfe verstärkt praktiziert werden.





Oben: Sieben der acht gewählten Kandidatinnen der „Freien Liste" bei der DRK-Schwesternschaft in Essen
Unten: Fünf gewählte Kandidaten der Liste „Arbeitereinheit" AEG-Brunnenstraße/Westberlin





Die fünf RGO-Betriebsräte bei HDW in Kiel



Die beiden RGO-Betriebsräte bei Hoesch wurden mit 32 Prozent wieder gewählt.

Am Rande des Hamburger Kirchentages

Über 100 000 marschierten für den Frieden

Schmidt und Apel in Bedrängnis

HAMBURG. — Die Besorgnis der Menschen unseres Landes angesichts der atomaren Hochrüstung der Supermächte bestimmte weitgehend das Geschehen auf dem diesjährigen Evangelischen Kirchentag. Und zwar sowohl im offiziellen als auch im inoffiziellen Teil des Programms.

Zu dem inoffiziellen, das unterstrichen Kirchenführer und Politiker auch sehr deutlich, gehörte die machtvolle Friedensdemonstration am 20. Juni, die mit weit über 100 000 Teilnehmern zu einer der größten Massenaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik gedieh.

Es waren vor allem Jugendliche, die an diesem Tag mit ihrer Aktion dem gesamten Kirchentag einen Stempel aufdrückten, der den Regierungspolitikern und den Kirchenoberen durchaus nicht recht war. Den Herren Schmidt und Apel, die im offiziellen Programmteil ebenfalls zu spüren bekamen, daß Zehntausende der Besucher, Zehntausende Christen ihren wahnwitzigen Rüstungskurs nicht mitmachen wollten, wurde deutlich wie selten vor Augengeführt, daß ihr Kurs von vielen als volksfeindlich durchschaut wird.

Genossen der KPD und der KJD beteiligten sich an der Demonstration. Dabei konnten sie etwa 5000 Friedenspläne der Partei verteilen.

Als Skandal empfanden es alle, daß sie auf dem Zug mit einem wahren Schandmal Hamburgs konfrontiert wurden: einem faschistischen Kriegerdenkmal mit der Aufschrift: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen." Dieses Denkmal wurde leicht beschädigt. Es wird Zeit, daß es ganz verschwindet!



An diesem Tag gehörte Hamburg den Kriegsgegnern.

Es zeigte sich übrigens auch in Hamburg, daß die Parole „BRD raus aus der NATO" die einzig konsequente Antwort auf die Kriegsdrohungen aus USA, breite Unterstützung findet.

Hans Apel, der sich in Hamburg bemühte, angesichts des schon bei seinem Erscheinen laut werdenden Protestes, ruhig und gelassen zu bleiben und „vernünftige Argumente" für seine Politik der Aufrüstung und der Militarisierung der Gesellschaft vorzubringen, mußte mit Polizeischildern vor Wurfgeschossen geschützt werden: Protestierende Christen warfen Beutel mit Tierblut auf die Tribüne.

Bundeskanzler Schmidt versuchte mit allen Mitteln, die Bündnisbereitschaft seiner Regierung gegenüber den USA zu verteidigen und die Reagan-Regierung als friedliebend, verhandlungsbereit usw. hinzustellen. Er sah sich auch gezwungen, gegenüber der Friedensbewegung schön zu reden. Die „rationale Friedensbewegung", so sagte er, könne der Regierung „sehr von Nutzen sein". „Rational" sind für Schmidt allerdings nur die, die die Perspektive des Friedenskampfes in den Verhandlungen zwischen den Militärblöcken sehen. Da erklärt er dann seine Verhandlungsbereitschaft und meint, die so eingeschränkte Friedensbewegung vor seinen Karren spannen zu können. Es wäre aber nichts weniger als rational, also vernünftig, allein auf die Ergebnisse solcher Verhandlungen zu bauen. Schließlich kam selbst dann, wenn sich die Vertreter der Blöcke zusammensetzten, am Ende nichts als weitere Aufrüstung heraus. Und ihre Versprechungen haben diese Letue doch inzwischen wahrlich oft genug gebrochen.

Schmidt wird sich noch wundern. Wir jedenfalls verstehen es als unsere Aufgabe, in der Friedensbewegung für die Durchsetzung der Erkenntnis zu sorgen, daß die Schmidt-Regierung die Bundesrepublik in den Abgrund eines Atomkrieges zu führen bereit ist. Daß man ihr nicht nutzen, sondern ihre Politik durchkreuzen muß.

Schmidt äußerte auch „Respekt" gegenüber dem „Gesinnungspazifismus" und behauptete, es gäbe kein Land, in dem soviel Freiheit für Kriegsdienstgegner bestünde wie in Westdeutschland. Angesichts der bekannten Maßnahmen gegen Verweigerer und der Pläne zur verstärkten ideologischen Beeinflussung der Jugend für den Kriegsdienst bis hinein in den offiziellen Schulunterricht ist das ein starkes Stück.

Im übrigen: Durchaus nicht alle Jugendlichen sind Pazifisten. Auch nicht all die, die Schmidts Kriegskurs nicht mitmachen wollen. Und die passen Schmidt dann auch nicht ...

Natürlich ist der Pazifismus, das totale „Nein" zum Waffentragen, die vorherrschende Tendenz in der Friedensbewegung. Und dieses „Nein" geht den Herrschenden durchaus an die Nieren, denn sie sehen ihr Programm gefährdet. Mit all diesen Menschen zusammen müssen wir kämpfen, um das „Nein" zur NATO-Politik auch durchzusetzen, um die Stationierung von Atomraketen zu verhindern, um unser Land vom westlichen Kriegspakt abzukoppeln. Es geht um unser aller Überleben. Dafür müssen Christen und Kommunisten, alle Kriegsgegner zu gemeinsamen Aktion finden.

Aber wir werden auch nicht nachlassen, Klarheit zu schaffen über den endgültigen Ausweg, der die Kriege beseitigt, indem er denjenigen, für deren Profit sie geführt werden, die Existenzgrundlage entzieht: den Sturz des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Und wir wissen, daß die bewaffnete Staatsmacht auch gegen das eigene Volk eingesetzt wird, wenn sich die Kriegsgewinnler bedroht fühlen. Da muß man dann etwas entgegensetzen, um stärker zu sein.



A. Soós: „Sterbehelfer".

... in Bedrängnis



Die KPD war dabei. Unter anderem mit diesem Transparent.



Samstag, 27.6., —Sammeln: 13.40 Uhr Dorfplatz Wildenrath

Protest gegen Militärschau

DARMSTADT. — Am 16. Juni führte die Bundeswehr auf dem Truppenübungsplatz „Griesheimer Sand" eine sogenannte „Informationsveranstaltung" durch — eine militaristische Propagandaschau. Sie verschickte Einladungen an Schulen, in denen sie ankündigte, sich als Friedens- und Verteidigungsarmee vorstellen zu wollen. Man versuchte, gezielt auf Schüler der Abschlußklassen in Real-, Haupt- und Berufsschulen einzuwirken, ihnen den Dienst in der Bundeswehr als interessanten Beruf anzubieten, wo es doch heute so schwer ist, eine Stelle zu finden...

Die Beteiligung wurde von den Schulen klassenweise organisiert. Schüler, die die Teilnahme verweigern wollten, wurden mit Hinweis auf die Schulpflicht zum Mitgehen gezwungen, da dies Bestandteil des Unterrichts sei.

Dennoch fanden und organisierten sich Gegner der Militärpropaganda. Ein Genosse aus Darmstadt berichtet:

Schon einige Stunden vor dem Demonstrationstermin war auf dem Luisenplatz einiges los. Studierende des Hessenkollegs Rüsselsheim zeigten Pantomimen zum Thema Aufrüstung. Ein Stand der Aktionseinheit informierte den ganzen Tag über die Militärschau der Bundeswehr und den Protest dagegen. Seit dem Morgen waren 350 Schüler in dem Jugendzentrum Hütte versammelt und diskutierten bei einer Stadtschülerkonferenz über Friedenspolitik, Kriegsdienstverweigerung und die Rolle der NATO.

Zu der Bundeswehrveranstaltung selbst waren 3000 Schüler aus Darmstadt und der nähren Umgebung mit ihren Lehrern gekommen. Vor ihnen wurden alle Herrlichkeiten des Bundeswehrlebens ausgebreitet: Spezialfahrzeuge vom Auto bis zu mächtigen Brückenpanzern. Leopardpanzer erklommen Steigungen, die von einem Menschen nur mit Bergsteigerfahrung bezwungen werden können. Am Nachmittag wurden ihnen Übungen unter gefechtsmäßigen Bedingungen vorgeführt. Luftlandeoperationen von Fallschirmjägern. Fallschirmjäger wurden abgesetzt und bauten eine Verteidigungslinie auf. Alles spielte sich in hundert Metern Entfernung von den Jugendlichen ab.

2000 Menschen versammelten sich auf dem Luisenplatz, um gegen die Bundeswehrschau, gegen den Krieg und gegen Atomraketen zu demonstrieren. Unter ihnen auch Genossen der KPD und des KJD und Mitglieder der VOLKSFRONT.

Gleich zu Beginn der Demonstration gab es einen Zwischenfall. Die Polizei wollte ein Transparent mit dem satirischen Satz „Krieg muß man schwänzen — Verbot der terroristischen Vereinigung Bundeswehr!" beschlagnahmen und zerriß es bei dieser Gelegenheit kurzerhand. Einen zweiten Zwischenfall gab es, als ein wildgewordener Autofahrer in den Demonstrationszug raste und zwei Demonstranten verletzte. Einer mußte mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht werden.

Ansonsten verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle. Es wurden Parolen gegen die Kriegspolitik von NATO und Warschauer Pakt gerufen, mehr Schulen statt Kasernen verlangt und der Austritt aus der NATO gefordert. Die Demonstrationsroute war gesäumt von blauen Stellschildern der VOLKSFRONT: „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!" Nach der Demonstration gab es eine Abschlußkundgebung. Dort sprachen die Darmstädter Stadtschulsprecherin, der GEW-Kreisvorsitzende Wilhelm Redel und ein evangelischer Pfarrer.

Die KPD konnte einige hundert Friedenspläne verteilen. Insgesamt war die Demonstration ein Erfolg für die Darmstädter Friedensbewegung, die Aktionseinheit aus über 40 Gruppen hat sich bewährt, obwohl oder besser weil so viele verschiedene Richtungen darin vertreten waren. Wir wollen uns bemühen, darauf aufbauend auch in Darmstadt eine Friedensinitiative ins Leben zu rufen.

Meldungen

Diskussion über Hungerstreik verboten?

OLDENBURG. — Am 10. Juni umstellte eine Hundertschaft uniformierter Polizei das autonome Kommunikationszentrum „Alhambra". Das Gebäude wurde durchsucht. Gegen drei Personen, die für das Kollektiv der Oldenburger Stadtzeitung „Nordwind" tätig sein sollen, läuft ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft beim OLG Celle. („Alhambra" und „Nordwind" haben dieselbe Anschrift.) Der Vorwurf: „Öffentliche Aufforderung zu Straftaten" (§ 111 StGB) und „Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129a)!

Der erste Vorwurf wird begründet mit einem Artikel im „Nordwind" Nr. 35, in dem ein unbekannter Verfasser im Zusammenhang mit Hausbesetzungen für eine Diskussion (!) über Widerstandsformen eintritt und verschiedene Gedanken vorbringt, die sich auch andere bereits dazu gemacht haben. Und für den zweiten Vorwurf muß die Tatsacher herhalten, daß in der Nr. 36 über den Hungerstreik der RAF-Gefangenen berichtet wurde und positive und negative Stellungnahmen zu den Forderungen der Gefangenen abgedruckt wurden — der Leser bleibt aufgefordert, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Somit soll jetzt bereits die öffentliche **Diskussion** über die Lage politischer Gefangener bei Strafe verboten werden. Schon diese Diskussion soll eine „Werbung" darstellen!

Dagegen setzen sich Oldenburger Demokraten zu Wehr. Die Ermittlungsverfahren müssen eingestellt werden!

Strauß verliert

FÜRTH. — Das Fürther Amtsgericht hat Dr. Alexander Soos vom Vorwurf der Beleidigung des Bayern Franz J. Strauß freigesprochen. Es ging in dem Prozeß um das bekannte „Stierplakat", aus dem Wahlkampf der VOLKSFRONT. Der Richter, der das Verfahren eigentlich gar nicht erst eröffnen wollte und dies nur auf Anweisung des übergeordneten Landgerichts tun mußte, befand, daß Strauß auf dem Plakat nicht direkt als Faschist bezeichnet wurde. Strauß in die Nähe solcher Begriffe wie Reaktion, Faschismus und Krieg zu bringen, sei nicht beleidigend — es drücke eine politische Ansicht aus, und solche Ansichten stünden nicht zur Verhandlung. Die Stierkarikatur sei weder beleidigend noch außergewöhnlich.

„Überfremdungskongreß"

Einen „Kongreß gegen Überfremdung" wollte die NPD in Heppenheim abhalten. Sie hatten einen Saal im Bürgerhaus bestellt. Ohne den Zweck wahrheitsgemäß anzugeben. Nicht einmal Stadträte und Bürgermeister wußten nach eigenen Aussagen davon. Die VOLKSFRONT rief zum Protest auf, sobald sie davon erfuhr, sprach alle bekannten fortschrittlichen Organisationen sowie die Presse, die Kirchenkreise, Stadtratsfraktionen usw. an. Alle angesprochenen Organisationen kamen; sie verteilten ein gemeinsames Flugblatt und verschickten einen offenen Brief. Ihre Forderung, die faschistische Provokation zu unterbinden, fand im

Fortsetzung rechte Spalte

Meldungen

Stadtrat die Unterstützung der SPD-Fraktion.

Nach vorübergehendem Verbot der Nazi-Versammlung wurde sie schließlich vom Verwaltungsgericht wieder zugelassen, wenn auch mit Auflagen — späterer Beginn, keine Demonstration zum Lokal.

Etwa 200 Antifaschisten hielten Kundgebungen ab und empfingen die Faschisten mit Sprechchören. Die Polizei sicherte der NPD den Zugang zum Lokal.

Bei einer Unterschriftensammlung unterzeichneten in etwa drei Stunden 300 Bürger gegen die Nazi-Umtriebe. Bei der antifaschistischen Abschlußkundgebung hörten viele Menschen zu. Es ergaben sich mehrere neue Kontakte zu Bürgern, besonders zu Jugendlichen. Viele Schüler waren zu der Aktion gekommen. Die Presse brachte positive Berichte.

Der Flugblattverantwortliche hat inzwischen zwei Drohbriefe von faschistischen Verbrechern erhalten!

Die Antifaschisten aus Heppenheim und Umgebung wollen ihre Arbeit weiterführen. Das wird auch notwendig sein, da mit ausländerfeindlichen Aktionen und Unterschriftenaktionen von Seiten der NPD zu rechnen ist. Die gemeinsame Aktion vom 13.6. hat dafür gute Grundlagen gelegt.

Braunes für die Braunen



LIPPE. — Die Kalletaler Bürger verhinderten das geplante Bundestreffen des faschistischen „Bundes heimattreuer Jugend" (BhJ) in ihrer Stadt. Sie setzten durch, daß die Behörden die Genehmigung zurückzogen und veranstalteten einen eindrucksvollen Demonstrationszug. Daß sie sich dabei einiges einfallen ließen, beweist das obige Foto!

Gegen das Faschistentreffen wurde der „Bund Lippischer Antifaschisten" gebildet, dem auch die KJD angehört sowie die Grünen, Jusos, DKP, KBW, VOLKSFRONT, die ehemaligen Klingenbergbesetzer und die Gewerkschaftsjugend. 350 Menschen beteiligten sich an der Demonstration. Als sich auf einem der vorhergegangenen Informationsabende Faschisten unter das Publikum mischten, um die Pläne der Antifaschisten zu erfahren, wurden sie, wie uns ein Genosse schrieb, „freundlich gebeten", den Raum doch ganz schnell wieder zu verlassen.

Eindrucksvolle Demonstration gegen Graue Wölfe

KIEL. — 1 500 Menschen beteiligten sich am 13. Juni an der Demonstration für das Verbot der Grauen Wölfe und aller faschistischen Organisationen sowie für die sofortige Schließung des Ladens der sogenannten „Türkischen Gemeinschaft" in der Kieler Jägerstraße. Diese Demonstration war eine Reaktion auf den Mordanschlag, den türkische Faschisten am 31. Mai gegen antifaschistische Demonstranten verübt hatten.

Durch das Arbeiterviertel Gaarden, wo auch sehr viele türkische Kollegen wohnen, bewegte sich der Zug zum Holstenplatz in der Kieler Innenstadt. Er wurde von einem starken Polizeiaufgebot begleitet. Polizisten schirmten auch das Büro der Grauen Wölfe ab, damit den Faschisten nur ja nichts passiert. Bisher hat die Stadt noch keine Schritte gegen diesen Terroristentreff unternommen.

Erneuter Überfall der Grauen Wölfe

Nicht geschützt wird hingegen der Laden des Arbeitervereins aus der Türkei in der Kaiserstraße. Jedenfalls nicht von der Polizei. Am Morgen des Demonstrationstages versuchten Graue Wölfe, diesen Laden zu stürmen und die Scheiben einzuschlagen. Sie wurden von Antifaschisten in die Flucht geschlagen, ohne Schaden anrichten zu können.

Die Grauen Wölfe hatten sich auch auf einen Angriff auf die antifaschistische Demonstration vorbereitet. Sie hatten sogar versucht, eine Gegendemonstration anzumelden, die ihnen aber nicht genehmigt wurde. Angesichts der Disziplin und Entschlossenheit der Demonstranten trauten sie sich dann nicht, den Zug anzugreifen.

Das Kieler Komitee gegen die Grauen Wölfe hebt in einer Presseerklärung hervor, daß die Demonstration von einem breiten Bündnis antifaschistischer Kräfte getragen wurde. Neben dem Komitee beteiligten sich unter anderem die VOLKSFRONT, die Jusos, die KPD, die VVN-BdA, die DKP, die Grünen, der BWK und die sieben türkische Organisationen und Vereine.

Türkischer Antifaschist verhaftet!

Am Nachmittag wurde dann der türkische Antifaschist Ferredün Ö. verhaftet! Die Polizei wirft ihm vor, bei den Auseinandersetzungen im Anschluß an den faschistischen Überfall am 31. Mai einen der Schläger mit einem Messer am Ohr und an den Rippen verletzt zu haben. Die Anklagepunkte lauten: Schwere Körperverletzung, versuchter Totschlag und schwerer Landfriedensbruch. Augenzeugen berichteten, daß Ferredün kein Messer bei sich hatte. Es muß verhindert werden, daß statt der entschiedenen Zerschlagung der Verbrecherbanden wieder einmal ein Antifaschist verurteilt und eventuell den faschistischen Henkern in Ankara ausgeliefert wird. Freiheit für Ferredün!



Die Partei unterstützte diese Demonstration aktiv



1 500 Menschen demonstrierten für das Verbot der Grauen Wölfe.

Innenministerkonferenz:

Weitere Entrechtung ausländischer Bürger geplant

LÜBECK. — Das reaktionäre Ausländergesetz der Bundesrepublik ist den Innenministern der Länder und Bundesinnenminister Baum noch nicht scharf genug. Auf ihrem Treffen in Lübeck am 12.6. sprach man sich einmütig für eine weitere Entrechtung unserer ausländischen Mitbürger aus, die besonders in einer schärferen Verfolgung aktiver Antifaschisten und Demokraten bestehen soll.

Zum Anlaß nahm man die nicht abreißende Kette blutiger Gewalttaten ausländischer, besonders türkischer Faschisten. Es ist allerdings immer noch nicht an ein Verbot etwa der Grauen Wölfe gedacht. Und man spricht in diesen Kreisen auch nicht von Faschistenüberfällen, sondern von „Auseinandersetzungen extremistischer Ausländer". Faschisten und Antifaschisten, Gewalttäter und Überfallene, Mörder und Opfer werden gleichrangig nebeneinandergestellt. Der Zynismus der Minister kennt keine Grenzen.

Der „Katalog der Ausweisungsmöglichkeiten" solle überprüft werden, verkündete Baum und fügte hinzu, die Konferenz habe ausdrücklich seine Absicht begrüßt, „Extremisten" künftig schon an den Grenzen zurückweisen zu lassen. Das heißt u.a., Grenzbehörden die Entscheidung über das Schicksal eines politisch Verfolgten zu übertragen, der in seiner Heimat vom Tode bedroht ist!

Das trifft wiederum besonders auf Antifaschisten aus der Trükei zu. Die Militärjunta ist dankbar für jedes Opfer, das ihr die Bundesbehörden ausliefern.

Man sprach in Lübeck auch über den Kieler Chef der Grauen Wölfe, Ahmet Güner, der kürzlich versucht hatte, Antifaschisten umzubringen. Man vertrat die Meinung, er sei sofort abzuschieben.

Damit allerdings sind wir nicht einverstanden!

Es mag zwar sein, daß die türkische Junta ihn vorübergehend einsperrt. Man kommt ja im Moment offensichtlich ohne direkte, offene Hilfe der Grauen Wölfe aus. Aber eine Ausweisung trifft einen Faschisten doch ganz anders als einen Antifaschisten, dessen Leben akut bedroht ist. Eine sofortige Ausweisung Ahmet Güners käme einer Strafvereitelung gleich — denn die Ermittlungen wegen versuchten Totschlags würden dann eingestellt, er würde nicht die Strafe bekommen, die wegen seines Verbrechens über ihn verhängt werden muß! Die faschistischen Verbrecher aus der Türkei und anderen Ländern, die hier Straftaten begehen, müssen hier auch ihre gerechte Strafe erhalten!

Die Politik der Bundesländer und der Bundesregierung zielt darauf ab, Zwietracht zu säen zwischen Deutschen und Ausländern. Sie gibt mit ihrer Politik auch den Kräften in unserem Land Auftrieb, die mit ihren „Ausländer raus" oder „Ausländer-Stopp"-Parolen chauvinistische und faschistische Stimmungen verbreiten.

Das ist auch der Boden, auf dem die zunehmenden Gewalttaten deutscher Faschisten gegen ausländische Arbeiter und ihre Wohnungen gedeihen. Diese Verbrechen reißen nicht ab.

In Hamburg wurde ein 26-jähriger Türke vor einigen Tagen durch neun Schüsse schwer verletzt, die durch sein Schlafzimmerfenster abgefeuert wurden. Sie galten offenbar eigentlich seinem Bruder, der als Antifaschist bekannt ist. Hier kommen nur faschistische Täter in Frage. Keiner wurde gefunden.

In Geseke (Westfalen) setzten noch unbekannte Täter ein Ausländerwohnheim in Brand. Hier wohnten Asylbewerber aus der Türkei. Sechs Menschen wurden durch Rauchvergiftungen oder beim Sprung durchs Fenster, durch den allein sie ihr Leben retten konnten, verletzt.

Im Kampf gegen die Politik der Regierung und die von ihr begünstigten faschistischen Gewalttäter brauchen die ausländischen Kollegen und Demokraten die Unterstützung jedes demokratisch gesinnten Deutschen! Wir fordern die Aufhebung der reaktionären Ausländerparagraphen! Volle rechtliche und politische Gleichstellung der ausländischen Mitbürger!

Antifaschisten in NRW — nicht vergessen:

Am 27. Juni nach Düsseldorf

Antifaschistischer Aktionstag zum Abschluß des Majdanek-Prozesses

10 Uhr: Antifaschistische Mahnwache vor dem Landgericht

ca. 12 Uhr: Demonstration für die strenge Bestrafung der Nazi-Massenmörder

15 Uhr: antifaschistische Veranstaltung unter Teilnahme ehemaliger KZ-Häftlinge aus Polen.

Protest gegen Duisburger Massenverhaftungen

DUISBURG (Volkskorrespondenz). — Nach den 160 Verhaftungen in der Nacht zum 1. Mai in Duisburg (siehe RM 19/81 — Red.) setzte eine breite Protestwelle gegen das Vorgehen der Polizei ein. Am 1. Mai organisierten linke Gewerkschafter eine Solidaritätsveranstaltung direkt nach der offiziellen Kundgebung. Es kamen ca. 600 Leute. Hier wurde eine Demo für den nächsten Tag beschlossen. Es demonstrierten mindestens 500 Menschen gegen Wohnungsnot und Polizeiterror in Duisburg.

Nachdem sich erst zwei Arbeitskreise für Öffentlichkeitsarbeit und Prozeßvorbereitung gebildet hatten, gründeten wir nach zwei Wochen mit allen Organisationen, die auch unterzeichnet haben, die „Duisburger Initiative gegen Polizeiübergriffe“. Hier arbeiten junge Betroffene und z.T. deren Eltern mit.

Bewußt wurde diese Initiative so genannt, weil bekanntich solche Überfälle der Duisburger Polizei Tradition haben. 1974 Günter Routhiers Tod, nachdem er 14 Tage vorher fürchterlich von der Duisburger Polizei zugerichtet worden war. Er starb ganz klar an den Folgen des Polizeieinsatzes. 1977 Überfall der Duisburger Polizei auf ein Fest in Duisburg-Neumühl, wo ca. 150 Jugendliche mit Chemical Mace durch nächtliche Straßen getrieben wurden. 1981 Festnahme und ED-Behandlung von ca. 160 Jugendlichen, die friedlich gegen die Wohnungsnot in Duisburg demonstrierten. In Duisburg suchen 12 000 Menschen eine Wohnung, davon 4 000 dringend.

Die Initiative sieht im Augenblick hauptsächlich ihre Aufgabe darin, die anstehenden Prozesse vorzubereiten, die Öffentlichkeit zu informieren und die genannten Zusammenhänge herauszustellen. Bisher konzentrierten wir uns auf eine breite Kampagne zur Sammlung von Unterschriften gegen den Polizeieinsatz. Der beiliegende „offene Brief“ gibt ein Bild, wie breit die Empörung in Duisburg über diesen Einsatz ist.

Offener Brief

„Am Donnerstag, den 30.4. 1981, fand in Duisburg ein Polizeieinsatz gegen Hausbesetzer und Demonstranten statt, dabei wurden rund 160 Personen festgenommen. Sie wurden bis zu acht Stunden festgehalten, erkennungsdienstlich behandelt und verhört. Dem ging eine Hetzjagd auf Demonstranten und auch auf unbeteiligte Passanten voraus.

• 16.00 Uhr: Demo gegen Wohnungsnot und Wohnraumzerstörung. Hundertschaften von Polizei hindern die Demonstranten am Abmarsch.

• Ein Demonstrant wird provokativ festgenommen: „Herr Hofmeier festnehmen zur Personalienfeststellung“ Zitat Ende!

• Ein VW-Bus wird beschlagnahmt.

• Es kommt zu einem spontanen Demonstrationszug in Richtung Hamborner Polizeirevier, um die Freilassung des Festgenommenen zu fordern.

• Von 80 Demonstranten werden 35 festgenommen.

• Vom Neumühler Markt formiert sich ein zweiter spontaner Demonstrationszug, der komplett festgenommen wird, zuzüglich einiger unbeteiligter Passanten.

• 20.30 Uhr: Durchsuchung des Neumühler Bahnhofs unter Einsatz von zwei Hundertschaften. Im Bahnhof befanden sich fünf Erwachsene und drei Kinder. — Dabei riskierte die Polizei wissentlich Leben und Gesundheit einer hochschwangeren Frau und deren Kind.

Sowohl der Polizeiführung als auch dem Gericht lag seit einer Woche ein Attest über den Gesundheitszustand der Frau vor. Trotz Einlieferung in ein Krankenhaus — nach über einer Stunde — bestand Lebensgefahr für Mutter und Kind.

• Bei weiteren Protesten wurde wahllos festgenommen.

• Bei den Festnahmen wurde geschlagen, getreten und an den Haaren gezerrt.

• Die Festgenommenen wurden in den Polizeirevieren weiter schikaniert: Minderjährige durften ihre Eltern nicht benachrichtigen. Des weiteren Anwälte. Es wurde weiter geschlagen und getreten.

Ein solches Unrecht können wir nicht hinnehmen!“

Diese Schilderung der Betroffenen des Polizeieinsatzes vom 30. April 1981 ist den Unterzeichnern zur Kenntnis gebracht worden. Wir sind der Ansicht, daß das Problem Wohnungsnot nicht mit dem Polizeiknüppel gelöst werden kann.

Deswegen fordern wir:
1. Restlose Klärung der Vorgänge vom 30.4.1981.
2. Löschung aller ermittelten Daten!
3. Keine Strafanzeigen gegen die Festgenommenen.
4. Verantwortliche müssen zur Rechenschaft gezogen werden!
5. Des weiteren fordern wir alle Beteiligten auf, verstärkt die Möglichkeit von Nutzungsverträgen für die besetzten Häuser in Duisburg zu prüfen!

(Zu den Erstunterzeichnern gehört auch der Kreisvorstand der KPD, ebenso wie die VOLKSFRONT, die Bundesvorstände von Jusos und Jungdemokraten, die Falken, die Grünen, Gewerkschafter, Künstler, Pfarrer und viele andere Organisationen sowie — stellvertretend für alle anderen — sechs der Eltern von Festgenommenen. — **Red.**)

Filmkritik

Joni und die Freiheit

Volkskorrespondenz aus Bremen

„An den Rollstuhl gebunden und doch völlig frei“ — Joni, die Hauptperson eines gerade in die bundesdeutschen Kinos gekommenen Films.

Die Story: Joni, Tochter wohlhabender Eltern, umschwärmtes amerikanisches College-Girl und gutaussehende Spitzensportlerin, erleidet bei einem Kopfsprung ins Wasser eine Wirbelsäulenfraktur. Sie wird von Freunden aus dem Wasser gezogen, im Krankenhaus operiert und in einem Reha-Zentrum für den Rollstuhl trainiert. Sie versucht, mit ihren neuen Lebensumständen fertig zu werden — und findet zu Gott. Sie betreibt Evangelisation, zunächst im Kirchenkreis, später im vollbesetzten Stadion. Die Hauptrolle übernimmt in dieser verfilmten Lebensgeschichte Joni Eareckson selbst.

Evangelisation — genau dies ist auch das Ziel des Films von „World Wide Pictures“. Joni ist die zeitgerechte Vermarktung eines Rollstuhlfahrer-Schicksals im Jahr der Behinderten. Verschmäht der Film-Verleih auch nicht den in christlichen Predigten sonst verpönten schnöden Mammon (Eintritt im Bremer Kino „Söge 2“: acht Mark), so soll doch vor allem mittels christlich-süßlichen Schmalzes der American Way of Life reaktionärer Prägung an die Frau und den Mann gebracht werden. Hinter „Joni“ und „World Wide Pictures“ steckt nämlich der berüchtigte Evangelisationskrieger Billy Graham.

Wer ist Billy Graham? Ein amerikanischer Erweckungsprediger, der seit 1946, dem Beginn des kalten Krieges, „Massenerweckungen“ organisiert. Spätestens seit seiner Europa-Tournee 1960 ist er auch in Deutschland bekannt. Im Gegensatz zu den eher behäbigen und den traditionellen Ritualen verpflichteten Formen der Amtskrichen benutzte Graham für seine Evangelisations-Feldzüge schon früh alle Mittel moderner Technologie (Flugzeug, Auto, Film, Fernsehen, Schallplatte, Sportstadien). Sich selbst bezeichnet er als „das Maschinengewehr Gottes“, womit er seinen aggressiven Predigtstil meint. Grahams Metier ist die publikumswirksame Vermengung von Christentum und reaktionärer Politik. Auf seinen Massenveranstaltungen in der dunklen McCarthy-Ära Anfang der fünfziger Jahre rief er zur Hatz auf Kommunisten und Demokraten. Später trommelte er zur Unterstützung des Krieges in Vietnam als einem gottgewollten Kampf gegen den Kommunismus. Richard Nixon, der seine Karriere bei McCarthy als Demokraten-Verfolger begann, konnte sich bei seiner späteren Präsidentschaftskandidatur der Unterstützung seines Freundes Graham sicher sein. Sein Haus läßt Graham weiträumig mit Stacheldraht, scharfen Hunden und elektronisch sichern.

Zurück zu Joni. **Joni ist eine Person, wie sie sich viele Funktionäre von Behinderteninstitutionen wünschen: bescheiden, dankbar, fleißig und fromm.** Sie lernt, mit dem Mund zu schreiben und zu malen und nimmt bescheiden das ihr entgegengebrachte Lob für ihre Gemälde auf einer Ausstellung entgegen. Sie erträgt es mit Fassung, als ihr der Freund, ein smarter College-Boy, die Beziehung aufkündigt. Ein umherziehender Jung-Missionar, der ihr beim Rollstuhlschieben behinderten-gerecht Jesaja-Sprüche vorliest, verschwindet so plötzlich, wie er kam. Ein in den besten Mannesjahren stehender bizepszeigender Sozialarbeiter schleppt sie dann in die Kirche und schwört Treue, verschwindet allerdings mit einer braven Entschuldigung bald wieder. All diese Männer sind fromm, aber nicht so fromm wie die tapfere Joni, die schließlich allein bleibt mit Jesus, wie sie sagt. Außer dem Malen widmet sie sich nunmehr der Mission der Massen im Stadion — wie Billy Graham. Joni Eareckson Motto: „Ich sitze lieber in diesem Rollstuhl und gehöre Jesus, als daß ich IHM auf meinen Beinen ein Leben lang davonlaufe!“

Der Film hat einige reißerische Züge (Operations-Details als Kontrapunkt zu Jonis Tapferkeit), ist insgesamt aber sehr ästhetisch gemacht: bunter Herbstwald, leise rieselnder Schnee, großzügige Landhaus-Atmosphäre. Solch heile Welt trägt den Schein, als wäre dies für Behinderte erreichbar, wenn sie nur, sie wie im Filmprospekt gefordert, sagen: „Ich möchte jetzt in Abhängigkeit von Dir (Gott) leben“. **Es klingt wie Hohn auf die Lebenswirklichkeit der meisten Behinderten bei uns und anderswo, die für kleinste Rechte kämpfen müssen, z.T. für Pfennige in Werkstätten arbeiten und in Sondereinrichtungen verwahrt werden.**

Im Gegensatz zu „Joni“ wird der Film „Coming Home“ bei uns nur selten gezeigt. Dieser Film spielt ebenfalls 1967/68, zeigt aber nicht das heile Amerika und eine saubere College-Atmospäre, sondern die Entwicklung eines amerikabegeisterten Vietnam-Freiwilligen, der zum Krüppel geschossen heimkehrt und vom Rollstuhl aus gegen den Krieg kämpft. Für Joni und Graham dagegen ist der Krieg kein Thema, es sei denn der für Gott. Doch wie der Prospekt sagt, „bleibt Joni auch nach der Filmarbeit in ständiger Aktivität“. Mein Gott!

Am Rande erwähnt sei eine „behindertengerechte“ Pikanterie aus Bremen: Das Kino „Söge 2“, in dem „Joni“ gezeigt wird, liegt im 1. Stock und hat keinen Fahrstuhl. Es ist somit für Rollstuhlfahrer unerreichbar.

U.H., Bremen



„Die Bundesregierung hat Anfang 1981 die staatliche Verwahrung von Plutonium im frisch erbauten Plutoniumbunker (Baukosten 20 Millionen Mark) in Hanau-Wolfgang angeordnet. Zu den vo der Firma Alkem GmbH bereits gelagerten 460 Kilogramm Plutonium in einem Teil des Bunkers sollen bis Ende 1982 weitere 2 000 Kilogramm in einem separaten Teil des Bunkers gelagert werden. Inzwischen sind bereits 30 Kilogramm von diesem Plutonium angekommen.“ (Aus einem Flugblatt der Veranstaltuer; Grüne und Umweltschutzinitiativen)

Veranstaltung der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft Ortsgruppe Bremen

Dr. Armin Hetzer:

Albanien 1981 — Wie ich es erlebte

Dr. Armin Hetzer hat sich auf Einladung des albanischen Komitees für kulturelle und freundschaftliche Beziehungen mit dem Ausland im Februar/März dieses Jahres 14 Tage in Tirana aufgehalten. Er hat dort in der Nationalbibliothek gearbeitet, Gespräche mit Wissenschaftlern geführt und konnte noch einige Abstecher ins Land machen. Er hat einige interessante Erlebnisse im Reisegepäck.

**Mittwoch, 1. Juli, 20.00 Uhr
Gaststätte „Zum guten Tropfen“,
Gröpelinger Heerstr. 401**

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.


Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 uzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

NPD-„Deutschlandtreffen"

Polizei und Faschisten Hand in Hand

DORTMUND. — Die NPD-Faschisten hatten in diesem Jahr Schwierigkeiten, einen Platz für ihr „Deutschlandtreffen" am 17. Juni zu finden. Wo Antifaschisten in Erfahrung brachten, daß die Nazis eine Versammlung anmelden wollten, erhob sich sofort der organisierte Protest. Zahlreiche Städte verweigerten der Verbrecherpartei öffentliche Räume oder Plätze. Bis zuletzt wußten die Antifaschisten nicht, wo die Nazis sich versammeln wollten — sie trafen sich schließlich in Dortmund, ohne daß die antifaschistischen Kräfte der Stadt rechtzeitig davon erfahren hätten.

Geholfen bei ihrem Versteckspiel, bei der konspirativen Organisierung ihrer Hetzveranstaltung, hat den Faschisten das SPD-Innenministerium von NRW und der Dortmunder Polizeipräsident. Keine Information drang an die Öffentlichkeit, an die Presse. Aber die Polizei stand bereit zum Schutz der NPD, die ihre Stars Major Lindner aus NRW und Martin Mußgnug vom Bundesvorstand — ans Mikrofon holte.

Und das Vorgehen der Polizei ist wohl noch skandalöser zu nennen als das der offenen Faschisten. Sie verfolgten die Antifaschisten, die sich kurzfristig noch am Kundgebungsort versammelt hatten, und ermunterten die Nazis offen zu Gewalttaten, die denn auch nicht ausblieben. Was sich in Dortmund ereignete, gibt die folgende Erklärung wider, die von Augenzeugen verfaßt wurde.

Dortmund, 17. Juni:

Am 17. Juni hielt die faschistische Partei NPD auf dem Dortmunder Nordmarkt ihr „Deutschlandtreffen" ab. Als Zeugen der Vorfälle, die sich im Verlauf dieses Treffens ereigneten, geben wir, antifaschistische Bürger Dortmunds, folgende Erklärung ab:

Nazi-Aufmarsch in der Nordstadt!

Wir halten es für einen politischen Skandal und untragbar für das Ansehen unserer Stadt, daß den Faschisten ein öffentlicher Platz zur Verbreitung ihrer Hetzpropaganda zur Verfügung gestellt wurde. Der bekannte Major Lindner, Vorsitzender der NPD in NRW, nutzte ebenso wie Martin Mußgnug vom NPD-Bundesvorstand die Gelegenheit, die Kundgebungsteilnehmer und die Bewohner der umliegenden Häuser zu Völker- und Rassenhaß aufzuhetzen und unverhohlen zum Aufbau einer faschistischen Massenbewegung im Geiste der NSDAP aufzurufen.



Ihm wird das Lachen noch vergehen!

Der Dortmunder Polizeipräsident Manner hat die Versammlung genehmigt, nachdem er sich beim Innenministerium NRW rückversichert hatte. Gegenüber der Presse, den politischen Organisationen und der Öffentlichkeit bewahrten Polizeipräsident und Innenminister vollkommenes Stillschweigen. Sie und alle anderen, die vom Vorhaben der NPD Kenntnis hatten, haben erst den ungestörten Nazi-Aufmarsch ermöglicht und tragen damit die Verantwortung für die Verbreitung faschistischer Hetze in unserer Stadt.

Die Polizei schützt die Nazis...

Das Verhalten der Polizei war geprägt von dem Bemühen, den Faschisten weitestgehenden Freiraum zu sichern, Antifaschisten aber zu verfolgen. Nicht einmal, als bei verschiedenen NPD-Leuten Waffen wie Schlagstöcke und Stahlschleudern gefunden wurden, sah sie einen Grund zur Auflösung der Versammlung.

...und verfolgt die Antifaschisten

Stattdessen wurden vier Antifaschisten vorübergehend festgenommen! Empört über den Faschistenaufmarsch diskutierten etwa 15 Dortmunder Bürger auf dem Bürgersteig in der Nähe des Kundgebungsortes über das Geschehen. Einer hatte sich ein Umhängeschild mit der Aufschrift:

Verbot aller faschistischen Organisationen

umgehängt. Als sie auf die plötzliche Aufforderung durch mehrere Polizisten, sich in Richtung Innenstadt zu entfernen, verblüfft und empört nach einer Begründung fragten, erfolgten die Festnahmen.

Vier türkische Mitbürger, die die Versammlung nur kurzzeitig beobachtet hatten und sich in einem Auto entfernten, wurden völlig willkürlich von der Polizei als „Störer" angehalten. Ihre Personalien wurden aufgeschrieben, das Auto durchsucht. Türkische Faschisten aber, die den „Grauen Wölfen" zuzurechnen sind, konnten ungestört an der Nazi-Versammlung teilnehmen. Faschistenautos, auf deren Rücksitz Schlagwerkzeuge zu sehen waren, blieben von der Polizei unbehelligt.

Faschistischer Überfall: 3 Verletzte

Im Anschluß an die Kundgebung demonstrierten die Faschisten Richtung Fredenbaumplatz. Eine Gruppe bewaffneter Schläger sonderte sich ab und überfiel gezielt eine kleinere Gruppe Antifaschisten, die sich mittlerweile in der Stollenstraße eingefunden hatte. Neben anderen Schlagwerkzeugen setzten sie einen vorher mutwillig zerschlagenen Bierkrug gegen die flüchtenden Menschen ein, die im nahegelegenen Büro der KPD Zuflucht fanden. Die Faschisten versuchten dann, gewaltsam in dieses Büro einzudringen, was ihnen aber nicht gelang. Sie zogen sich dann zurück, bereiteten sich aber, wie sich später zeigte, auf neue Überfälle vor. Das Ergebnis des Überfalls: drei Verletzte, die im Krankenhaus behandelt wurden — es wurden Schädelprellungen, Schock und Kreislaufschädigungen festgestellt — und viele, die unter den Auswirkungen des ebenfalls von den Faschisten eingesetzten Tränengases zu leiden hatten.

Obwohl Polizeibeamte nach eigenen Aussagen ständig die Umgebung beobachteten, griffen sie nicht ein. Zwei von ihnen erklärten uns gegenüber sogar, es habe gar kein Überfall stattgefunden! Zu diesem Zeitpunkt wußten sie noch nicht, daß es Verletzte gab und daß auch Reste des Bierkruges sichergestellt werden konnten.

Es stellt sich die Frage: Ist das nur Blindheit, oder gibt es auch in der Dortmunder Polizei — ähnlich wie in Recklinghausen, wo selbst der Stv. Kripochef die Tätigkeit faschistischer Gruppen mitfinanziert hat — Sympathisanten der Nazis?

Die verletzten Antifaschisten wurden von der Polizei auch noch verhöhnt. Als sie Strafanzeige gegen die noch unbekannten Nazis stellten und fragten, wie die polizeilichen Vordrucke auszufüllen seien, erhielt eine verletzte Frau zur Antwort: „Sind Sie vielleicht auch noch vergewaltigt worden? ... Man fragt ja nur mal. Das wäre dann zum Beispiel Körperverletzung."



Die Nazis haben sich in Dortmund auf dem Nordmarkt unter dem Schutz der Polizei versammelt.

„Schützt euch doch selber!"

Ein Polizeischutz für das bedrohte Büro der KPD wurde abgelehnt. Begründung: „Schützen Sie sich doch selber — wir würden uns auch selbst schützen, wenn jemand auf unser Grundstück eindringen wollte!"

Als sich eine große Gruppe Faschisten nach Abschluß ihres Umzuges wieder auf dem Nordmarkt sammelte und drohte, die diskutierenden Bürger und das Büro anzugreifen, wurde wieder die Polizei benachrichtigt. Nach einer Viertelstunde erschienen vier Mann. Sie weigerten sich sogar, mit einem der Überfallenen zu den NPD-Leuten hinzugehen, um eine Identifizierung von an dem Überfall beteiligten Nazi-Schlägern vornehmen zu können! Mit dem Kommentar: „Hier ist doch gar nichts los!" zogen sie wieder ab.

Man fragt sich: Warum weigerte sich die Polizei, die Gewalttäter zu stellen, zu identifizieren und dingfest zu machen? Was beabsichtigte die Polizei, als sie den angriffslustigen Nazis freie Bahn ließ?

Wir werden jedenfalls neben der Strafanzeige gegen die NPD-Faschisten auch gegen verschiedene Polizisten wegen ihres Verhaltens juristisch vorgehen.

Eine Herausforderung an alle Demokraten

Wir meinen: die Vorfälle dürfen nicht ohne Folgen bleiben! Sie müssen politische und personelle Konsequenzen haben!

Politische Konsequenzen: Das Auftreten von Faschisten in unserer Stadt muß ein für allemal unterbunden werden — keine einzige Nazi-Aktion darf mehr genehmigt werden!

Es müssen endlich wirksame Maßnahmen gegen die bekannten deutschen und ausländischen Faschisten in Dortmund getroffen werden. Wir fordern die Schließung des Büros der „Grauen Wölfe" in der Haydnstraße!

Es reicht nicht aus, wenn Vertreter der Stadt nach jeder neuen Nazi-Provokation, wie etwa der empörenden Schändung des Bittermark-Denkmals in diesem Jahr, ihrer Empörung Ausdruck geben. Es müssen Taten folgen. Die hervorragende Ausstellung „Widerstand und Verfolgung", die hier vor einiger Zeit gezeigt wurde und für die die Stadt erfreulicherweise die Schirmherrschaft übernahm, hat uns doch vor Augen geführt, wohin der Weg der alten und neuen Faschisten führt.

Es ist ein für alle Demokraten unerträglicher Zustand, daß sich dennoch immer wieder Faschisten in unserer Stadt tummeln können!

Personelle Konsequenzen: Es müssen diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die den Nazis ihr Auftreten ermöglicht und es der Öffentlichkeit verheimlicht haben; die statt der Faschisten die Antifaschisten festnehmen ließen; die die bewaffneten Ausschreitungen der Faschisten dulden und einen Schutz der Bürger und die Einleitung einer Strafverfolgung gegen die Gewalttäter behindern.

Offensichtlich betrifft das vor allen Dingen den Dortmunder Polizeipräsidenten. Wie die politischen Verantwortlichen der Stadt, unter ihnen Oberbürgermeister Samtlebe, der gleichzeitig Polizeibeirat ist, der Presse gegenüber mitteilten, sind selbst sie vom Polizeipräsidenten über das Nazitreffen nicht informiert worden.

Wenn das zutrifft, vergrößert das noch die Ausmaße des politischen Skandals. Wir werden niemals hinnehmen, daß die Politik der Stadt Dortmund auf Geheimsitzungen in der Polizeizentrale entschieden wird!

Aus all diesen Gründen fordern wir die

Absetzung des Polizeipräsidenten Manner!

Die KPD, deren Genossen natürlich unter den Antifaschisten vor Ort waren und deren Büro die Faschisten vergeblich zu stürmen versuchten, unterstützt die Organisierung des antifaschistischen Widerstandes und offensiven antifaschistischen Kampfes in Dortmund mit aller Kraft. Schon in den ersten Tagen nach dem Nazitreffen zeigt sich, daß dies Ereignis seine Spuren hinterläßt, daß die Wut und die Kampfbereitschaft unter den Antifaschisten ebenso wächst wie ihr Bewußtsein über die Notwendigkeit, gegen die Faschisten zusammenzustehen. Die Empörung unter der Bevölkerung ist groß.

Am 20. Juni fand eine Kundgebung statt, am 30. Juni wird sich voraussichtlich eine Bürgerinitiative „Stoppt die Nazi-Umtriebe in Dortmund!" gründen.

Antifaschistische Demonstration in Hamburg

2 000 gegen Neonazis



Bis zum Morgen des 17. Juni deutete alles darauf hin, daß sich die Faschisten in Hamburg treffen wollten. Die Stadt hatte die angemeldete Versammlung nach massivem Druck antifaschistischer Kräfte zwar verbieten lassen, der NPD dann aber doch eine Kundgebung am Bismarck-Denkmal zugebilligt.

Die Antifaschisten bereiteten sich vor. Wie wir leider zu spät erfuhren, fand das Deutschlandtreffen dann ja in Dortmund statt, ermöglicht durch die Hilfestellung der SPD-Regierung von NRW und der Dortmunder Polizei.

Nach Hamburg jedenfalls trauten sich die braunen Banden nicht hinein. So gestaltete sich die Aktion der Antifaschisten zu einer machtvollen Demonstration gegen die Neonazis.

Über 2 000 Menschen besetzten den Platz um das Bismarck-Denkmal und das Denkmal selbst. Anschließend demonstrierte man zur Moorweide, um die dort eintreffenden Gäste des Kirchentages zu informieren.

diese Aktion hat die Antifaschisten in Norddeutschland noch enger zusammenrücken lassen. Es setzt sich immer mehr der Gedanke durch: wenn es gegen die Faschisten geht, stehen alle Differenzen zwischen den demokratischen Kräften zurück.

Die KPD und die Kommunistische Jugend beteiligten sich aktiv an der Aktion, auch Genossen aus verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins und Niedersachsens waren dabei.

10 Jahre Weltweizenabkommen

Hunger als Waffe

Reagan setzt Carters neue Agrarpolitik fort

Im Sommer 1971, vor genau zehn Jahren,wurde das Weltweizenabkommen geschlossen. Dieses Abkommen stellt heute die Grundlage dafür dar, daß der amerikanische Imperialismus eine neue Waffe gegen alle fortschrittlichen und demokratischen Bestrebungen auf der ganzen Welt hat: den Hunger. Millionen Menschen sterben jedes Jahr an Unterernährung, obwohl allein die Weltproduktion an Getreide ausreichen würde, ihnen die nötigen Lebensmittel zu sichern. Wie kam diese Entwicklung zustande und wie sind diese Verhältnisse, die es dem amerikanischen Finanzkapital erlauben, mit der Landwirtschaft Erpressung zu betreiben?

Händler mit Leben und Tod

Der Weltgetreidehandel umfaßte im Jahr 1980 etwa 200 Millionen Tonnen, wovon Weizen ein rundes Drittel, 75 Millionen Tonnen, stellt. Von diesen weltweit exportierten 200 Millionen Tonnen stammen etwa 135 Millionen Tonnen aus nur fünf Ländern: USA, Kanada, Australien, Argentinien und Frankreich.

Dabei stellen die USA den Löwenanteil: mehr als 100 Millionen Tonnen Getreideexporte werden von dort geliefert. Allein das größte agrokapitalistische Monopol der Welt, Cargill, das bereits 1978 einen Umsatz von fast 20 Milliarden Mark mit Getreidehandel machte, bestreitet vom Export der USA 25 Prozent. Cargill tritt aber nicht nur in den verschiedenen Gebieten der USA, sondern auch in bestimmten Bereichen Kanadas und Australiens den Landwirten als einziger Aufkäufer, als absoluter Monopolist gegenüber.

Tatsächlich ist der Getreidehandel der Welt der am meisten monopolisierte Markt, der besteht, stärker konzentriert als beispielsweise der Ölmarkt. Sind es dort die sogenannten „sieben Schwestern", die den Weltmarkt nach wie vor weitgehend kontrollieren, so sind es im Bereich der Getreideprodukte lediglich fünf Monopole, die sich den Löwenanteil des Weltmarkts teilen.

Neben **Cargill** sind dies die beiden amerikanischen Monopole **Continental Grain** und **Central Soya**, sowie die beiden britischen Konzerne **Ranks Hovis Mc Dougall** und **Tate & Lyle**.

Im Gefolge des vor zehn Jahren abgeschlossenen Weltweizenabkommens schafften es diese fünf Monopole vor allem durch ihr Weltkartell, die Preise für Weizen zwischen 1971 und 1976 um sage und schreibe 250 Prozent in die Höhe zu treiben und seitdem, im Gegensatz zu verschiedenen anderen, weniger monopolisierten Bereichen, auch so hoch zu halten.

Im Jahre 1974 gab die amerikanische Regierung bei der Römischen Konferenz der Welternährungsorganisation (FAO) bekannt, sie würde ihre bisherige Politik der Einschränkung der Getreideproduktion aufgeben und verstärkt für den Export produzieren. Was als Argument dafür herangezogen wurde, zu zeigen, wie hilfsbereit die Regierung der USA gegenüber den Hungernden der Welt sei, wurde in Wirklichkeit, bei der Durchführung durch die Carter-Regierung, zu einer Waffe politischen Drucks gegen andere Länder. Lateinamerikanische, afrikanische und asiatische Länder bekamen es mehrmals zu spüren, als sie direkt mit einem Stopp der Getreidelieferungen im Falle politischer Unbeugsamkeit bedroht wurden.

Kern der US-amerikanischen Monopolmacht sind dabei die Finanzcliquen des amerikanischen Mittelwestens, deren Chicagoer Getreidebörse auch das Zentrum der weltweiten Handelsströme darstellt. Nicht umsonst tauchen deshalb in der amerikanischen agrarkapitalistischen Szene neben den Finanzgruppen aus Mittelwest, wie Hannah oder Eaton & Young auch immer wieder solche Namen auf wie die der Ford-Foundation.

„Wer die Quelle hat ..."

Aber der Welthandel mit Getreide stellt nur einen Aspekt der US-amerikanischen Erpressungspolitik mit dem Hunger auf der Welt dar. Mit diesen handelspolitischen Maßnahmen werden besonders hohe Profite erzielt und werden aktuelle Vorkommnisse geregelt.

Die großen Monopole der USA und Britanniens bemühen sich seit Beginn der siebziger Jahre, vor allem seit der sogenannten OPEC-Krise von 1973, in verstärktem Maße darum, die Produktion von Saatgut zu kontrollieren.

Daß die OPEC-Krise dabei einen Wendepunkt darstellt, einen Einschnitt, ab dem eine schon vorher verfolgte Politik wesentlich systematischer und intensiver betrieben wurde, hat im wesentlichen zwei Gründe.

Einmal die Furcht des amerikanischen Imperialismus, seinen Einfluß auf das internationale Ölgeschäft mit einer zunehmenden Radikalität der OPEC-Staaten, was damals nicht auszuschließen war, zu verlieren.

Da diese Staaten aber ebenfalls Importeure von Nahrungsmitteln sind, sah man auf diesem Weg die Möglichkeit, sie im Würgegriff zu halten.

Zum zweiten sahen die großen Ölmonopole selbst, deren Tätigkeit in der chemischen Industrie ja immer mehr ausgeweitet wurde, eine Möglichkeit, zusätzliche Profite zu machen, indem sie die Chemisierung der Landwirtschaft systematisch vorantrieben.

Dafür waren in langen Jahren vorher auch schon die entscheidenden Grundlagen gelegt worden. So ist die Agrarforschung seit 20 Jahren immer mehr zu einer Domäne der Monopole geworden.

„Wer die Quelle hat, hat den Fluß" diese alte Weisheit aus dem amerikanischen wilden Westen wandten die internationalen Monopole an, als sie daran gingen, die Produktion von Saatgut immer mehr zu monopolisieren.

In den letzten acht Jahren begannen nicht weniger als 23 Multis der Milliarden-Umsatzklasse mit der Produktion von Saatgut. Im wesentlichen durch den Aufkauf kleinerer Firmen. 12 dieser 23 Multis, die Mehrheit dabei also, stammen aus der erdölverarbeitenden Chemie und der pharmazeutischen Industrie. Wichtigstes Monopol dabei ist die Royal Dutch/Shell, die gemeinsam mit ihrer Tochterfirma Nickerson Seed Corporation mehr als 20 Saatzuchtfirmen in sechs Ländern beherrscht.

Das Eindringen der großen Monopole, der wichtigsten Finanzgruppen des amerikanischen und britischen Imperialismus in die Saatgutindustrie hat einerseits lange Geschichte und hat in der Folge zur weiteren Verstärkung der Machtposition vor allem des amerikanischen Imperialismus auf dem Nahrungsmittel- und Futtermittelsektor geführt.

So entwickelten die Forscher im Dienste der Monopole die Saaten der High yielding variety, die sogenannten Hochertragssorten, speziell für Entwicklungsländer. Diese Entwicklungsländer bezahlten dann auch im letzten Jahr rund sieben der zehn Milliarden Dollar, die weltweit für verbessertes (Hochertrags- und sortenreines) Saatgut ausgegeben wurden. Solche Hybridsorten können immer weniger von den Farmern und Bauern selbst reproduziert werden und führen, je nach Produkt, entweder schon nach einem Jahr spätestens aber nach fünf Jahren zum erneuten Kauf von solchem Saatgut, wodurch der Markt für den Absatz der Monopole wesentlich erweitert wurde und weiterhin wird.



Opfer der amerikanischen Nahrungsmittelpolitik: Kinder in aller Welt!

Diese Pflanzensorten, die speziell auf hohe Erträge hin gezüchtet wurden, sind insgesamt wesentlich anfälliger für Schädlinge und bedürfen von vornherein wesentlich größere Mengen an Agrochemikalien und an Schutzmitteln, erst recht in solchen Ländern, wo daraus Monokulturen entstanden sind.

So stiegen auch die Ausgaben der Entwicklungsländer für Düngemittel von 1971 bis 1976 von 600 Millionen US-Dollar auf rund 3,7 Milliarden US-Dollar, also rund auf das sechsfache, wie die Kursverluste abgerechnet immer noch um das vierfache — und das innerhalb von fünf Jahren.

Im selben Zeitraum verdreifachten sich die Ausgaben dieser Länder für Schädlingsbekämpfungsmittel von etwa 300 Millionen Dollar auf fast 900 Millionen.

Vergewaltigte Wissenschaft

Die internationale und die nationale Forschung, die beträchtliche Fortschritte bei der Stabilisierung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion erzielten, stehen heute weitgehend im Dienste der Monopole. Und zwar ganz direkt, nicht über Umwege.

Seitdem im Jahre 1961, zehn Jahre vor dem speziellen Weltweizenabkommen, die „Internationale Konvention zum Schutz neuer Pflanzensorten" von den USA initiiert und eingeführt wurde, gab es in den USA 562 neue Pflanzenpatente. Denn dies ist der Inhalt dieser Konvention: Ein privater Züchter kann seine Patentansprüche auf seine Pflanzensorte anmelden.

Von diesen bis 1979 gezüchteten 562 neuen Sorten entfielen genau 280, also rund 50 Prozent, auf jene 17 internationalen US-Monopole, die die größten Aufkäufer von Saatzuchtfirmen sind.

Dabei bezogen sich 72 Prozent aller Patente auf sechs Pflanzenarten, in denen die amerikanischen Monopole den Saathandel beherrschen. Beispielsweise ist der höchst konzentrierte Saathandel der Welt bei Getreide jener von Weizen, wobei sechs Konzerne allein 34 Prozent der geschützten Sorten besitzen. Die insgesamt am stärksten monopolisierte Zucht von Pflanzen besteht im Bereich Bohnen, wo nur vier Multis einen „Schutzanteil" von sage und schreibe 79 Prozent innehaben.

Erwähnenswert dabei ist die Tatsache, daß von all diesen Patenten lediglich 9 Prozent, also noch nicht einmal jedes Zehnte, an öffentliche Einrichtungen wie Universitäten, staatliche Forschungsstellen und Ernährungsämter ging — Beweis für die Monopolisierung der Forschung in den Händen der Multis.

Zum einen beschäftigten sie selbst in ihren Labors und Forschungsfabriken mehrere Zehntausend Wissenschaftler, die gezielte Auftragsforschung für ihre jeweilige Geschäftsleitung betreiben. Zum anderen ist es das Finanzkapital direkt, über sogenannte wohltätige Stiftungen, das die in den letzten Jahrzehnten entstandenen internationalen und übernationalen Forschungsinstitute beherrscht.

Das CIMMYT (Internationales Zentrum zur Verbesserung von Mais und Weizen) in Mexiko, im letzten Jahr mit einem Haushalt von 30 Millionen Mark ausgestattet, war das erste seiner Art: 1943 wurde es von der Rockefeller Foundation gegründet. 1959 foglte das zweite, IRRI (Internationales Reisforschungsinstitut) auf den Philipinen, gegründet von Rockefeller und Ford-Stiftungen, im letzten Jahr mit ebenfalls rund 30 Millionen das drittaufwendigste Agrarforschungsinstitut der Welt. Mit rund 33 Millionen Mark war das finanzkräftigste das 1968 geschaffene IITA (Internationales Institut für tropische Landwirtschaft) in Nigeria. Dies und die neun anderen landwirtschaftlichen Forschungsinstitute kontinentalen Zuschnitts werden seit 1971 von der CGIAR (Konsulationsgruppe für internationale Agrarforschung) angeleitet, bzw. wurden von ihr geschaffen. Darin sitzen die entsprechenden UNO-Organisationen, nationale Regierungen und eben die Stiftungen der Finanzgruppen Amerikas und Britaniens.

Mit beteiligt an dieser Kontrolle, wenn auch mit wesentlich weniger Einfluß, sind inzwischen die westdeutschen und französischen Chemiemonopole sowie Schweizer Pharmafirmen.

Von diesem angeblich übernationalen Zusammenschluß aus (beispielsweise besetzen die genannten britischen und amerikanischen Stiftungen alle acht Direktorenposten der internationalen Pflanzenforschungsinstitute) wurde in verschiedenen Ländern der Welt die sogenannte „Grüne Revolution" koordiniert, die den Hungernden Nahrung bringen sollte und, wie es die amerikanischen Vertreter sagten, dem Kommunismus den Nährboden entziehen.

Tatsache aber ist, daß diese sogenannte Revolution keine Umwälzung der Verhältnisse in diesen Ländern darstellte und auch der Hunger nicht beseitigt wurde. Es wuchs lediglich die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter, der sich zu Agrarkapitalisten entwickelnden Großgrundbesitzer und der Abhängigkeit der Landwirtschaft dieser Länder eben von der multinationalen Saatguthersteller.

LACIE — Die Himmelsspione

Ein Jahr nachdem auf der FAO-Konferenz von Rom offiziell die Änderung der amerikanischen Landwirtschaftspolitik bekannt gegeben wurde, verabschiedeten das US-Landwirtschaftsministerium, die NASA und das US Nationale Amt für Fragen der Ozeane und der Atmosphäre das „Large Area Crop Inventory Experiment" (LACIE). Was hinter diesem Namen steckt, sind die Himmelsspione der USA. Heute liefern die amerikanischen Satelliten alle neun Tage ein komplettes Bild des Standes der Getreideerzeugung in allen Ländern der Welt ab.

Gegen diese unverhüllte Spionagepolitik, die es den USA erlauben, vorbeugend gegen jedes Land Maßnahmen zu ergreifen, vor allem im Falle einer Mißernte Überschüsse aufzukaufen und als Monopolist aufzutreten, haben — außer Kanada — alle anderen Länder protestiert.

Gerade kürzlich hat die neue Reagan-Administration aber nochmals ausdrücklich betont, sie sehe dieses Problem lediglich im Zusammenhang mit der freien Nutzung der Erdatmosphäre, wofür sich die amerikanische Regierung schon immer eingesetzt habe.

So durchstreifen also die Spionagesatelliten Amerikas die Atmosphäre und sagen Mißernten voraus — ganz offen nennt dies das amerikanische Pentagon die „Food-Power-Strategy". Hunger als Waffe, das ist die Logik des amerikanischen Imperialismus, der dabei seinen engsten Partner, wie gesehen, in den britischen Monopolen besitzt. Ihnen macht es nichts, wenn fünf Millionen Kinder in einem Jahr an Hunger sterben, während ihre Handelshäuser mit fast 70 Millionen Tonnen Getreide gefüllt sind, ihre Mühlen bewußt langsam mahlen, sie machen sich selbst zum Gott.

Zahlreiche internationale Proteste haben bisher nichts daran geändert, daß die USA, eben vor allem seit 1974, diese Waffe immer öfter und gezielter einsetzen, um ihren imperialistischen Weltherrschaftsanspruch durchzusetzen, um den erhofften Profit zu machen.

Der heute in der Welt herrschende Hunger ist einzig und allein Ergebnis der imperialistischen Nahrungsmittelpolitik, das Weltweizenabkommen vor zehn Jahren hat dieser menschenmordenden Geschäftspolitik erst recht Tür und Tor geöffnet.

Helmut Weiss

Südafrika: Massive Polizeiprovokation am 5. Jahrestag des Soweto-Aufstands

JOHANNESBURG. — Am fünften Jahrestag des Soweto-Aufstands unternahm die Polizei der südafrikanischen Rassisten eine ganze Reihe brutaler Provokationen, die der Einschüchterung des neuen Aufschwungs der Freiheitsbewegung der farbigen Mehrheit des Landes dienen sollten.

So wurde der Chef vom Dienst der Oppositionszeitung „The Sowetan" Thami Mazwai ohne Angabe von Gründen festgenommen, weil er gegen die Staatssicherheit verstoßen habe. Der „Sowetan" war seit Beginn des Jahres die wichtigste Mehrheitszeitung des Landes, nachdem „The Post" nicht mehr erscheinen konnte.

Diese willkürliche Verhaftung war aber nur der Auftakt noch viel weitergehender Überfälle der Rassistenpolizei. Am Jahrestag selbst, an dem der Bischof Desmond Tutu am Grab des ersten Opfers des Soweto-Aufstandes, des 13jährigen Hector Peterson, einen Kranz niederlegte, überfielen die Rassisten die Besucher eines Gottesdienstes in der Kirche Regina Mundi in Soweto.



45 Minuten lang wurde die Kirche mit Tränengas beschossen. Als die Besucher begannen, sich mit Steinwürfen auf die Polizeifahrzeuge zu wehren, gaben die Rassistenoffiziere den Knüppel frei. Eine Prügelorgie quer durch die halbe Stadt wurde nun von den uniformierten Mördern organisiert.

Dabei fanden ein zehnjähriges Mädchen und ein Student den Tod. Weitere Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

Mit dieser Machtdemonstration wollten die südafrikanischen Rassisten einerseits der Opposition im Lande klar machen, daß sie nach wie vor nicht bereit sind, ihre faschistische Diktatur zu reformieren, geschweige denn weitergehende Zugeständnisse zu machen. Gleichzeitig sollte dies auch, angesichts der wachsenden internationalen Isolierung des Regimes, ein Hilferuf an jene Macht sein, von der man sich nun Hilfe erhofft: von Reagans USA.



Am 22. Juni 41 begann der Überfall der Nazi-Wehrmacht auf die sozialistische Sowjetunion. Das Land des Sozialismus, das es damals noch war, trug die Hauptlast des Kampfes gegen die faschistischen Kriegsbrandstifter. 20 Millionen Sowjetmenschen starben, ungeheure Werte wurden vernichtet. Die Weltherrschaftspläne der faschistischen Barbaren wurden in Stalingrad zerschmettert. Nie wieder soll von deutschem Boden ein Krieg ausgehen, das schwor sich damals die große Mehrheit des deutschen Volkes. Heute aber sind die Bonner Parteien Spießgesellen der USA-Imperialisten bei deren Kriegsvorbereitungen gegen den neuen imperialistischen Konkurrenten, den heute die UdSSR abgibt. Europa und vor allem Deutschland soll erneut das Schlachtfeld für die Weltherrschaftspläne der Imperialisten werden — verhindern wir es!

Geheimhaltung aufgegeben

Amerikanische Waffen für China

PEKING/WASHINGTON. — Die Tatsache, daß die amerikanische Regierung die militärische Zusammenarbeit mit China betreibt, war seit langem bekannt. Mit der jetzt offen eingestandenen Bereitschaft, regelmäßig Waffen an Peking zu verkaufen, wird aber nicht nur ein offenes Geheimnis gelüftet, sondern auch der Weg dafür freigemacht, diese militärische Zusammenarbeit entscheidend auszudehnen.

Dabei ist inzwischen ebenfalls bekannt geworden, daß die chinesische Führung um Teng Hsiao-Ping das Land den amerikanischen Imperialisten als Spionagezentrale zur Verfügung stellt: die im Iran aufgelösten sogenannten „Horchposten" wurden nach einem jetzt bestätigten Bericht amerikanischer Zeitungen in China neu aufgebaut.

So wird China im amerikanischen Kalkül immer mehr ein Knüppel, mit dem man dem Moskauer Konkurrenten drohen kann, ihn einkesseln kann. Gleichzeitig ist das nun offiziell abgesegnete Militärbündnis zwischen den USA und China auch eine akute Bedrohung der Völker Südostasiens und insbesondere Indochinas. Zumal diese militärische Zusammenarbeit Washingtons und Pekings auch bereits seinen Segen aus Tokio erhalten hat.

Vor diesem Hintergrund werden dann auch die jetzt erneuerten ungeheuerlichen Drohungen des amerikanischen Außen ministers Haig akut, die USA würden erneut in Indochina einfallen.

Er kündigte dies als Möglichkeit an für den Fall, daß die von den USA organisierte Kambodscha-Konferenz im Juli in New York nicht die von ihm erwartete Lösung ergebe: was mehr als wahrscheinlich ist, da sich die Staaten Indochinas völlig zu Recht weigern, die USA an einer Konferenz über Indochina zu beteiligen, wo es sich doch im amerikanischen Imperialismus die Quelle all jener Schwierigkeiten, die heute diese Region belasten, die als Folge der amerikanischen Aggression entstanden sind und weiterbestehen.

Die amerikanische Forderung, in Kambodscha UNO-Truppen — mit US-Beteiligung — zu stationieren, stellt so in der Tat nichts anderes dar als eine große Kriegsprovokation der Washingtoner Imperialisten, die nach Revanche für die Niederlage in ihrem Aggressionskrieg dürsten, und in Indochina von neuem Fuß fassen wollen.

Vier Wochen vor dem Parteitag

Unterschiedliche Reaktionen auf das Auftreten Kanias

„Katowicer" fühlen sich bestätigt

WARSZAWA. — Nach dem Abschluß der Beratungen der Sondersitzungendes Zentralkomitees der revisionistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ist das Echo unterschiedlich. Während die Mitglieder des sogenannten „Katowicer Forums" sich durch die Ergebnisse der Beratungen bestätigt sehen, betonen die angeblichen „Reformer" in der Partei, sie hätten sich behauptet, und die revisionistische Presse verschärft ihre Angriffe auf die polnische Führung.

Zwei Dokumente hatten vor allem Kanias Rede bestimmt: die Erklärung des Katowicer Forums und der Brief des ZK der KPdSU an die polnische Partei. Er hatte sich, wie auch Ministerpräsident Jaruzelski, die Aussagen über die Hauptquellen der chaotischen Entwicklungen in Polen, die in diesen beiden Briefen enthalten waren, zu eigen gemacht und ein schärferes Vorgehen angekündigt.

Andererseits hatte er aber auch die Fortsetzung des Kurses, der seit dem Plenum des ZK vom letzten August eingeschlagen wurde, angekündigt. Vor allem die angegebenen wirtschaftlichen Reformen wiesen darauf hin, daß jener weiter liberalisierte kapitalistische Kurs fortgesetzt werden soll.

So erweist es sich als richtig, die Ergebnisse des Plenums als eine Waffenstillstand zwischen den beiden revisionistischen Fraktionen der PVAP zu bezeichnen, der jetzt von beiden Seiten nach Kräften zu den eigenen Gunsten verändert werden soll.

Dafür sorgt mit Nachdruck vor allem die weiterhin geschürte internationale Pressekampagne der revisionistischen Parteien. Während man sich in der UdSSR nach dem Brief des ZK an die polnische Partei merklich zurückhält und erst einmal abwartet, haben die Revisionisten der DDR, der Tschechoslowakei und Bulgariens weitere massive Angriffe auf Polen, insbesondere auf Kanias „schwankenden Opportunismus", gestartet, wobei der Schwerpunkt ihrer Argumentation bezeichnenderweise stets nicht etwa auf der Gefährdung Polens lag, sondern auf der Gefährdung der Sicherheit des ganzen Lagers. Diese immer heftigere und aggressivere Kritik, deren Hauptsprachrohr „Rude Pravo" und „Neues Deutschland" sind, und der sich auch die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" anschließt, zeigt, daß die jetzige Moskauer Funkstille lediglich Taktik ist, um den prosowjetischen Kräften die Zeit zum Handeln einzuräumen.

Denn auf der anderen Seite sind auch die sogenannten „reformerischen Kräfte nicht bereit, nachzugeben: der polnische Journalistenverband hat bereits gegen die an seiner Arbeit geäußerte Kritik heftig protestiert. Und die Kräfte der extremen Reaktion suchen einen Weg, im KPN-Prozeß politische Freisprüche für die Angeklagten, militanten Antikommunisten zu erreichen und haben dabei die Unterstützung einflußreicher katholischer Kreise, die nach wie vor von aller Kritik unbehelligt bleiben.

El Salvador: Junta will Endsieg

SAN SALVADOR. — Die Bemühungen der Sozialistischen Internationale, den Bürgerkrieg in Salvador durch eine politische Lösung zu beenden, sind gescheitert.

Vor dem Hintergrund neuer und noch größerer Waffenversprechungen der US-Regierung schaltet die salvadorianische faschistische Militärjunta jetzt endgültig auf stur. Es gäbe weder eine Möglichkeit noch eine Notwendigkeit, mit den Repräsentanten der FDR zu verhandeln. Das Angebot dazu hatte im April der SPD-Sonderbeauftragte Wischnewski überbracht.

Mit den neuen amerikanischen Waffen und einer weiter erhöhten Zahl sogenannter amerikanischer „Berater" hoffen die Faschisten Salvadors, den Widerstand der FDR zurückdrängen zu können und ihre Herrschaft doch noch zu erhalten.

Argentinien: Massenverhaftung bei Streik

BUENOS AIRES. — Gegen die Schließungspläne für mehrere Automobilwerke hat die argentinische Mechanikergewerkschaft zum Streik aufgerufen.

Bereits beim ersten Streik schlug das faschistische Militärregime hart zu: die Polizei marschierte mit Panzerwagen und chemischen Waffen auf und verhaftete und verschleppte mehr als tausend streikende Automobilarbeiter.

Zeitungsfotografen, die den terroristischen Polizeiüberfall festgehalten hatten, wurden ebenfalls verhaftet, und die Fotos wurden beschlagnahmt.

Dem Fernsehen wurde verboten, über den Streik und die Polizeiwillkür zu berichten.

Türkei: Kurden verhaftet

ANKARA. — Immer alltäglicher wird der Terror der türkischen faschistischen Militärjunta in der westdeutschen Presse behandelt.

Nur als kleine Meldung auf hinteren Seiten bei ein bis zwei Zeitungen war der Presse zu entnehmen, daß in der Türkei jetzt erneut eine Massenverhaftung von Kurden stattgefunden hat. 125 Kurden wurden wegen „Separatismus" verhaftet.

Die türkischen Faschisten haben in aller Schärfe von jenen reaktionären Bestimmungen Gebrauch gemacht, nach denen es verboten ist, daß Kurden irgendwelche nationalen Forderungen erheben, welcher Art und wie weitgehend sie auch immer seien. So setzten sie ihren rassistischen Feldzug gegen das kurdische Volk fort, das nach der offiziellen faschistischen Ideologie gar nicht existiert.

Nigeria: Streikwelle

LAGOS. — Am 11. Mai streikten in Nigeria rund zwei Millionen Arbeiter, Mitglieder des Gewerkschaftsbundes NLC für eine deutliche Erhöhung der Mindestlöhne.

Angesichts der Wucht dieser Aktion, die den größten Streik in der unabhängigen Geschichte des Landes bedeutet, gaben Unternehmerverband und Regierung ihre harte Haltung auf und bekundeten grundsätzlich ihre Bereitschaft, den Mindestlohn um 20 Prozent zu erhöhen. Der NLC stellte demgegenüber bis Ende des Monats ein Ultimatum für eine echte Verbesserung der Löhne.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5960	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5960	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Alexander Soós: Bericht über die Ausstellung

„Bildende Künstler gegen den Nürnberger Justizskandal"

Nach den Massenverhaftungen des 5. März gab's eine Welle von Solidaritätsaktionen, vor allem von Theaterleuten und aus der Musikszene. Von bildenden Künstlern tauchten nur einzelne Karikaturen, wenige Objekte auf, die jenen Polizei- und Justizterror schilderten, die Maler und Grafiker, Bildhauer traten nicht als Gruppe in Erscheinung. Betroffenheit und ihre Äußerung blieben individuell, oft nur Eingeständnis von Angst und Ohnmacht, dazu die verbissene Feststellung „do mouß ma was machn, sunst machns uns ei".

A. Soós: „Gott mit dir, du Land der Bayern" (Gouache)

Die erste Idee, die wir per Aufruf im „Plärrer" verbreiteten, war „Künstler, spendet Arbeiten zum Versteigern, Erlös für den Prozeßfonds." Wir — Hans-Jörg Dürr, Bernd de Payrebrune und ich — hatten im Handumdrehen von mehr als 30 Künstlern Arbeiten und weitere Zusagen. Nur keinen passenden Ort, um die Sachen unter zahlungskräftiges Publikum zu bringen. Das Foyer des Schauspielhauses wäre der ideale Platz gewesen. Dort winkte man ab, mit der Theaterwoche habe man genug Solidarität demonstriert. Die städtischen SPD-Kulturfunktionäre begrüßten unsere Aktion hinter vorgehaltener Hand, offiziell durften/wollten sie sie nicht unterstützen.

Nun entweder das Ding sterben lassen oder ausweiten! Ernst Süß, der Inhaber der Fränkischen Galerie (zweitgrößte der 20 Privatgalerien in Nürnberg), stellte uns seine Räume für den ganzen Juni zur Verfügung. Unser nächster Aufruf: Weitere Arbeiten für Versteigerungen spenden, außerdem Arbeiten zum Thema Rechtsstaat — Freiheit — Repression — Justiz. Die letzteren sollten ausgestellt und zu Festpreisen verkauft werden, ebenfalls für den Prozeßfonds. Unsere Solidarität gilt übrigens **allen** Inhaftierten, ob „Steinewerfer" oder nicht.

Bis zur Vernissage am 1. Juni hatten wir von ca. 80 Künstlern Werke, u.a. von Prechtl, Wendland und Gerling. Rund 30 Künstler brachten Arbeiten „zur Sache". Wir mußten ganz dicht hängen und stellen — und waren's froh. Zur Eröffnung kamen mehr als 200 Menschen. Leider unter ihnen kaum welche mit dicker Brieftasche. So ging manches schöne Blatt weit unter seinem Marktwert weg.

80 Künstler, das ist für den Nürnberger Raum eine stattliche Zahl. Ohne Zweifel eine Ermutigung, daß auch in diesem Kreis nicht alles gefressen wird, was Strauß und Co. uns einbrocken. Natürlich gab's auch Künstler, die mit reaktionären Anmerkungen („Wärn's daham bliebn, hätt' ma's net ei'gsperrt") abgewunken haben. Das waren aber wenige. Eine ganze Reihe traute sich allerdings nicht, diese Aktion sichtbar zu unterstützen, vor allem Kunsterzieher, dann Künstler, die um Aufträge fürchten. Kunst in der BRD ist ein gnadenloses Geschäft. Du mußt nicht nur bravourös gestalten können, du mußt auch schön brav nurästhetisch bleiben, Illusionen oder dekorativ Dekadentes bieten, willst du verkaufen. Am Anspruch seiner Kunden zerbricht hierzulande sicher manches Talent.

Wird das politische Klima allen zu eisig, stirbt die Kunst auf breiter Front, wird stückweise zur Dokumentation von Kälte, zum Aufschrei gegen sie. Die Ausstellung macht da manches dingfest, ob F.J.S. und seinen Tandler als geifernde Schlagstock-Regenten, den Hausbesitzer als Menschenmüll-Verwahrer, die NATO als Beerdigungsinstitut, die Arbeitslosigkeit als Mord, Individuen als systematisch gequälte, doch sich aufbäumende. Wer „unseren Rechtsstaat" an den Ausstellungsstücken mißt, wird ihn mit einigem Schauder als beengend, menschenverachtend, bedrohlich, zukunftslos sehen.

Die Arbeiten atmen überwiegend Skepsis, wo nicht Pessimismus, was die Zukunft, die Verhinderung des vollkommenen Rechtsstaats und des Krieges betrifft. Trotzdem ist Atem zu spüren. Die Ausstellung selbst wirkt, indem sie Illusionen auflaufen läßt, belebend, ermutigend, Phantasie loszulassen und politisch Stellung zu beziehen. Das habe ich nicht nur für mich gemerkt, das teilen auch andere mit. Fast täglich werden noch neue Arbeiten gebracht. Schön wär's, wenn aus unserer Initiative „Künstlersolidarität" ein fester Kreis würde, der politisches Kunstschaffen fördert.

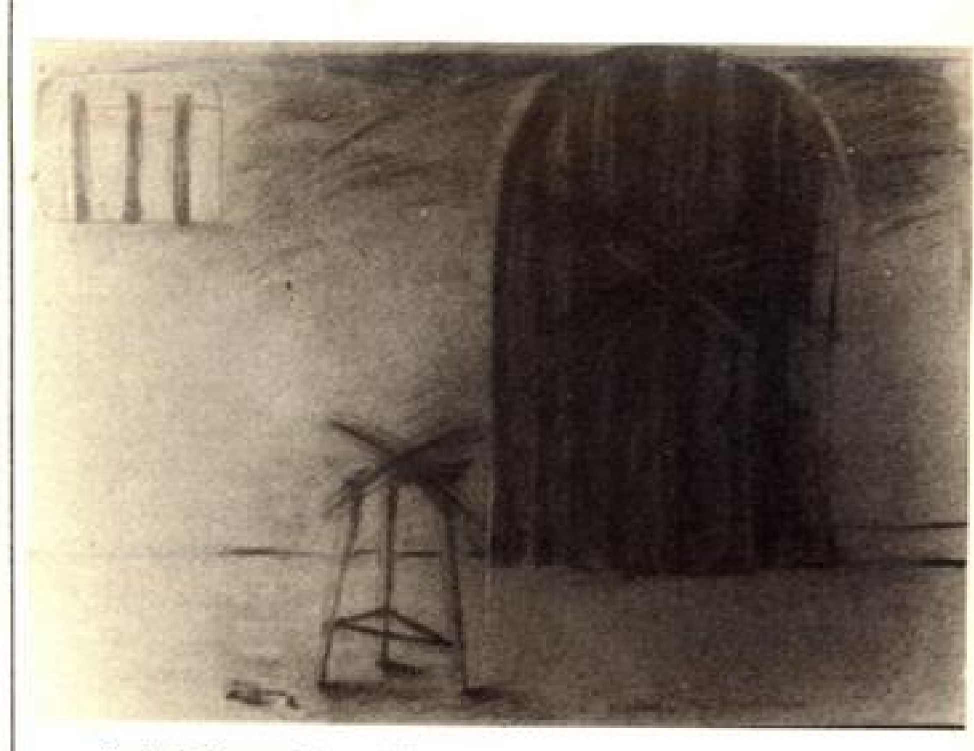
Die Ausstellung dauert noch bis 28. Juni. Ich halte sie jetzt schon für erfolgreich, auch wenn für die Prozeßkostenhilfe nicht so viel Geld hereinkommen wird, wie zunächst erträumt.

Sollte andernorts Interesse bestehen, Arbeiten für eine Ausstellung zu leihen, bitte ich um Kontaktaufnahme.

Alex Soós



M. Weiler: „Nürnberger Nachrichten" (Aquarell), R. Feeß: „Hausbesetzer" (Typo-Collage), R. Höllerer: Ohne Titel, R. Feeß: „Uni(n)formiert" (Typo-Collage)



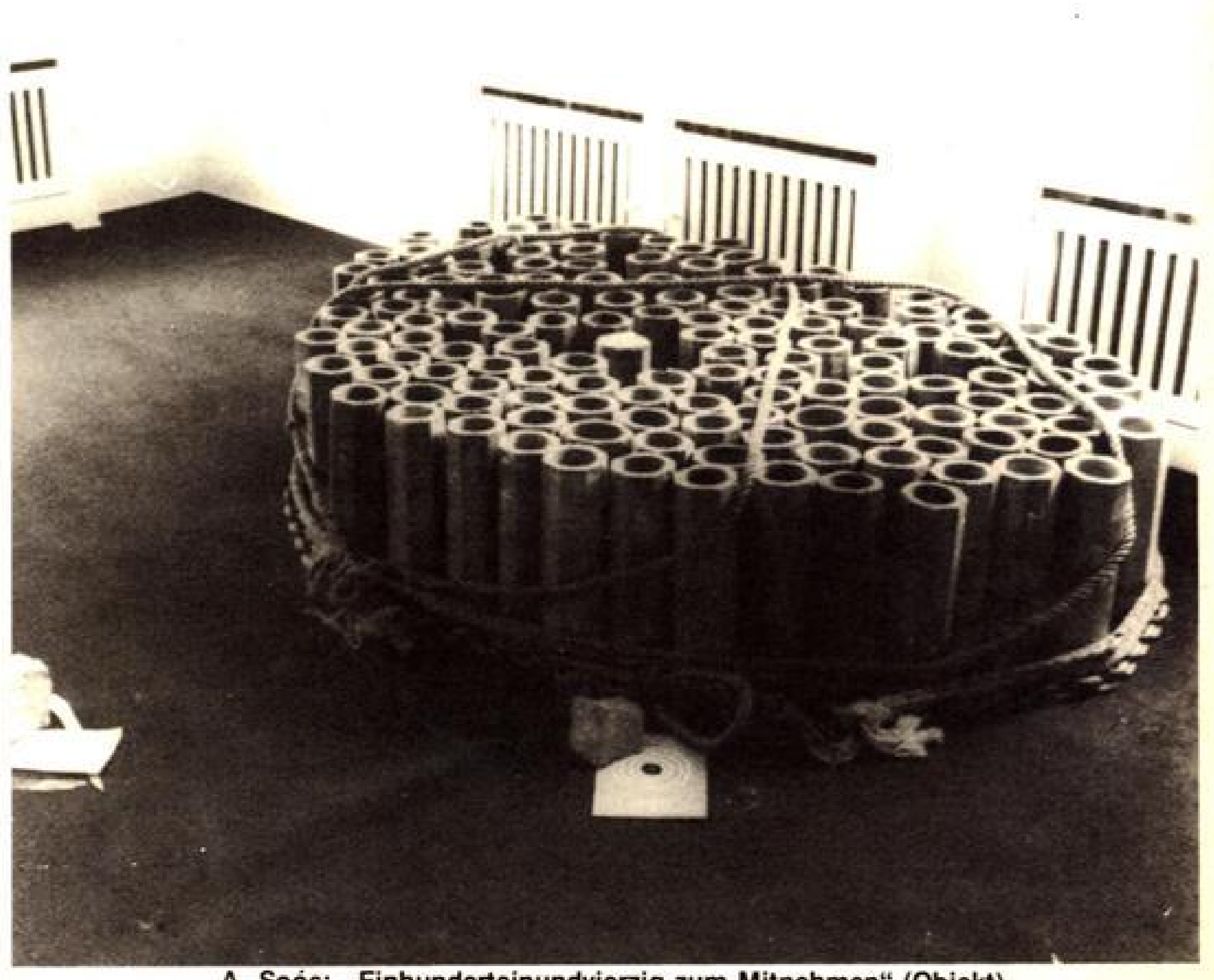
H.J. Dürr: „Ohne Tür nach draußen" (Mischtechnik)



H.J. Dürr: „Das Klima hier macht mir schwer zu schaffen" (Mischtechnik)



D. Leypold: „Zeitgenossen" (Keramik)



A. Soós: „Einhunderteinundvierzig zum Mitnehmen" (Objekt)

Musik-Studienreise durch Albanien (II)

Im letzten RM brachten wir den ersten Teil eines Reiseberichts des Essener Musiklehrers Gerhard Stäbler, der mit einer westdeutschen Studiengruppe im Frühjahr 1981 Albanien besuchte. Hier nun Teil II und Schluß.

Bei unseren Gesprächen mit Komponisten, Musikwissenschaftlern und -lehrern stellen wir anfangs of die Frage nach der Zusammenarbeit zwischen professionellen Musikern und Amateuren, weil wir — wo immer wir auch hinkommen — hervorragende Stimmen, technisch versierte Instrumentalisten oder qualifizierte Dirigenten kennenlernen. Beispiel: Textilkombinat „Stalin“ bei Tirana, Besuch der Probe einer Tanzgruppe der Fabrik und des Werkschors. Ein ehemaliger Textilarbeiter studiert dort gerade einen selbstkomponierten Chor zum 40. Jahrestag der Partei der Arbeit Albaniens ein, der im Herbst dieses Jahres gefeiert wird. Wie viele andere Arbeiter hat er bei vollem Lohnausgleich in zwei bis vier Stunden eines Achtstundentags seine musikalischen Fähigkeiten weiterentwickelt, wofür ihm Fachkräfte der Musikschulen bzw. der Musikhochschule von Tirana zur Verfügung stehen. Jetzt leitet er verantwortlich den gut 50-köpfigen Chor und hat ihn hervorragend in Schuß. Dabei wird er von einer Arbeiterin als Korrepetitorin unterstützt, die in einer Pause zur Entspannung ganz nebenbei, aber gekonnt Stellen aus der Beethovenschen Pathétique spielt.

Laien und „Profis“

Unsere Frage nach der Zusammenarbeit zwischen Berufsmusikern und Amateuren, eine für uns selbstverständliche Frage, stößt auf Unverständnis. Denn gerade auf dem musikalischen Sektor wird ein System praktiziert, das nicht nur Unterschiede zwischen Profis uns Laien nivelliert, sondern auch die im kulturellen Angebot zwischen Stadt und Land.

Musikalische Ausbildung aller Kinder

Die musikalische Ausbildung beginnt nämlich im Kindergarten und wird mit allgemeinem und praktischem Musikunterricht an Grund- und Mittelschulen fortgesetzt. Für Talentierte gibt es schließlich das Angebot von Musikschulen und höheren Kunstschulen, die im Musikzweig zum normalen Lehrprogramm täglich zusammen eine Stunde Musik und wöchentlich mindestens zwei Doppelstunden Instrumentalunterricht anbieten.

In der höheren Kunstschule „Jordan Misja“ (Tirana) führen uns acht- bis sechzehnjährige Schüler und Schülerinnen als Ergebnisse ihres intensiven Übens ein künstlerisch so hochwertiges Programm mit Werken u.a. von Beethoven, Paganini, Chopin und den albanischen Komponisten Zoraqi, Zadeja und Ibrahimi vor, daß die Musiklehrer, die unserer Gruppe angehören, im wahrsten Sinne vor Anerkennung erblassen. Eine elfjährige Schülerin spielt zum Beispiel auch mit hervorragendem Ton ein virtuoses Werk des albanischen Komponisten Pjeter Gaci, begleitet von einer etwas älteren Mitschülerin.

Studium mit Arbeitsplatzgarantie

Mit sechs Jahren ist diese Schülerin aus einem entlegenen Dorf im nordalbanischen Bergland in die Kunstschule aufgenommen worden. Mit 18 kann sie das Abitur machen und wird gleichzeitig die Chance haben, sich für ein Studium an der Musikhochschule zu qualifizieren. Nach Abschluß der Hochschulausbildung, die vom Staat finanziert wird, ist ihr, im Gegensatz zu vielen ihrer westdeutschen Kommilitoninnen — ein Arbeitsplatz garantiert. Entweder wird sie eine Stelle in einem der drei großen Orchester Tiranas oder in den Symphonieorchestern verschiedener albanischer



Foto: Silvia Jansen

Städte wie Shkodra, Korça, Elbasan usw. antreten. Selbstverständlich kann sie auch als Musiklehrerin arbeiten oder als Leiterin von Musikgruppen, die in jeder landwirtschaftlichen Kooperative und jedem Betrieb existieren.

Genau dieses „recycling“, nämlich dorthin zurückzukehren, woher man stammt, garantiert im kulturellen Bereich überall eine planmäßige Niveauhebung.

Führt man sich allein die Bedingungen im Kultur- und Bildungsbereich vor Augen (auf dem Land machen heute über 80 Prozent aller Jugendlichen, in der Stadt nahezu 100 Prozent Abitur, 1938 lag dagegen das Analphabetentum bei 80 Prozent!), ist es nicht verwunderlich, daß Neuerungen mit Enthusiasmus begrüßt und deshalb auch in optimistischen Liedern gefeiert werden. Und wenn die Männer und Frauen aus Himara — engagiert bis zum Erröten ihrer Köpfe — ihre polyphonen Chöre auf das „Sozialistische Albanien“ („Sozialistisches Albanien, sei stolz! Du erhebst dich wie ein Adler und durchbrichst die Blockaden, die die Imperialisten aus Ost und West über dich verhängen!“) oder auf Karl Marx („ . . . die Worte von Marx sind wie eine Flamme [. . .] sie entzünden sich überall auf der Welt und sind unbesiegbar! . . .“) anstimmen, so beruht das nicht nur auf der langen Kampftradition des albanischen Volkes zur Verteidigung der nationalen Rechte und Kultur. Sie können so singen, weil sie als Teil des handelnden Volkes Geschichte machen und zusammen mit den Kommunisten Seite an Seite die Befreiung des Landes erkämpft haben.

Der Freiheitskampf — Wiege der Volkskultur

Bei der Gründung des neuen Albanien kann man — wie gesagt — von einem Kulturleben so gut wie nicht sprechen. Schriftlich fixierte albanische Musik gibt es bis dahin kaum, die albanische Literatur steckt in den Anfängen, von der Filmproduktion ganz zu schweigen. Viele albanische Künstler und Musiker haben aus existenziellen und politischen Gründen das Land verlassen und z.T. im Ausland bedeutende künstlerische Tätigkeiten ausgeübt (u.a. Alexander Moissi als Schauspieler, Fan S. Noli als Musiktheoretiker und Komponist). Bereits im „Nationalen Befreiungskampf Albaniens“ (1939 — 1944) werden jedoch die Grundlagen für die spätere stürmische Entwicklung des Kulturwesens gelegt. In der Illegalität entstehen Kunstgruppen, die — unseren Agitproptruppen der Weimarer Zeit vergleichbar — kurze Thaterstücke und Partisanen- bzw. patriotische Lieder vortragen. Auch Dichter, wie z.B. Llazar Siliqi (vgl. Interview im Kulturmagazin „Linkskurve“ 1/1980) nehmen am antifaschistischen Kampf teil. Gerade diese Schauspieler, Musiker und Schriftsteller beteiligen sich an der Abschaffung des Analphabetentums und helfen mit, damit sich die künstlerischen Talente, die im Volk schlummern, ausbilden können.

Es liegt auf der Hand, daß alle künstlerischen Bereiche von der Volkskunst bzw. -musik geprägt sind, deren Formenreichtum und Sujets außerordentlich viel Material zur schöpferischen Verarbeitung bieten. Deshalb ist es auch für albanische Komponisten, die sich im wesentlichen an der klassischen europäischen Musik orientieren, selbstverständlich, sich mit der Musik des Volkes zu beschäftigen und die Erfahrungen etwa der Chöre Himaras aufzugreifen und weiterzuverarbeiten, um in gemeinsamer, planmäßiger, sich gegenseitig durchdringender Arbeit mit Amateuren nicht nur mit dem Text von Liedern den Verstand zu schärfen, sondern auch die Emotionen, um die Individualität und schöpferischen Fähigkeiten der Menschen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft voll zu entfalten.

Die Mai-Konzerte in Tirana

Ein fester, bedeutender und beliebter Bestandteil des albanischen Musiklebens sind die jährlichen „Mai-Konzerte“. Bedeutend vor allem deshalb, weil sie, im Gegensatz zu anderen Festivals auf musikalischem Gebiet, einen repräsentativen Überblick über alle vorhandenen Musikrichtungen bieten, bedeutend auch deshalb, weil das Programm in gleichem Maße von Berufs- wie Laienkünstlern bestritten wird. Bei den Darbietungen sind auch alle im sozialistischen Albanien bestehenden Klassen und Schichten — Arbeiterklasse, Genossenschaftsbauern und Volksintelligenz — würdig vertreten.

Unser Korrespondent Johannes Vetter übermittelte uns seine Eindrücke von den Mai-Konzerten 1981 in Tirana. Wir geben sie hier auszugsweise wider.



Musik ist zum Selbermachen da

Was sofort ins Auge fällt, ist die Tatsache, daß die anspruchsvolle und etwas komplizierte „Konzertmusik“ keineswegs eine Domäne der Berufsmusiker ist, genauso wenig wie die Volks- und Unterhaltungsmusik eine Domäne der Laiengruppen ist. Die Übergänge sind ohnehin fließend. Selbstverständlich bleiben verschiedene Gattungen, etwa technisch-musikalisch schwer zu realisierende symphonische Formen oder tänzerisch sehr anspruchsvolle choreographische Formen einfach aus Gründen des technisch-musikalischen Könnens den Berufsmusikern vorbehalten, doch achtet man streng darauf, daß solche Projekte nicht zur Hauptlinie des Musiklebens werden (Musik ist in Albanien in erster Linie zum Selbermachen da, dann erst zum Zuhören), und daß auch die komplizierteren Formen stets aufs engst mit dem Volksschaffen verbunden bleiben.

Schöpferische Bearbeitung des kulturellen Erbes

In verschiedenen Stücken findet sich das Wörtchen „perpenuar“, es steht für einen unter den Bedingungen des Sozialismus breit entwickelten Musikzweig. Wörtlich übersetzt heißt es „bearbeitet“.

Zugrunde liegt meist ein altes Partisanen- oder Volkslied. Der Bearbeitungsvorgang besteht darin, dieses unter den Massen weit verbreitete Lied für einen größeren musikalischen Apparat einzurichten. Doch nicht nur das — der Komponist greift auch in die Struktur des Liedes selbst ein, hebt einzelne Teile besonders hervor, verwirft andere. Das ist in den meisten Fällen nicht einfach ein musikalisch-handwerklicher Akt, mit dem der Komponist demonstriert, wie er mit dem musikalischen Material umzugehen versteht, sondern vielmehr ein politischer Akt.

Anfang dieses Jahres fand ein besonderes Festival dieser Art von Musik statt. Da konnte man dieses politische Eingreifen besonders gut an den „kenge qytetar“ beobachten. Wörtlich übersetzt sind das „städtische Lieder“, eine Art Chanson, die in den dreißiger Jahren die gesellschaftliche Lage Albaniens widerspiegelten, also notwendigerweise von einer melancholischen Grundstimmung gekennzeichnet waren.

In der Gegenwart existiert die materielle Grundlage für diese Stimmung nicht mehr, sie ist durch die Volksrevolution und den sozialistischen Aufbau beseitigt worden. Also übernimmt der Komponist beim Bearbeiten solcher Lieder lediglich musikalische Formen und Methoden dieser Lieder, die auch zur Darstellung der Gegenwart geeignet sind (vom Dachau-Lied wissen wir, daß auch in Musikstücken sehr ernster Grundstimmung durchaus ein optimistischer Zug stecken kann), die Melancholie aber verwirft er. Ein plastisches Beispiel dafür, wie der Küntler sich auf kritische Weise mit der kulturellen Vergangenheit schöpferisch auseinandersetzt.



Auftritt des „Migjeni“-Ensembles

Tanzsäle in den Betrieben

Stellvertretend für die vielen Laienkünstler sei der Betriebschor des Textilkombinats Stalin genannt, der mit seinen gut und gerne 80 Mitgliedern nur einen Teil des Kunstensembles des Kombinats ausmacht. Am 11. Mai im Kulturpalast führte der Chor drei Stücke auf, darunter eines zur Feier seines 30jährigen Bestehens. Ein gekonnter, vollklingender vierstimmiger Gesang, begeisternd und optimistisch.

Auch in Deutschland sagt jede Belegschaft zu ihrer Arbeitsstelle „unser Betrieb“, doch wenn in diesem Stück die Worte „kombinati yne“ („unser Kombinat“) auftauchen — sie tauchen sehr oft auf — dann war das in der vollen Bedeutung des Wortes gemeint, was man auch ihren Gesichtern ansah. Es ist **ihr** Kombinat, das Kombinat der albanischen Arbeiterklasse; nicht zuletzt das umfangreiche und sprühende Kulturleben innerhalb des Betriebes, mit Proberäumen im Betrieb, mit Tanzsälen im Betrieb, ist ein beweiskräftiges Indiz dafür.

Das Volk — ein strenger Kritiker

Einer der wichtigsten Gradmesser für die Beurteilung der Leistungen von Künstlern und Musikgruppen ist das Publikum, das Volk. Die Mai-Konzerte etwa werden nicht nur von den rund 1 000 Anwesenden im Kulturpalast verfolgt, die Konzerte werden am selben Abend im Radio übertragen und am nächsten Tag noch einmal als Aufzeichnung im Fernsehen. An den Wunschkonzerten in beiden Medien, die es hier regelmäßig gibt, kann man dann sehr schnell den „Trend“ erkennen.

In den Konzerten ist das Publikum jedenfalls von einer geradezu unerbittlichen Strenge. Wenn ein Stück nicht gefällt, dann kann im Text hundertmal die Partei und die Revolution gerühmt werden, dann fällt der Beifall entsprechend dünn aus. Dann verebbt er schon, wenn der Künstler noch nicht ganz von der Bühne verschwunden ist. Schon seltener bekommt der Künstler einen Vorhang, das ist schon ein ausgemachtes Lob — und auf eine Zugabe kann er sich schon fast etwas einbilden, obwohl er da vorsichtig sein sollte, denn der Beifall gilt immer auch dem Komponisten und dem Textdichter bzw. anderen Ausführenden.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 26 26 Haziran 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Kiel'de Türk faşistlerine karşı güçlü bir yürüyüş!

13 Haziran Cumartesi günü Kiel'de faşist "Bozkurtlara" karşı güçlü bir yürüyüş yapıldı. 30 Mayıs günü anti-faşistlerin üzerine son hızla araba süren Türk faşistleri, bir çok kişiyi ağır yaralamıştı. Bu kanlı faşist saldırıyı protesto eden eyleme 1500 Türkiyeli ve Alman anti-faşist katıldı. Faşist "Bozkurtlar", yürüyüşten önce ve yürüyüş sırasında provokasyon girişiminde bulundular ve bu girişimlerinde polisin de desteğini aldılar. Faşistlerin saldırılarına karşı fazla bir önlem almayan polis, 30 Mayıs'taki faşist saldırıya karşı direndiğinden ve bir faşisti yaraladığından ötürü F. Ö. adında Türkiyeli bir anti-faşisti yürüyüş sonunda tutukladı. (Demo. in Kiel gegen Grauenwölfe)

Hamburg'da Kilise Günü

100 000 insan savaşa karşı

Savaş kışkırtıcıları büyük bir yenilgi yaşadı

HAMBURG. — 21 Haziran günü sona eren 19. Protestan Kilisesi Günü, savaş kışkırtıcısı burjuva politikacıları ve gerici kilise önderleri için büyük bir yenilgi ifade etmekteydi. Bu Kilise Günü, Almanya'da ve Dünya'da silahlanma ve savaş politikasına karşı büyük direnişe dönüştü. Ve bu direniş, Hiristiyan Gençliğin önemli kesimlerini de kapsamaktadır. Kilise Günü'nün bu ölçüde savaşa karşı direnmenin bir günü haline gelebileceğini Bonn Politikacıları beklememişlerdi.

Ülkemizde giderek güçlenen ve gelişen barış hareketi, kiliseler, özellikle de kilise gençliği tarafından büyük ölçüde desteklenmektedir. Katolik Kilisesi'ne karşın barış hareketi, Protestan Kilisesi'nde daha fazla yankı bulmaktadır. 19. Protestan Kilisesi Günü dolayısıyla silahlanmaya, savaşa ve özellikle de nükleer füzelerin ülkemize yerleştirilmesine karşı 20 Haziran'da Hamburg'ta Kilise Gençliği tarafından düzenlenen; Partimiz ve savaşa karşı diğer güçler tarafından desteklenen yürüyüşe 100 000'nin üzerinde insan katıldı. Ve bu yürüyüş, savaş kışkırtıcı politikacılara açık bir cevaptı: İnsanlık düşmanı savaş politikanıza kimseyi inandıramazsınız.

Tanınmış bir çok gerici kilise önderleri; Kilise Günü'nün resmi programında yer alan barış sorunu üzerine tartışmanın, kilise içinde ve kamuoyunda büyük yankı bulacağını daha önceden sezdiklerinden, "politikayı bir yana bırakalım" sözlerini vaaz ettiler. Ama boşuna, gerici ve savaş kışkırtıcı politikanın onaylanmasına gelince kolları sıvayan gerici kilise çevreleri, acı bir yenilgi yaşayacaklar. Radyo ve TV. bu gerçeği saklayabilmek ve Kilise Günü'nün ağırlık noktasını barış sorunun oluşturmadığını kanıtlayabilmek için büyük bir çaba gösterdi. Ama, bütün bu çabalar sökmedi. Barışın tehdit edilmesine ve savaş tehlikesinin giderek büyümesine karşı Kilise Günü'ne katılan insanların cevabı şu oldu: Nükleer füzelere hayır! Hükümetten silahlanma politikasına son vermesi! Reagan'ı ve NATO için ölmeye hayır!

Özellikle Hiristiyan gençliğin savaşa karşı bu kararlı tavrı, ülkemizdeki barış hareketi için cesaret verici bir sinyaldir. Eğer sözkonusu olan nükleer füzelerin ülkemize yerleştirilmesinin engellenmesi ve Batı Almanya'nın NATO'dan çıkması ise, bu hareket gerçekten hesaba katılması gereken önemli bir güçtür. Birinci ve İkinci Dünya savaşında Almanya'daki Kiliseler büyük çoğunlukla kışkırtıcı rol oynamış, savaşı körüklemişlerdi. Ama, bugün kilise özellikle de kilise gençliğinin önemli bir bölümü barış hareketine katılmaktadır.

Savaş Bakanı Appel, silahlanmayı ve Schmidt'in barış hareketini, güvenliği tehlikeye sokan aşırı bir hareket olarak göstermesini haklı çıkarabilmek için gösterdiği çabalar — ki bu konuda getirdiği gerekçeler, sürekli olarak tekrarlanan şeylerdi —, kimseyi inandıramadı. Politikacıların bu çaresizliğini JUSO'nun eski Başkanı Schröder çok iyi bir şekilde formüle etmişti: "düşüncelerimizi hiç kimseye kavratamadım: Hiç kimseye."

(„100 000 für den Frieden" RM/Nr. 26, S. 1)

KPD bürosuna saldıran faşistler, üç dervimciyi yaraladı

Bütün faşist örgütler yasaklanmalıdır!

Hamburg'da NPD mitingi engellendi

DORTMUND/HAMBURG. — 17 Haziran Çarşamba günü NPD faşistleri Dortmund'da "Almanya Buluşması" adı altında, Alman halkına ve yabancılara düşmanlık temelinde faşist bir gösteri düzenlediler. Gösteri sırasında KPD bürosuna silah, zincir ve sopalarla saldıran faşistler, üç arkadaşı yaraladılar. Dörtmund'da faşistlerin miting yapacağı ancak alana toplandıklarında öğrenildi. Ama, Hamburg'ta bir gün önce haber alındığından faşistlerin mitingi engellendi.



Faşist saldiriya karşı Dortmund'daki yürüyüş.

17 Haziran 1953 Yılında Doğu Almanya'da karşı devrimciler ayaklanmış ve bu ayaklanma o zaman devrimci güçler tarafından bastırılmıştı. Özellikle Alman faşistleri, 17 Haziran gününü, devrimcilere, anti-faşistlere ve yabancılara karşı zehirlerini kustukları, faşizmin propagandasını yaptıkları bir gün olarak kutlamaktadırlar. Ve buna "Almanya Buluşması" adını vermektedirler.

Devrimci ve anti-faşist güçler, Neo-Nazilerin bu tür gösterilerini engellemekte veya karşı gösteriler düzenleyerek, polisin ve devlet güçlerinin desteğiyle yapılan bu eylemleri kamuoyunda teşhir etmektedirler. Faşistler, bu yılki "Almanya Buluşmalarının" da engelleneceğini bildiklerinden, bunu tamamen gizli tutmuşlardı ve açıkça propagandasını yapamamışlardı. Dortmund'da SPD'li şehir yönetimi, NPD faşistlerinin miting ve yürüyüş yapacağını bütünüyle gizli tuttu. Bundan yararlanan faşistler, 17 Haziran günü saat 10,30 sıralarında Nordmarkt'ta toplanmaya başladılar. Bunun haberini duyan devrimciler ve anti-faşistler, NPD'nin mitinginin yapıldığı alanın çevresinde toplanmaya başladılar. Polis, anti-faşistlerin protestolarını engellemek ve Neo-Nazilerin gösterilerini sağlıklı sürdürebilmeleri için ilk anda KPD'den dört devrimci arkadaşı tutukladı. Bundan sonra da mitingin yanına kimseyi yaklaştırmadı. Mitingi engellemek için yeteri güç toplayamayan anti-faşistler, ancak faşistlerin saldırısına karşı koyabildiler. Faşistler mitingin son anında KPD bürosuna ve anti-faşistlere silah, demir sopalar ve kesici aletlerle saldırıya geçtiler. Bu saldırıya karşı koyanlardan üç arkadaşı yaraladılar, ama faşistlerin saldırısı püskürtüldü. Saldırı sırasında faşistlerden de yaranınlar oldu. Polis, bütün bu gelişmeleri seyirci kaldı. Saldırganlardan hiç birini yakalamadı. Bunun yerine saldırılara karşı koyan Türkiyeli ve Alman anti-faşistleri tutuklamaya çalıştı.

Hamburg şehrinde faşistler "Almanya Buluşmasını" yapamadılar. 16 Haziran akşamı faşistlerin Bismarckdenkmal alanında toplanacağını öğrenen Alman ve Türkiyeli anti-faşistler, sabahın erken saatlerinde Hamburg'un içinde ve diğer şehirlerden miting alanına 1000'e yakın anti-faşist gelmişti. Öğle saatlerine doğru bu sayı 2 000'e ulaştı. Ve alan bütünüyle işgal edilmişti. Bundan korkan faşistler, Bismarckdenkmal alanının yanına dahi yaklaşamadılar. Anti-faşistlerin kararlı direnişi, polisin provokasyonlarını da boşa çıkarttı. Devrimciler ve anti-faşistler, işgal hareketinden sonra yürüyüşe geçtiler. Partimizden yoldaşlar, bu eylemin başarılı geçmesinde büyük rol oynadılar.

Dortmund'daki faşist saldırı ve gösteriden sonra Alman ve Türkiyeli anti-faşistler, devrimciler bir araya gelerek, 21 Haziran Cumartesi günü için yürüyüş kararı aldılar. Bunun yanı sıra saldırıyı protesto eden bir basın açıklaması yapıldı. Geçen Cumartesi günü yapılan yürüyüşe 300'e yakın Türkiyeli ve Alman anti-faşist katıldı. Yürüyüşte faşistlerin saldırıları ve gösterisi protesto edildi. Dortmund şehir yönetiminin tavrı teşhir edildi ve SPD'nin mitinge izin vererek ve bunu gizli tutarak, NPD faşistlerine yardımcı olduğu vurgulandı. Yürüyüşte Dortmund polis başkanın da görevden alınması talep edildi.

Alman ve Türkiyeli anti-faşistler, gerek faşistlere karşı direnmede, gerekse de mitingde ve yürüyüşte büyük dayanışma içine girdiler. Eylem boyunca Almanca ve Türkçe sloganlarla faşistlerin saldırıları ve yabancı düşmanlığı teşhir edildi. Mitingde, Halkın Kurtuluşu, D. Halkın Birliği ve Devrimci Yol Dortmund sempatizanları bir kolda, ortak pankartlar ve sloganlarla katıldılar. Yürüyüşe katılan Türkiyeli gruplar adına yabancı düşmanlığını teşhir eden ortak bir konuşma yapıldı.

Bu yürüyüş, yabancı düşmanlığına ve faşist saldırılara karşı mücadelede, Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerin ve devrimcilerin Dortmund'daki ilk eylemi oldu ve bir bütün olarak olumlu geçti. Bu eylem birliğinin gerçekleşmesinde Partimizin büyük bir katkısı oldu.

Bütün faşist örgütler yasaklanmalıdır!

Yabancı düşmanlığına son!

Yaşasın her milliyetten anti-faşistlerin eylem birliği!

Fransa'da parlamento seçimleri

Sosyal demokratlar oyların büyük çoğunluğunu aldı

PARİS. — Geçen hafta sonunda Fransa'da yapılan parlamento seçimlerinin ikinci turunda Mitterand'ın başını çektiği "Fransa Sosyalist Partisi", oyların büyük çoğunluğunu alarak, parlamentoda çoğunluğu sağladı. 491 üyeden oluşan parlamentoda, Sosyalist Parti 293 milletvekili aldı. Geriye kalan 198 milletvekilinden 43'ünü ise revizyonist Fransa Komünist Partisi kazandı. "FKP", geçen seçimlere karşın oylarının yarısını kaybetti.

Şimdiye kadar parlamentoda çoğunluğu oluşturan diğer burjuva partileri (UDF, Guallistler), bu seçimlerde sadece 155 milletvekili kazanabildiler ki, bu parlamentodaki sandalye sayısının üçtebirini dahi oluşturmamaktadır.

Seçimlerde en büyük yenilgiye uğrayan Guallistler oldu. Bu parti, şimdiye kadar sahip olduğu 155 milletvekilinden 74'nü kaybederek, ancak 81 milletvekili alabildi. Eski devlet Başkanı Giscart'ın başını çektiği UDF, 119 sandalyeden 71'e düştü ve 49 milletvekili kaybetti.

Fransa Sosyalist Partisi ve revizyonist Fransa Komünist Partisi arasında planlanan koalisyon, parlamentodaki sandalye sayısının üçte ikisini oluşturmaktadır. Fransa Sosyalist Partisi'nin bu seçimlerde oyların ezici çoğunluğunu almasının asıl nedeni; hiç şüphesiz, Mitterand'ın, vaadettiği reformları diğer seçmenlere inandırmakta başarılı olmasıydı. Ve Mitterand seçimlerde, bu reformların gerçekleştirebilmek için parlamentoda büyük çoğunluğa sahip olması gerektiğini, bu olmadığı taktirde reformların engellenebileceğini açıklamıştı. Devlet Başkanı olarak seçilmesinden sonra Mitterand, parlamento seçimlerinde oyların çoğunluğunu alabilmek için bir kaç seçim vaadini çabuk elden gerçekleştirebilmişti. Ve bu taktiğinde başarılı da oldu diyebiliriz. Ama, Avrupa'nın bir çok ülkesinde olduğu gibi, süreç içinde Fransa da reformizm iflas edecektir.

(„Absolute Mehrheit für Frankreichs Sozialdemokraten" RM/Nr. 26, S. 1)

Polonya'da işçi hareketi ve kapitalizm

Sınıf mücadelesi mi, sınıf uzlaşması mı?

Polonya'da sendikalar daha 1978 yılında kurulmaya başlamıştı. Örneğin 29.4.78'de sahil bölgeleri Özgür Sendikalar kurma Komitesi'nin bir bildirisi yayınlandı ve bildiride şöyle deniliyordu: "1970 Aralık ayında meydana gelen üzücü olayların anısına ve sahil bölgesindeki çok sayıda grup ve çevrelerin bekleyişine bir yanıt olarak Özgür Sendika'yı kurmak için harekete geçmiş bulunuyoruz... Özgür Sendikalar'ın hedefi, işçilerin ekonomik, hukuksal ve insancıl çıkarlarının savunulmasını örgütlemektir... Tüm toplumsal tabakalar, kendi kendine örgütlenme ve haklarını gerçekleştirecek kendi toplumsal kurumlarını oluşturma olanağını elde etmelidirler. Ancak ve ancak gerçek sendikalar ve toplumsal kurumlar devleti kurtarabilir, çünkü vatandaşların çıkarları ve iyi niyetleriyle devletin çıkarları ve gücünün birleşebilmelerine götüren biricik yol demokratikleşmedir. Bu gibi görevleri yerine getiren bugün bazı örgütler vardır, örneğin Toplumsal Kendi Kendini Savunma Komitesi (KOR) gibi...."

Anlaşıldığı kadarıyla "Özgür Sendikalar"ın kuruluş açıklamasına etkin bir biçimde katılmış olan bu KOR kimdir ve nedir? KOR, yani "İşçileri Savunma Komitesi" 1976 yazındaki işçi çalkalanmaları sırasında çeşitli revizyonist, troçkist, euro-komünist, sosyal demokrat ve anti-komünist yapıda bir çok Polonyalı aydının bir araya gelmesiyle kuruldu. Örgütün beyni olan Jacek Kuron anlaşıldığı gibi, Macaristan'daki Petőfi Klübü, Doğu Almanya'daki Harich Grubu vb. gibi kuruluşları oluşturan aydınlar grubuna dahildir. Bu kişiler SSCB'nin 20. Parti Kongresinde Kuruşçev'in Stalinle Hesaplaşmasından ve bu ihanetinden yararlanarak onu da sağdan geçmeye çalışan kişilerdir.



Papa'nın önünde diz çöken Lech Walesa.

Polonya aydınları

Eskiden sosyalist daha sonra revizyonist olan tüm ülkelerde burjuva aydınlarla küçük burjuva aydınlar, kendi ayrıcalıklarını kısan Marksizm-Leninizme karşı düşmanca tavır almışlardır. İşte 20. Parti Kongresi bu adamlar için bir nimet gibi geldi ve anti-komünist, karşı devrimci ve kısmen de faşist anlayış ve tezlerini o zamana kadar olduğundan daha açık yaymalarına olanak sağladı. Solşenisin ve Giriyorenko gibileri bunlara birer örnektir.

Ancak subjektif olarak namuslu ve işçi sınıfına yardım etmek isteyen aydınlar da vardı. Bu kişiler daha 20. Parti Kongresi'nden önce bile Marksizm-Leninizmden sapmalar olduğunu görerek öfkelendiler, ancak bu da onları yanlış yöne, eleştirilerini Stalin'e karşı yöneltti. Bu durum, daha sonra yetişen ve içinde bulundukları sosyalizmin, kendi kafalarındaki sosyalizmi yansıtmadığını gören kuşak için de aynıdır.

Aradaki bu farkı görmek, Birleşik Cephe Tatkiği açısından komünistler için çok önemlidir. Namuslu bir anti-faşist olan bir Havelmann, elbette bir Soşenistin değildir. Ancak pratikte ikinci grup aydınların talepleri, tıpkı birinci gruptakilerinki gibi sosyalizme karşıdır, ancak tabii başka nedenlerle olsa bile. Bu durum Polonya'da da böyledir. Örneğin KOR tarafından desteklenen "59'ların mektubu" Polonya için batılı kapitalist ülkelerdeki burjuva-parlamenter sisteme uyan ve devlet gücünü yürütme, yargı ve yasama olarak üçe ayıran bir sistem öneriyorsa bunun proletarya diktatörlüğüyle hiç bir ortak yanı yoktur, tamamen sermayeye hizmet etmektedir.

Buradan hareketle baktığımızda 1970 Aralık ayında ayaklanma başka bir düzeyde, politik açıdan daha yüksek bir düzeyde olmuştu. O zamanlar işçilerin bir kısmı, dudaklarında enternasyonelle protesto ederek, polisin kuruşunları altında sosyalizme dönmeyi talep ediyorlardı. Aynı talepler, geçtiğimiz yaz dönemi başlayan yeni ayaklanmalarda da, daha küçük bir grup işçi tarafından da olsa, yine öne sürülüyordu. Örneğin şöyle sloganlar atılıyordu: "sosyalizm iyidir, ancak Polonya'da gerçekleştirilmemiştir". Burada sosyalizmden kâstedilen, açıkça işçi sınıfının egemenliği, proletarya diktatörlüğüdür.

Polonyalı aydınlar ise bambaşka şeylerle meşguldüler. Bir kısmı tamamen batılı kapitalistlerin rotasıyla çala yelken giderken, Polonya işçi sınıfının çıkarlarını hiç takmazken, KOR içinde örgütlenmiş olan diğer bir kısmı ise işçi sınıfının çıkarlarıyla ilgileniyor ve işçi sınıfını doğal bir müttefik olarak görüyordu, ancak kendi doğrultusunda etkilemesi gereken bir müttefik.. Böylece, redaksiyonu KOR temsilcileri ve işçilerden oluşan "Robotnik" (işçi) gazetesi çıkmaya başladı. 77'de alınan bir kararla adını Toplumsal Kendi Kendini Savunma Komitesi olarak değiştiren KOR geçtiğimiz yaz başlayan grevleri, önderlik işçilerin elinde olmasına karşın, gene de etkilemiştir. Ayrıcı Dayanışma Sendikası'nın kurulmasında da etkili olmuştur.



Polonya'da bir kasap dükkanı önündeki kuyruk.

Papa'nın Borazanı Walesa

Ancak genede Çekoslovakya'nın Merkez Organı revizyonist "Rude Pravo"nun yaptığı gibi, KOR'un tek başına "dört yıldan beri" grevleri ve Polonya Birleşik Sendikası'nı parçalamayı hazırladığı ileri sürülemez. Başka güçler, örneğin çok güçlü olan katolik kilisesi de çalışmalara katıldı, örneğin 21 maddelik programın öne sürülmesinde olduğu gibi.

Buradaki maddelerden biri, tüm inanış temsilcilerinin kitle iletişim organlarına katılabilmelerine izin verilmesi idi. Kilisenin adamı, sadık borazanı ise sendika-öküzü Lech Walesa idi. Walesa şöyle diyor: Ben her zaman önderdim, koyunları yöneten bir koça, sürüye önderlik eden bir ÖKÜZ GİBİ? Kitlelerin böyle bir koça, bir öküze ihtiyaçları vardır, aksi halde potansiyel dağılır ve kimse doğru yoldan gitmez. Ocak ayında Papa'yı ziyaret ettiği sırada ona olan bağlılığını açıklayarak "senin ve katolik kilisesinin ilkelerine bağlı kalacağız" diyen bu adam, gerçek bir gericidir. Önerdiği yol, Polonya'yı batı anlamında kapitalist bir ülkeye çevirmek, eski sömürücülerin yerine yenilerini geçirmektir. Bu kilisenin sadık adamı hakkında bir fikir oluşturmak için verdiği sürekli demeçlere bakmak yeter bile. Örneğin anti-komünist Solşenistin hakkında şöyle demektedir: "Onunla tamamen aynı fikirdeyim", savaş kışkırtıcısı Reagan hakkında ise: "Reagan'dan hoşlanıyorum, evet Reagan'dan hem de çok hoşlanıyorum". 13.11.80 tarihli Stern mecmuasında ise "arkadaşlarını" şöyle tarif ediyor: "Çok arkadaşımız var, bunların içinde çok zengin olanları da var, bu arkadaşlar, bize nasıl yardımcı olacaklarını kendileri bilmelidirler. O ülkelere henüz gitmemiş olsam bile bu arkadaşların çok zengin olduklarını biliyorum. Zenginlikleri nedeniyle bazen uyanık davranmaları gerektiğini unutuyorlar, eğerki uluslararası politika açısından uyanık olmazlarsa bu zenginliklerini ve zenginlikleriyle beraber bir çok şeylerini yitirebilirler."

Söz konusu olan şeylerini, zenginliklerini elbette yitirecekler dir, ancak uluslararası değil, ulusal politika çerçevesinde. Yani işçi sınıfı ve müttefikleri sosyalist devrim için ayaklandıkları zaman. Bu gibi sözler bizlere Walesa ve dayanışma'nın yalnızca batılı kitle iletişim araçlarınca (radyo, TV. vb.) değil, bizzat kapitalistlerin ta kendisi tarafından desteklendiklerini açıkça göstermektedir. Bu konuda Walesa ile buradaki Loderer ve kumpanyası arasında hiç bir fark yoktur, yalnızca buradakiler kapitalizme bağımlılıklarını Walesa gibi açıkça söyleyemiyorlar. Şurası kuşku götürmez bir gerçektir ki, hakları uğruna mücadele eden Polonya proletaryası, tam destek ve sempatimizi kazanmıştır, bu nedenle Dayanışma'nın Bydgoszcz şehrindeki polis terörüne karşı giriştiği uyarı grevlerini de destekliyoruz. çünkü bu grevler, sendika temsilcilerinin, bölgesel yöneticilerle görüşme yaptıkları mahalli yönetim binasını polisin emri üzerine zamanında terk etmedikleri için polis kitleye saldırarak üç kişiyi hastahanelik etmiş ve toplam 27 kişiyi yaralamıştı. Bu nedenle son anda vazgeçilen genel grevi de aynı şekilde desteklerdik, eğer yapılsaydı. Bu olaylar, Polonya proletyasının mücadeleye ne kadar hazır olduklarını göstermektedir. Walesa, bazı sendika yöneticileri ve Papa'ya ideal bir sistem gibi görünen buradaki sistem de böyle bir şey olduğunu düşünün. Polisin göstericilere her gün saldırmasının artık bir alışkanlık haline geldiği Almanya'da, polisin üç kişiyi hastanelik etmesi üzerine genel greve gidileceğini düşünün. Böyle bir şeyin imkanı varmıdır? En fazla sendika yönetimi bir kaç sıradan protesto açıklaması yapardı, o kadar. Tabii onuda yaparlarsa. Bundan ziyade bu üç kişi, parlamenter oyunun kurallarını çiğnedikleri için "terörist" olarak damgalanırdı.

İç İşleri Bakanları Konferansı yapıldı

Yabancılar üzerindeki baskıların artırılması isteniyor

LÜBECK. — Gerici yabancılar kanunu Federal İç İşleri Bakanı Baum ve Eyalet İç İşleri Bakanları için yeterli gelmemektedir. 12 Haziran Pazar günü Lübeck şehrinde yapılan İç İşleri Bakanları Konferansında yabancılar kanununun daha da sertleştirilmesi istendi. Bununla amaçlanan asıl şey, ülkemizde aktif olarak faaliyet gösteren diğer milliyetlerden anti-faşistlerin ve devrimcilerin daha fazla baskı altına alınmasıdır.

Batı Alman gericiliği, yabancı emekçilerin, özellikle de Türkiyeli anti-faşistlerin ülkemizdeki sınıf mücadelesine ve anti-faşist eylemlere her gün daha aktif bir biçimde katılmalarından rahatsız olmakta ve bunu engellemeye çalışmaktadır.

Türkiyeli devrimcilerin ve demokratların Batı Almanya'da Alman anti-faşistleriyle beraber faşist cuntaya karşı yükselttiği protestolar, cuntanın teşhirinin yanı sıra, ona destek veren Batı Alman devletini de Alman kamuoyunda teşhir etmektedir. Bundan ötürü gerici yabancılar kanunu daha da keskinleştirilmek istenmekte ve bu şekilde anti-faşist eylemler önlenmeye çalışılmaktadır. İç İşleri Bakanlarının toplantısında Türk faşistlerinin birbirini izleyen kanlı saldırıları gündeme gelmemiştir. Faşist Bozkurtlar'ın yasaklanması ve kümelendikleri örgütlerin kapatılması da bu toplantıda söz konusu edilmedi. Toplantıda sürekli olarak gündeme gelen, "aşırı yabancılar arasındaki çatışmalar" idi. Faşistler ve anti-faşistler, faşist saldırganlar ve saldırıya uğrayanlar ve hatta bu saldırılarda ağır yaralananlar, katiller ve katledilenler aynı kefeye konuluyordu.

"Sınırdışı etme olanaklarıyla ilgili olarak kataloğun" gözden geçirileceğini söyleyen Federal İç İşleri Bakanı Baum, "aşırı unsurların" gelecekte sınır girişinde geri çevrilmesi ile ilgili görüşünü Konferans tarafından selamlandığını ve onaylandığını söylüyordu. Bu, diğer şeylerin yanı sıra şu anlama gelmektedir:

"Sınır polisine ülkesinde can güvenliği olmayan veya öldürülmekle tehdit edilen ve politik takibata uğrayan bir kişinin akîbeti hakkında karar verme yetkisi verilmektedir.

Ve burada söz konusu olan özellikle Türkiyeli anti-faşistlerdir. Askeri faşist cunta, Federal Alman makamlarının kendisine geri gönderdiği her kurban için minnettar kalmaktadır. Zaten bu alanda cunta ile Federal Hükümet arasında sıkı bir çalışma sürmektedir.

İç İşleri Bakanları toplantısında, Kiel'de anti-faşistlerin üzerine son hızla arabayı sürerek, bir çok kişinin ağır yaralanmasına neden olan MHP'li faşişt Ahmet Güner üzerinde de duruldu. Bu faşistin derhal sınırdışı edilmesi istenmekteydi. Katliam girişiminde bulunan bu ve diğer faşistlerin cezalandırılmadan sınırdışı edilmesi de elbette faşistlerin yararına olan bir şeydir. Cuntanın bu gibi kişileri bağrına basacağı da bir gerçektir. Batı Almanya'da suç işleyen Türkiye'den ve diğer ülkelerden faşistler, burada işledikleri suçun cezasını çekmelidirler. Ve bunun ardından sınırdışı edilmelidirler.

Eyalet Hükümetleri'nin ve Federal Hükümet'in politikası, hedeflediği yabancı emekçiler ile Alman emekçiler arasında yaratılan çelişkileri körüklemektir. Bu politika, aynı zamanda faşist ve gerici güçler tarafından sürdürülen ve "yabancılar defolun" veya "Yabancıları engelleyin" sloganlarında ifadesini bulan kampanyaya; yabancı düşmanlığına güç vermektedir. Ve bu politika, yabancı işçilere; onların evlerine, demokratik örgütlerine Alman faşistleri tarafından yapılan saldırılara temel teşkil etmektedir. Bu saldırılar devam etmekte ve giderek artmaktadır.

Alman faşistleri, bundan bir kaç gün önce Türkiyeli anti-faşistlerin kaldığı bir evi silahla tarayarak, bir kişiyi ağır yaraladılar. Geseke'de (Westfalen Eyaleti'nde) ilticaların kaldığı bir yurt yine Alman faşistleri tarafından ateşe verildi. Kurtulmak için pencerelerden atlayan altı Türkiyeli ağır yaralandı. Ama, her iki olayın da sorumlusu olan faşistlerden hiç biri yakalanmadı.

Gerek yabancı, gerek Alman faşistlerinin saldırılarına göz yumulurken, hükümet gerici yabancılar kanununu yeniden gözden geçirmekte ve bu kanunu daha da sertleştirerek faşistlerin saldırılarına daha iyi bir zemin hazırlamaktadır. Özellikle Türkiyeli anti-faşist güçler ve örgütler üzerindeki saldırılar ve baskılar yoğunlaşmaktadır. Yabancı emekçiler üzerindeki başkılara karşı, onlarla beraber mücadele etmek demokrat anlayışa sahip olan Almanın görevidir. KPD, gerici yabancılar kanununun kaldırılmasını ve yabancıların Almanlarla eşit haklara sahip olmasını savunmakta ve talep etmektedir.

Yabancı ve Alman emekçiler bir mücadele cephesine!

(„Weitere Entrechtung der ausländischen Mitbürger" RM/Nr. 26, S.7)



DEVRİM ŞEHİTLERİNİ ANMA VE FAŞİST CUNTAYA KARŞI MÜCADELE TOPLANTISI

WİTTEN, GELSENKİRCHEN, VELBERT. — Halkın Kurtuluşu sempatizanları, Batı Almanya'nın bir çok şehrinde olduğu gibi, Witten, Gelsenkirchen ve Wuppertal-Velbert şehirlerinde de devrim şehitlerini anma ve faşist cuntaya karşı mücadele toplantıları düzenlediler. Üç toplantı da da oynanan "Özgürlüğün Bedeli" oyunu, seyircilerin büyük ilgisini topladı.

6 Haziran'da Witten'de yapılan toplantıya 700'e yakın kitle katıldı. Bomba ihbarı aldığını söyleyen polis, toplantıyı keserek, engellemek istedi. Ama, orada bulunan kitle bunun bir provokasyon olduğu bilincindeydi. Polisin zorlaması sonucu, kitle slogan atarak dışarı çıktı. Ama bu provokasyon kitlenin kararlığını kıramadı. Salonun önünde yapılan konuşmalarla bu polisin bu tavrı teşhir edildi. Toplantıya bir saat ara verildikten sonra tekrar devam edildi.

Bundan bir hafta sonra Gelsenkirchen'de yapılmak istenen toplantıyı Alman faşistleri engellemek istediler. Nazi faşistleri toplantının yapılacağı salonu gece kundaklamak istediler. Bu ve buna benzer provokasyonları tahmin eden devrimciler, toplantının yapılacağı bir önceki gece, toplantının yapılacağı yerde gece nöbet beklemişlerdi. Faşistlerin binaya yaklaştıklarını gören devrimciler, bu girişimi anında engellemişlerdi. Faşistler, arkadaşların üzerine arabayı sürerek, son hızla olay yerinden uzaklaşmışlardı. Arabanın plakası polise verilmesine ve polisin olay yerine gelmesine rağmen faşistlere karşı hiç bir şey yapmadı.

Devrim şehitlerini anma toplantısına Gelsenkirchen'de 600 emekçi katıldı. Ayrıca Wuppertal-Velbert'te yapılan toplantıya da 600 kişi katıldı. Witten'den Hakın Kurtuluşu Sempatizanlarının hazırladığı "Özgürlüğün Bedeli" adlı oyunun yanısıra, toplantıların programlarında konuşmalar, halk ozanları, dia, folklor, koro (Kürtçe ve Türkçe) yer alıyordu.

Gelsenkirchen'de yapılan Devrim Şehitlerini anma toplantısında Partimiz adına Türkçe olarak kısa bir konuşma yapıldı. Bu konuşmayı olduğu gibi veriyoruz.

Arkadaşlar, Yoldaşlar!

Bugün Türkiye'de faşizme karşı mücadelede şehit düşen devrimcileri anmak için burada toplanmış bulunuyoruz. Faşist generallerin, NATO ve ABD emperyalizminin emriyle iktidara bütünüyle el koymasından bu yana, faşizme karşı, bağımsızlık demokrasi ve sosyalizm mücadelesinde şehit düşen devrimcilerin sayısı giderek arttı. İşkence tezgâhlarında, çatışmalarda, baskınlarda ölen devrimciler; idam sehpasında bile Türkiye halkının özgürlük arzusunu haykıran Deniz, Hüseyin, Yusuf, Necdet, Serdar, Erdal ve Veysel unutulmadılar, unutulmayacaklar. Faşist cuntanın cezaevlerinde, işkence ve tezgâhlarında, direnişleriyle devrime ve halka bağlılığın en güzel örneğini veren komünistleri ve devrimcileri selamlıyoruz.

Onların mücadelesi devam ediyor. Her ölen devrimcinin yerini binlerce devrimci alıyor. Türkiye halkı, Devrimci Komünist Partisi'nin önderliğinde ayaklanarak, askeri faşist diktatörlüğü yıkacak; sömürünün ve baskının olmadığı, yeni bir toplumu, sosyalist toplumu kuracaktır.

Almanya Komünist Partisi, Türkiye halkının devrimci mücadelesiyle dayanışma içindedir. Partimiz, Türkiye Devrimci Komünist Partisi ile kardeş ilişkilere sahip olmaktan kıvanç duymaktadır.

Türkiye'de faşizme karşı verilen mücadelede en iyi destek, burada faşizme yönelik ilerlemeyi durdurmaktır, ona müsade etmemektir. Almanya'da faşist cuntaya karşı yükselen protestolar, buradaki anti-faşist mücadeleyle birleştirilmelidir. Ve taleplerimiz şöyle sıralanmalıdır:

★ Faşist cuntaya yapılan her türlü yardım kesilmelidir!

★ Bütün faşist örgütler yasaklanmalıdır!

★ Faşist Bozkurtlar yasaklanmalıdır!

★ Faşist ve savaş kışkırtıcı propaganda yasaklanmalıdır!

★ Sendikalarda ve işletmelerde politik faaliyetlerin engellenmesine son verilmelidir!

★ Gerici yabancılar kanunu kaldırılmalıdır!

Türkiyeli emekçiler, devrimciler!

Faşizme, gericiliğe ve savaşa karşı mücadelede, dünya görüşü ve dini inancına bakmadan bütün anti-faşist güçlerle birleşelim, Halk Cephesi'ni geliştirmek ve güçlendirmek için çaba gösterelim!

Anti-faşist güçlerin birliği için mücadele edelim! Bu birliğin önemli dayanaklarından biri, Alman ve yabancı emekçiler arasındaki, Almanya Komünist Partisi ile Türkiye Devrimci Komünist Partisi arasındaki, Halk Cephesi ile Türkiyeli anti-faşistler güçler arasındaki, Devrimci Sendika Muhalefeti içindeki birlik olmalıdır!

★ Alman ve Yabancı işçiler, bir sınıfız, bir mücadele cephesinde birleşelim!

★ Yaşasın Türkiye halkının devrimci mücadelesi!

★ Yaşasın Türkiye Devrimci Komünist Partisi!

★ Faşizme Ölüm Halka Hürriyet!

★ Yaşasın enternasyonal dayanışma!

1981 toplu sözleşme görüşmeleri üzerine

"Ücret politikasında dönüşüm" yapma konusunda verilen ilk çatışmayı işverenler kazandı

Rheinland-Pfalz Eyaleti'nde, kimya sanayiinde yapılan uzlaşma görüşmelerinden alınan sonuçlarla birlikte bu yılki toplu sözleşme görüşmeleri sona ermiş bulunmaktadır. Böylece işverenler ilk defa olmak üzere geniş bir cephede sendikalara, fiyat artışlarının da altında bir ücret artışı dikte etmeyi başarmış oldular. Örneğin metal sanayiinde, aylar süren görüşmeler sırasında takriben üç milyon kadar işçinin uyarı grevleri ve gösteriler yapmış olmasına karşın, işçiler ve memurlar gerçek ücretlerine yapılan bu saldırıyı geri püskürtememişlerdir. Bu kitle hareketleri, o zamana kadar hiç bir toplu sözleşme döneminde görülmemiş boyda gösterilerdi.

İşin başlangıcı

Bu toplu sözleşme döneminde işe başlanılan koşulları, diğerlerinden ayıran şey ne idi acaba? Hiç kuşkusuz ki, kapitalizmin bunalımının daha fazla artmış olması. Federal Almanya'nın ekonomik gelişmesi sıfıra inmiş, işsizlik yoğun biçimde artmakta, fiyat artışları devam etmekte ve devlet borçlanmaları korkunç boyutlara ulaşmıştır. Kapitalizm, dünya çapında ağır bir üretim artışı bunalımına girmiştir ve ekonomik harikalar ülkesi Federal Almanya'da da, burjuvazinin kısa bir sürede bunalımın bataklığından çıkacağını gösteren hiç bir ize rastlanmamaktadır.



Uyarı grevlerine ve çeşitli eylemlere giden işçiler gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı mücadele etmişti.

Bu koşullar altında ücretli emekle sermaye arasındaki zıtlık kaçınılmaz olarak daha da artacak, sınıf mücadelesi keskinleşecektir. Şimdiye kadar, pastalarından emekçilere bir kaç kırıntı vermeye hazır olan ve onlara sosyal ortaklık melodileri çalan burjuvazi, artık başka telden öttürmektedir.

Kapitalistler, daha toplu sözleşme turları başlamadan önce ücretlerin dondurulması ve kamuoyu yaratmak için uğraşarak "ücret politikasında dönüşüm" tabloları çizmeye başlamışlardı. Stratejileri de, 1981 turlarında fiyat artışlarının çok altında ücret artışları dikte etmekte. Bundan hareketle de önümüzdeki yıllarda ücret artışlarını dondurmayı ve hatta gerekirse de ücretleri düşürmeyi planlıyorlardı.

Sosyal ortaklık mı, sınıf mücadelesi mi?

İşverenler gerçek ücretlere karşı giriştikleri saldırıya propaganda alanında makinali tüfek atışıyla başladılar. Bu saldırı daha geçtiğimiz yılın ikinci yarısında gücünü göstermeye başlamıştı. Bu propaganda kısaca şu iddialardan oluşuyordu: Yüksek ücretler, fiyatların da artmasına neden oluyor ki, bu yüzde işverenler yatırım yapamıyorlar; ama ekonomik gelişme için yatırım yapılması gerekir; ekonomik gelişme olmadan işsizlik te artacaktır, yani ücretlerin artması işsizliğin de artmasına neden olmaktadır, buna karşın düşük olması ise fiyatları frenlemekte ve işyerlerinin korunmasına yaramaktadır vb. Kısaca, ücret artışından vazgeçmek, hem gerçek ücretlerin korunmasının ve hem de işsizliğin önlenmesinin biricik yoludur!

Elbette ki buna karşı sendikalar kitleleri aydınlatmak için belli bir çalışma yaptılar, ancak bu çalışmalar çok zayıf kaldı, her şeyden önce de ikna edici ve kararlı değildiler. İşverenler, işsizlik korkusu yaratarak spekülasyon yapıyorlar ve bundan giderek te işçilerle işverenlerin aynız sandalda bulunduklarını, yani çıkarlarının esasta aynı olduklarını söylüyorlardı. Sosyal ortaklık zihniyetiyle hareket eden sendikalar için bu propagandayı temelden çürütmek hem işlerine gelmiyordu ve hem de olanaksızdı.

İşverenlerin bu görünüşte mantıki "gerekçeleri" bir çok arkadaşın zihnini bulandırdı ve kararlı direniş gücünü başlangıçta belli ölçüde kırdı. İşte metal sanayiinde işverenlerin başlangıçta provokatif bir biçimde yüzde 2,5'lik bir ücret artışı önermelerine karşın işçilerin greve isteksiz olmalarının nedeni buydu. Ancak şunu da belirtmek gerekir ki o zamanlar arkadaşların bir çoğu, işverenlerin bu "alaycı önerilerinin" ne kadar ciddi olduğunun henüz farkına varmamıştı. Gerçekten de işverenler, yeni buluşları olan "yeni ücret formülü"ne uygun olarak (ki bu formüle göre ücretleri belirleyen esas faktör ekonomik kalkınma hızı olmalıymış, buna karşılık fiyat artışları dikkate alınmamalıymış) yüzde 2,5'ten yukarı çıkmaya pek razı değillerdi.

"Yeni hareketlilik"

Sendika ağaları da yeni bir durumla karşı karşıyadırlar. İşverenler, geçmişte, görüşme masasında bazı tavizler vermeye hazır olurken, bu uzlaşma anlayışları büyük ölçüde değişmişti. İyi ama, Loderer'ler yüzde 3'lük bir atışı sendika tabanına nasıl yutturabileceklerdi? Loderer ve kumpanyasının kulakları "ekonomik zorunluluklara" açık olmasına karşın bu şekilde bir anlaşma imzalamayı göze almıyorlardı. Böyle bir şey onlar için "sosyal barışı" tehdit etmekteydi, tabii esas tehdit edilen maroken koltukları üzerindeki kendi "barış"larıydı. Yüzde 5 artışın işverenler tarafından kesinlikle reddedileceğini bildikleri için (kaldıki yüzde 5 bile gerçek ücretlerde düşüş demektir) zor bir durumla karşı karşıya geldiler. İşte tam da bu sırada "yeni hareketlilik" taktiğini icat ettiler.

Uyarı grevleriyle "yumuşak baskı" yapmak suretiyle "sosyal ortaklaklarını", hiç olmazsa "görünüşte gerçek ücretlerin korunduğu" izlenimini veren "kabuledilebilir bir uzlaşmaya" zorlamayı istiyorlardı. Bu taktik aynı zamanda grev dalgasını erteleyecek ve gerçek ücretlerin korunması uğruna grevler yapılmasını engelleyecekti.

Elbetteki sendika ağaları, bu taktiğin iki ağızlı bıçak olduğunu, yani kitlelerin kendilerini de çiğneyip geçebileceklerini biliyorlardı. Kitlelerin bilincinin arttığı ve tabanda sınıf mücadeleci, devrimci muhalefetin yükseldiği bir zamanda bu kitlelerin harekete geçirilmesi, sendika ağalarını, yarattığı cinlere söz geçiremiyen acemi sihirbaz oğlanın durumuna düşürebilirdi.

İşte gerçekten de bu "yeni hareketlilik" taktiği o kadar yüksek boyutlarda bir iç dinamiği yarattı ki, böyle olabileceğini hiç kimse, hatta biz komünistler bile beklemiyorduk. Sendika ağalarının, başlangıçta, kitleler dediklerini yapıyorlar diye sevinmelerine karşın bu heves kısa bir sürede kursaklarında kaldı ve artık ne yapsak ta hareketi yavaşlatsak diye düşünmeye başladılar.

Loderer için can simitleri

Artık hemen hemen 3 milyon işçi uyarı grevine başlamıştı ve bu grevler geleneksel olarak bilincin yüksek olduğu işyerlerinde değil, yıllardan beri hala daha şimdiye kadar hiç grev yapılmamış işletmeler de bile yapılıyordu. Böylesine bir şey Federal Almanya ve Batı Berlin tarihinde ilk defa meydana geliyordu.

"Yeni hareketlilik" taktiğinin, bir esas grevin başlangıç dönemi olarak uygulandığı taktirde, geniş bir grev cephesi oluş turmak için ideal bir taktik olduğu artık iyice anlaşılmıştır.

Görüşmelerin uzaması sonucu, artık diğer sanayii dallarında da toplu sözleşme dönemi başlamış oldu ki bu dalda da grevlere girişilerek metalcilere arka çıkılabilirdi. Ancak sendika ağaları bunun tam tersini yaparak potansiyeli düşürdüler. Örneğin IG Bau Steine Erden sendikası yüzde 4'lük bir toplu sözleşme imzalayarak metalcileri arkadan hançerledi. Ancak o sendika içindeki taban, tabandaki mücadeleci sınıf bilinçli işçiler bu oyuna katılmadılar ve ilk olarak bu sözleşmeyi bozmayı başardılar. Diğer bir ihanet te IG Bergbau ve Energie sendikasından geldi. Bu sendikanın ağaları ne yapıp yapıp yüzde 4,6'lık bir sözleşme imzaladılar, hem de metal sendikası yöneticilerinin, bir çok bölgede imzalanan sözleşmeleri geçersiz kılmaya zorlandıkları bir dönemde.

Zafer mi, yenilgi mi?

Sendika yönetimi "Sindelfingen uzlaşması"nı elbette ki sendikal bir başarı olarak yutturmaya çalışıyor. Ancak gerçek olan odur ki, kapitalistler, istedikleri oranda düşük yapamasalar bile gerçek ücretleri, fiyat artışlarının çok altında tutmayı başarmışlardır.

Yapılan uyarı grevleriyle bu hedef gerçekten de tehlikeye girmişti ve eğer Steinkühler Singelfingen'de el frenini çekmeseydi uçuruma yuvarlanacaktı.

Olaya objektif bir gözle baktığımızda, sendikal hareketin bir yenilgi aldığını kabul etmek gerekir. Kapitalistler tarafından ortaya atılan "ücret politikasında dönüşüm" uğruna verilen ilk çarpışmayı işçiler kaybetmişlerdir. Biz komünistler ve sınıf bilinçli tüm sendikacılar, bu yenilgiyi önleyebilmek için ne yapıp yapamayacağımızı ve ne gibi hatalar yaptığımızı iyice düşünmeliyiz. Her şeyden önce de önümüzdeki mücadeleler için bu turlardan edindiğimiz dersleri ve deneyimleri iyice bellemeliyiz.

Elbetteki sendika içi muhalif güçler ve RGO, hareketin bu boyutlara ulaşmasında pay sahibidirler. Ancak şu da bir gerçektir ki, daha güçlü olarak örgütlenmiş bir muhalefet, vurucu gücü daha kuvvetli bir tavır gösterilmeli ve tam sınıf mücadeleci muhalif güçler bir araya getirilmeliydi. Bu anlamda ortaya çıkan sonuçlar ve atılacak adımlar enine boyuna düşünülerek tartışılmalıdır.

Toplu sözleşme sonuçları üzerine işveren cephesinde yapılan tartışmalar, gelecekte işçi haklarına karşı daha hayasızca saldırmayı amaçlayan kişilerin çoğunluğunu sağladığını göstermektedir.

Söz konusu güçler ilk toplu sözleşme döneminde sendikalarla kesinkes çatışmaya girmeye, lokavt vb. uygulayarak yüzde 2,5-3'lük artışı ne pahasına olursa olsun kabul ettirmeye hazırlanmaktadırlar. Gelecekte işveren sendikalarının politikasını belirleyecek olan güçler işte bunlardır ve sermaye son derece saldırgan ve son derece gerici bir rota hazırlamaktadır.

Bu nedenle sendikal hareketin de kendini buna göre donatması gerekir. Biz komünistler bu yönde atılacak en güvenli ve gerekli adımın, Devrimci Sendika Muhalefeti'nin daha da gelistirilmesi ve güçlendirilmesi olduğuna inanıyoruz.

(„Zur Einschätzung der Lohnrunde 81" RM/Nr. 25, s. 4)